

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI

BULLETIN NR. 10

ENTWEDER DIKTATUR DES PROLETARIATS
ODER DIKTATUR DER BOURGEOISIE

REPRESSIONSMASSNAHMEN DER DEUTSCHEN BOURGEOISIE

POLENVERTRÄGE

INVESTITIONSLENKUNG

MITBESTIMMUNG

DIE SOZIALE BEWEGUNG IN CHINA

LIBANON

INTERVENTIONEN DER PARTEI

APRIL 1976

DM 3,-,-

AUS DEM PROGRAMM der
INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

- Punkt 3: Das Proletariat kann die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, von denen seine Ausbeutung herührt, weder verletzen noch verändern, ohne die bürgerliche Macht gewaltsam zu stürzen.
- Punkt 4: Das unentbehrliche Organ des revolutionären proletarischen Kampfes ist die Klassenpartei. Die Kommunistische Partei, die den fortgeschrittensten und entschlossensten Teil des Proletariats in sich zusammenfaßt, vereinigt die Anstrengungen der Arbeitermassen, indem sie sie von den Kämpfen um Gruppeninteressen und um unmittelbare Resultate zum allgemeinen Kampf um die revolutionäre Emanzipation des Proletariats hinleitet. Die Partei hat die Aufgabe, die revolutionäre Theorie unter den Massen zu verbreiten, die materiellen Mittel der Aktion zu organisieren, die Arbeiterklasse in der Entwicklung des Kampfes zu führen und die historische Kontinuität und internationale Einheit der Bewegung zu sichern.
- Punkt 5: Nach dem Sturz der kapitalistischen Macht kann sich das Proletariat als herrschende Klasse nur organisieren, wenn es den alten Staatsapparat zerstört und seine eigene Diktatur errichtet, d.h. die bürgerliche Klasse und die einzelnen Bourgeois, solange sie gesellschaftlich überleben, von jedem politischen Recht und politischer Funktion ausschließt und die Organe des neuen Regimes ausschließlich auf der produktiven Klasse gründet. Die Kommunistische Partei, deren programmatische Kennzeichen in dieser grundlegenden Forderung besteht, repräsentiert, organisiert und leitet einheitlich die Diktatur des Proletariats. Die notwendige Verteidigung des proletarischen Staates gegen alle konterrevolutionären Versuche kann nur dadurch gesichert werden, daß einerseits der Bourgeoisie und den Parteien, die sich der Diktatur des Proletariats widersetzen, alle Mittel der Agitation und der politischen Propaganda entzogen, und andererseits bewaffnete Organisationen des Proletariats geschaffen werden, um die inneren und die äußeren Angriffe zurückzuschlagen.
- Punkt 6: Nur die Macht des proletarischen Staates wird alle darauffolgenden Eingriffe in die sozial-ökonomischen Verhältnisse systematisch durchführen können, mit denen die Ersetzung des kapitalistischen Systems durch die kollektive Leitung der Produktion und Verteilung verwirklicht wird.

ENTWEDER DIKTATUR DES PROLETARIATS ODER DIKTATUR DER BOURGEOISIE

"Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet."
(Marx an Weydemeyer, 5. März 1852)

"Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als DIE REVOLUTIONÄRE DIKTATUR DES PROLETARIATS."
(Marx, Kritik des Gothaer Programms, 1875)

"Die Lehre vom Klassenkampf, von Marx und Engels auf die Frage des Staates und der sozialistischen Revolution angewandt, führt notwendig zur Anerkennung der POLITISCHEN HERRSCHAFT DES PROLETARIATS, seiner Diktatur, d.h. einer mit niemanden geteilten und sich unmittelbar auf die bewaffnete Gewalt der Massen stützenden Macht."
(Lenin, Staat und Revolution)

Schon diese drei Zitate, die eine HISTORISCHE NOTWENDIGKEIT vorzeichnen, auf die sich das Proletariat theoretisch, politisch, organisatorisch und schließlich militärisch vorbereiten muß, genügen, um die Auseinandersetzung zwischen "kommunistischen" Parteien, die die "Diktatur des Proletariats" aus ihren Statuten streichen, und "kommunistischen" Parteien, die "sozialistische" Staaten führen, deren Funktion ERKLÄRTERMASSEN darin besteht, das "friedliche Zusammenleben" der Klassen zu sichern, an den richtigen Platz zu verweisen: es handelt sich um eine Auseinandersetzung zwischen Kräften, deren Zielsetzung und tägliches Werk darin bestehen, die Gegensätze zwischen den Klassen im Rahmen der bürgerlichen Ordnung gefesselt zu halten.

Der Weg dieser politischen Kräfte, die sich um Stalin sammelten, um im Dezember 1926 auf der VII. Erweiterten Exekutive der damals schon fast ehemaligen Internationale der KOMMUNISTISCHEN russischen Opposition den offenen Kampf anzusagen und mit dem proletarischen Internationalismus offiziell zu brechen, der Weg dieser Kräfte, die sich zum Teil aus der "Reservearmee der Konterrevolution" (die Smerals, Martynows, Cachins und Vischinkis) rekrutierten, um vor der damals eilfertig und selbstzufrieden "konstatierten" Stabilisierung des Kapitalismus, vor der Macht des in der Welt und somit auch in Rußland auf allen Ebenen - aber mit ihrem Zutun - siegenden Kapitalismus offiziell zu kapitulieren, ist in Theorie und Praxis SCHON LÄNGST bei "Godesberg" angelangt; die noch verbleibende "radikale" Rhetorik diente schon längst - wie die jetzige Abschaffung derselben Rhetorik - lediglich als Schleier für die bessere Kontrolle des Proletariats und die Festigung der eigenen Position im Konzert der demokratischen Parteien der westlichen "Vaterländer" oder im Konzert der "Vaterländer" im "sozialistischen" Block.

Doch sind Parteien nicht nur ein Faktor der Geschichte, sondern vielmehr ein Produkt davon, und somit ein Produkt ihrer eigenen: Die alte Sozialdemokratie von vor 1914, mit Worten aber meist nur zu Feiertagen revolutionär, in der Praxis reformistisch der helllichtige Bernstein hatte schon an der Jahrhundertwende verlangt, man solle die Worte der Praxis anpassen, sozusagen den

Weg zu Godesberg schneller durchlaufen -, begnügte sich damit, das Proletariat politisch und ideologisch zu entwaffnen: ihre Entwicklung führte sie dazu, den Imperialismus im I. Weltkrieg offen zu unterstützen und nach dem Krieg den konterrevolutionären Kampf gegen das Proletariat selbst in die Hand zu nehmen, um dann den reformistischen Weg zum "Sozialismus" in Ruhe weiterzuverfolgen: der reformistische Weg führte nicht zum Sozialismus, sondern zum Nationalsozialismus, zum äußersten Versuch, alle kapitalistischen Kräfte zu straffen, um das Proletariat - in der äußersten Phase des Kapitalismus, die immer wieder dazu führt, daß die Klassengegensätze ausbrechen - totalitär zu kontrollieren. Die mit den siegreichen "Demokratien" aus der Emigration zurückgekehrte Sozialdemokratie erkannte nicht nur die Zeichen der Zeit: sie hatte auch leichtes Spiel, die Reste reformistischer und entstellter sozialistischer Demagogie aus ihrem Programm zu entfernen - in Godesberg wurde das reformistische Programm der eigentlichen Praxis der Verteidigung des Kapitalismus, so wie er ist, angepaßt. Die Sozialdemokratie gab nicht nur offen zu, DASS DER REFORMISTISCHE WEG NICHT ZUM HINEINWACHSEN IN DEN SOZIALISMUS, SONDERN ZUR VERTEIDIGUNG DER KAPITALISTISCHEN WIRTSCHAFT UND DER IMPERIALISTISCHEN WELTORDNUNG FÜHRT; SIE GAB AUCH ZU, DASS DER KAPITALISMUS IN SEINEM WESEN NICHT REFORMIERBAR IST. Der konsequente und zwangsläufige Weg von all denjenigen, die die Revolution durch den Reformismus, die Diktatur des Proletariats durch den Demokratismus und den proletarischen Internationalismus durch den Nationalismus ersetzen, ist in allen seinen Schritten durch die immer hartnäckiger werdende Verteidigung der herrschenden Ordnung gekennzeichnet: in der brutalen Unterdrückung des Proletariats 1919, 1921 und 1923, wie in der "Kapitulation" vor dem Faschismus; in der Wiedereinführung der "friedlichen" Klassenkolaboration (die sog. Demokratie) gegenüber einem nunmehr wehrlosen Proletariat nach dem Krieg, wie in der pausenlosen Vorbereitung des Staates auf die künftigen Klassenkämpfe und in der Anpassung auch der geringsten Tagesforderungen der Arbeiterklasse an die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft.

Soweit die Sozialdemokratie, die sich Sozialdemokratie nennt. Die andere, die sich "kommunistisch" nennt (wann wird sie endlich mal auch dieses Wort aus ihrem rhetorischen Arsenal streichen?) und sich auf den Trümmern und mit der restlosen Zerstörung der Komintern bildete, hat den Internationalismus nicht erst bei Ausbruch eines imperialistischen Krieges über Bord geworfen, sondern bereits 1926 mit dem einträglichen "Sozialismus in einem Land", der gebührend von der Herabwürdigung des Internationalismus zu einer Sache des Völkerbundes (der damaligen UNO, von Lenin Gemeinschaft der Räuber genannt) und der diplomatischen Initiativen der UdSSR (in eigener Person oder über ihre internationalen Hausierer) begleitet wurde. Der Internationalismus wurde zu dem reduziert, was Marx bereits der deutschen Sozialdemokratie in der Kritik des Gothaer Programms vorwarf: zu einer Phrase aus dem Wortschatz eines bürgerlichen Freiheits- und Friedensbundes; nebenbei bemerkt eines Friedensbundes, der je nach weltpolitischer Wetterlage mit der "Weltdemokratie" oder gegen die "Weltplutokratie" oder wieder mit dieser "demokratischen Plutokratie" marschierte. Wie es mit solchen Glaubensbekenntnissen immer geschieht, mußte dieser "Internationalismus" mit der Verteidigung der "Vaterländer" im Krieg und dem Wiederaufbau der "Vaterländer" nach Kriegsende völligen Schiffbruch erleiden.

Für Marx lag die Siegeshoffnung nach der schrecklichen Niederlage des Pariser Proletariats vom Juni 1848 darin, daß die Trico-

lore, die nationale Flagge, getränkt vom proletarischen Blut, als ROTE FAHNE der europäischen Revolution wiederauftauchen würde. Für die "Erneuerer des Marxismus" (lauter Benthams) lag der Triumph des Internationalismus in der Kreml-Fassung darin, daß die rote Fahne, getränkt vom Blut der auf den Schlachtfeldern des zweiten Weltkriegs gegeneinander gehetzten Proletarier, als Tricolore der Weltdemokratie - also der Weltkonterrevolution - wiederauftauchte.

In einer Laufbahn, die streng parallel läuft, wurde auch das "Proletarische", der Klassencharakter in Rußland und in der ganzen Welt vernichtet, und somit wieder bestätigt, was Marx und Engels seit der "Deutschen Ideologie" sagten: ein "Kommunismus", der in der Praxis zu einem lokalen Phänomen gemacht wird, muß notwendigerweise von den universellen Mächten des Warentausches aufgehoben werden; ein "Kommunismus" der programmatisch zu einem lokalen Phänomen gemacht wird, läuft darauf hinaus, als heimisch-berggläubischer "Umstand" (ergo als Schleier für kapitalistische Ausbeutung) sein Dasein zu fristen(1).

Zehn Jahre nach dem makabren Tanz von 1926 und in Vorbereitung des noch makabrerem der Moskauer Prozesse, schenkte der Stalinismus dem "Volk" der UdSSR eine Verfassung, die mit Redt als "demokratischste der ganzen Welt" bezeichnet wurde, weil sie ja DIE BRÜDERLICHE HARMONIE ZWISCHEN DEN KLASSEN UND INDIVIDUEN IN DER EINHEIT DER "NATION" HEILIGSPRICHT. Ebenso sollte sein internationales Sprachrohr, die von allen internationalistischen proletarischen Elementen gesäuberte Komintern, der Arbeiterklasse Frankreichs und Spaniens - und nach Möglichkeit der ganzen Welt - die "Volksfronten" schenken. Weitere fünf Jahre, und die "Volksfronten" waren "nationale Kriegsfronten"; nach dem Krieg verwandelten sie sich in "demokratische Regierungsfronten", "Regierungen der nationalen Befreiung", für den kapitalistischen Wiederaufbau unter dem Motte "der Streik ist die Waffe der Trusts" und begleitet von der Zerbombung (und der zuständige Minister der französischen Regierung war "Kommunist") der aufständischen algerischen Bevölkerung. Soviel Bindung an die jeweiligen nationalen Zentren der Akkumulation des Kapitals muß zwangsläufig zum Polyzentrismus führen, den Italiener und Franzosen schon damals theoretisierten, und ihre Nachfolger zum Leidwesen des Kremis bis zur äußersten Konsequenz trieben (braucht ja jede imperialistische Nation "befreundete" Parteien in den anderen): Diktatur und Proletariat werden aus der Demagogie der Rhetorik, aus dem verstaubten Inventar entfernt. Die Diktatur wird durch die "neuentdeckte" Demokratie, das Proletariat durch die bekanntlich höchste Instanz des demokratischen Regimes, das Volk, ersetzt. Für Carillo ist die "Diktatur des Proletariats" überhaupt eine stalinistische Erfindung. Marchais Devise ist der Antikonin: "Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Aberkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt". Napolitano, Führer der "KP" Italiens, erklärt gar im selben Interview(2), wo er zugibt, daß die italienischen "Kommunisten" seit 1956 "anfangen, etwas an der leninistischen Auffassung zu berichtigen" und daß "man heute sagen kann, daß die Strategie der KPI sich nicht mehr mit der von Lenin identifiziert": "Der GRADUALISMUS ist eine Charakteristik der KPI, genügt aber nicht, um sie den europäischen Sozialdemokratien gleichzusetzen. Der Unterschied besteht darin, ob man wirklich eine Perspektive des Fortschreitens zum Sozialismus und des sozialistischen Aufbaus hat oder nicht". Also Sozialdemokratie mit Vor-Godesberger Rhetorik, dazu gezwungen, dieselbe Rolle der Sozialdemokratie zu spielen und die Perspektive des Fortschreitens zur offiziellen

Übernahme eines "Godesberger Programms" rasch zu verwirklichen,

Daß die öffentliche Meinung dies alles, was nur die letzte FORMELLE Konsequenz ist, als "Wende" versteht und sich dauernd fragt, ob die "Wende" aufrichtig sei oder nicht, verwundert nicht in Anbetracht bürgerlicher Verblöndung und der ebenso bürgerlichen Notwendigkeit, für noch schlimmere Krisenzeiten eine "sozialistische" Partei in der Reserve zu halten, die sich in den Augen des Proletariats noch nicht völlig entblößt hat.

Die Grundlage für eine solche demokratische Vollendung der westlichen kommunistischen Parteien ist aber die Existenz oder die historische Möglichkeit der parlamentarischen Demokratie als Form der Diktatur des Kapitals, d.h. daß der jeweilige Staat historisch und aufgrund seiner innen- und außenpolitischen Stabilität noch nicht alle Relais verbrannt hat, die die Hochspannung der Klassengegenstände in stabile und "organisch" funktionierende Klassenkollaboration und außenpolitische Beziehungen umsetzen, oder daß diese Relais für eine bestimmte Periode wieder repariert werden konnten. Daß diese Relais im imperialistischen Zeitalter der höchsten Machtkonzentration in Wirtschaft und Politik eine Farce darstellen, die nur in der Folge einer maßlosen Abschreckung funktionieren können, merkt sogar der sogenannte kleine Mann, der zwar eifrig seine Wahlstimme abgibt, gleichzeitig aber resigniert (ferner Echo noch nicht überwundener Niederlagen des Proletariats): die da oben machen sowieso, was sie wollen. In Rußland läuft das Ganze genauso, jedoch ohne Mehrparteiensystem und ohne die sogenannten Grundrechte. Historisch hat sich die Koalitionsrevolution in Rußland den zentralisierten Staatsapparat und das Einparteiensystem, die das Proletariat für seine eigene Diktatur errichtet hatten, übernommen und gegen das Proletariat und dessen Partei eingesetzt. Die nationale staatliche Festigung des russischen Kapitalismus unter Stalin vollzog sich in einer bereits voll entwickelten imperialistischen Umgebung und in einer Situation der äußersten internen Krise, was den offenen diktatorischen Charakter, den alle bürgerlichen Staaten in ihrer Entstehungsphase hatten, noch zuspitzte. Die Liberalisierung der Wirtschaft nach der ersten Akkumulationsperiode folgte auch mit der "Verteilung" der Verbrechen Stalins eine gewisse politische Liberalisierung im bürgerlichen Sinne (d.h. für den Bürger, nicht für den Proletariat: darin gleichen sich alle Liberalisierungen), nicht aber die Einführung eines Mehrparteiensystems oder eine Verallgemeinerung der sogenannten Bürgerrechte: Rußland erreichte auf verkürztem Weg dasselbe Ergebnis, das auch die westlichen Länder vorweisen, nur spielen sich die Interessenkonflikte, die die kapitalistische Anarchie im Schosse der Bourgeoisie selbst erzeugt, nicht im Parlament bzw. zwischen den Parteien, sondern innerhalb der einen Partei ab. Und dies vor einem für die Bourgeoisie viel gefährlicheren Hintergrund, der zum alles übertörenden Einsatz pseudosozialistischer Demagogie und zum äußersten Versuch der absoluten Kontrolle aller gesellschaftlichen und politischen Manifestationen zwingt: nämlich das durch die historische Entwicklung bedingte Fehlen einer eigenständigen, getrennten, opportunistischen Arbeiterpartei wie im Westen einerseits und andererseits die Diskrepanz zwischen der relativ rückständigen Wirtschaftsstruktur und der politisch-militärischen Vorherrschaft in Osteuropa, die wiederum zu einer Quasi-Militarisierung der russischen Gesellschaft führen und gleichzeitig dazu zwingen, die russischen Verhältnisse auf diese osteuropäischen Vasallen zu übertragen.

Moskau geht also nicht um die "Diktatur des Proletariats": diese gehört ebensowenig zum Palaver der portugiesischen "Kommunisten" oder der "auf dem Boden der Verfassung" stehenden DKP, die nicht-

destotrotz immer wieder mit russischem Lob überschüttet werden. Moskau selbst gibt sich nicht als Diktatur des Proletariats aus. Für die UdSSR liegt das Problem darin, daß die westlichen "Kommunisten" mit der Streichung der "Diktatur" (für sie freilich nur ein Wort) gleichzeitig kundtun, sie hielten Rußland nicht mehr für ein "sozialistisches Modell". Carrillo, dessen Borniertheit lediglich vom eigenen antiproletarischen Geschick übertroffen wird, geht soweit, in der russischen Gesellschaft "feudale und zaristische Züge" zu finden. Die Freunde von gestern, Prachtstücke in den Monstershows, wo die Überlegenheit des "sowjetischen Sozialismus" mit Klatschsalven und "Solidaritätsbekundungen"..."bewiesen" wurde, nehmen Abstand. Die Ratten verlassen das gemeinsame Schiff, was ja den Eindruck geben könnte, es sei ein sinkendes. Die kommunistischen Parteien des Westens werfen der UdSSR genau dasselbe vor, wie der um die Entwicklung in Osteuropa besorgte Kissingerberater und US-Stratoge Sonnenfeldt, nämlich, daß die UdSSR innen- und außenpolitisch keine "organischen", d.h. auf besserem Lebensstandard und parlamentarischer Demokratie sowie im internationalen Rahmen nicht bloß auf Militärmacht, sondern auf einer WIRTSCHAFTLICHE FEST VERANKERTEN MILITÄRMACHT beruhende Beziehung schafft. Dadurch entblößen sie wieder die Schwächen der Sowjetunion und verlangen gleichzeitig, daß sie die Mittel entschärfe, mit denen sie diese Schwäche ausgleicht. Die wiederholte Einladung der UdSSR an alle europäischen "Kommunisten", auf den "proletarischen Internationalismus" zu schwören und dem "Anti-sowjetismus" den Kampf anzusagen, ihre neue "internationalistische" Welle, um ihren Machtbereich auszudehnen, stehen in Zusammenhang mit der Tatsache, daß ihre ehemaligen Sprachrohre im Westen durch ihre neuen politischen Bindungen die imperialistische Balance ändern könnten (3) und mit ihrer Geste gleichzeitig ein Element liefern, das die zentrifugalen Tendenzen in Osteuropa stärken kann.

Vor dem Hintergrund der ganzen historischen Entwicklung der "kommunistischen" Parteien stalinistischer Herkunft sowie der oben skizzierten staatspolitischen und imperialistischen Überlegungen ist der Kuhhandel um den Begriff "proletarischer Internationalismus" und der ganze Rummel im Zusammenhang mit der Vorbereitung des "Gipfeltreffens der europäischen kommunistischen Parteien" zu verstehen. Das "Prinzip des proletarischen Internationalismus" ist für keine dieser Herrschaften "proletarisch", sondern stets national, handelt es sich ja um die "Solidarität" zwischen nationalen Staaten, die in einem bestimmten hierarchischen Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen, und um die Beglaubigung dieses Verhältnisses (nämlich auch der Vorherrschaft der UdSSR) durch westliche Parteien, also um die Suche NACH EINEM ANGMESSENEN AUSDRUCK FÜR DIE POLITISCHE BALANCE ZWISCHEN NATIONALEN STAATEN, DIE DIE JEWEILIGEN NATIONALEN INTERESSEN IHRER HERRSCHENDEN KLASSEN IN EINEM IMPERIALISTISCHEN SYSTEM VERRETEN. Schon deshalb, zumal bei langfristigen fließenden Kräfteverhältnissen, kann es sich um kein "Prinzip" handeln, was ja durch den Kuhhandel noch zusätzlich bestätigt wird, wo immer wieder in Frage gestellt wird, ob die "Solidarität" zwischen diesen Staaten und Parteien oberstes Gebot sein soll, oder gleichrangig mit den aus jedem bürgerlichen Vertragswerk zwischen Staaten ebenso bekannten "Prinzipien" der "Unabhängigkeit", "Nichteinmischung" und "Gleichberechtigung" gestellt werden soll: alles Sachen, die in der Luft hängen, da im Kapitalismus zwar der Versuch besteht, eine bestimmte Kräftekonstellation im Interesse der mächtigeren imperialistischen Staaten oder im antiproletarischen Interesse aller beizubehalten, nicht aber die Möglichkeit, dies zu verwirklichen. Heute zum Beispiel sollten die Vorbereiter des "Gipfeltreffens" den bereits zitierten US-Vertreter Dr. Sch-

nenfeldt mit der "unparteiischen" Redaktion des Schlußdokuments beauftragen, wenn es darum geht, die Formel des "proletarischen Internationalismus" als Fixierung der bedingungslosen Solidarität der Ostblockländer auf die UdSSR zu fixieren: ebensowenig wie die Russen sind die USA an konvulsive Entwicklungen der Kräfteverhältnisse in der gemeinsam beherrschten Welt interessiert, was sowohl das Sonnenfeldt-Referat bezeugt, als auch und noch viel mehr die Verlegenheit und Dementis, als es publik wurde(4).

In der marxistischen Auffassung ist die Internationalität des revolutionären Prozesses und seines äußersten Moments (äußerst, aber Moment, integrierender Bestandteil), Übergang zum Sozialismus mittels der Diktatur des Proletariats, keineswegs eine mehr oder weniger zufällige Begleiterscheinung, sondern eine LEBENSBEDINGUNG. Im Kampf gegen die eng nationale Auffassung Lassalles schrieb Marx 1875: "Es versteht sich ganz von selbst, daß um überhaupt kämpfen zu können, die Arbeiterklasse sich bei sich zu Haus organisieren muß ALS KLASSE, und daß das Inland der unmittelbare Schauplatz" (hier das nebenrangige Element!) "ihres Kampfs. Insofern ist ihr Klassenkampf nicht dem Inhalt, sondern, wie das 'Kommunistische Manifest' sagt, 'der Form nach' national. Aber der 'Rahmen des heutigen nationalen Staats'...steht selbst wieder ökonomisch 'im Rahmen des Weltmarkts', politisch 'im Rahmen des Staatensystems'. Der erste beste Kaufmann weiß, daß der deutsche Handel zugleich ausländischer Handel ist, und die Größe des Herrn Bismarck besteht ja eben in seiner Art INTERNATIONALER Politik".

Das Proletariat, das, als Partei oder herrschende Klasse organisiert, sich "in Rahmen" seiner Grenzen isoliert, verurteilt sich selbst dazu, vom breiteren "Rahmen" des Welthandels umgestürzt und beherrscht zu werden. Noch mehr: es verurteilt sich selbst dazu, seinen Klassencharakter zu verlieren, unter das Niveau des "ersten besten Kaufmanns" zu fallen - hier kippt der "Sozialismus in einem Land" in "Kapitalismus in allen Ländern" um.

Der Kapitalismus hat das Proletariat dadurch zur einzigen revolutionären Klasse der modernen Geschichte gemacht, daß er alles vernichtet hat, was den Produzenten früherer Gesellschaftsformationen als Person definierte: Produktionsmittel, Arbeitsplatz, an ihn gebundene und mit ihm ein Ganzes bildende Familie, Zunft als Hüter seines know-hows, Stadt als natürlichen Markt seiner Produkte, Vaterland als ideale Krönung und politische Garantie des ganzen. Wenn es eine einzige Eroberung gibt, die das Proletariat als revolutionäre Klasse von der kapitalistischen Gesellschaft erbt und verteidigt, dann ist es diese zwar nicht gewollte, immer bekämpfte aber notwendige und unaufhaltsame, rücksichtslose Vernichtung aller Schranken, die einen autonomen Produzenten vom anderen, seine Gemeinde von der nächsten trennten, dann ist es diese Vereinigung der Arbeit in der Fabrik und Universalisierung der menschlichen Beziehungen, auch wenn sie sich auf dem Weg der Universalisierung des Warentausches durchsetzte. Wenn sich die Marxisten früher wünschen konnten, daß die Geschichte auf alle chinesischen Mauern die Lösung "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" schriebe, so war es nicht, weil sie an die Ewigkeit dieser "Werte" geglaubt hätten, sondern weil sie wußten, daß diese die Kriegsrufe einer Bewegung waren, die dazu neigte, alle Mauern, allen "heimischen Aberglauben", alles Private, alles Lokalistische - auch den Lokalismus auf der Ebene einer Nation - zu vernichten. Sie konnten es wünschen, weil diese historische Tendenz den proletarischen Befreiungskampf, den Kampf für den Kommunismus mit einem internationalen und internationalistischen Charakter erfüllen würde.

Wenn man die Klasse in ihrem Machtkampf oder in ihrem Kampf um die Erhaltung der Macht auf dem Weg zum Sozialismus im kleinen

Winkel der Fabrik, der Ortschaft, des Berufes, der Nation einsperret (und für Marx war 1848 vom Standpunkt des revolutionären Sieges oder der Niederlage GANZ EUROPA EIN KLEINER WINKEL gegenüber England, das als Herrscher des Weltmarktes fest auf seinem Felsen saß), wird sie zur Subklasse, zur unterdrückten Dienerin der herrschenden Ordnung. Schlimmer noch, sie wird dazu verurteilt, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen, wird zum Erben und Verteidiger des Banners des Feindes - eines Banners, den der Kapitalismus selbst wieder zum Zweck der sozialen Erhaltung neu zusammenflickt und schwenkt: Individuum, Familie, Vaterland, nationale Werte und Gebräuche, Demokratie.

Man kann keinen nationalen Weg zum Sozialismus fordern und ebensowenig dessen isolierten nationalen "Aufbau": eine solche Forderung ist nicht nur konterrevolutionäre Utopie, sondern sie bedeutet auch, daß man die ideologischen Reflexe der zeitweiligen Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen im eigenen Schrebergarten oder des zeitweiligen Druckes der Außenwelt als Glaubensbekenntnis ins eigene Programm und in die eigene Theorie hineingenommen hat, kurzum, daß man die materialistische Voraussage der revolutionären Entwicklung der Klassengegensätze über Bord wirft, um vor der Macht der Bourgeoisie zu kapitulieren, und das heißt mit ihr zusammenzuarbeiten.

Es gibt keinen Mittelweg: entweder die Vorbereitung des Proletariats - und das heißt an erster Stelle Schaffung seiner Partei - auf den internationalen revolutionären Kampf, auf die Vernichtung der Diktatur der Bourgeoisie und Errichtung der Diktatur des Proletariats, oder den Weg der Sozialdemokratie zu durchlaufen, der in der gewaltsamen Unterdrückung des Proletariats und in der Stärkung der Diktatur der Bourgeoisie objektiv und subjektiv mündet.

Zum 1. Mai 1913, 17 Monate bevor die Sozialdemokratie den Internationalismus offiziell abschüttelte, um Imperialistisch zu werden, schrieb Rosa Luxemburg über die zu Ende gehende Periode der reformistischen Illusionen und der ideologischen und politischen Entwaffnung des Proletariats:

"Die Periode der langen Depression auf dem Weltmarkt seit dem Krach der siebziger Jahre war überwunden, und die kapitalistische Wirtschaft trat just in eine Phase glänzenden Aufschwungs, der fast ein Jahrzehnt dauern sollte. Zugleich atmete die Welt nach zwanzig Jahren ununterbrochenen Friedens von den Erinnerungen der Kriegsperiode auf, in der das moderne europäische Staatensystem seine blutige Taufe empfangen hatte, Die Bahn schien frei für eine ruhige Kulturentwicklung, Illusionen, Hoffnungen auf eine sichtlich-friedliche Auseinandersetzung zwischen der Arbeit und dem Kapital schossen in den Reihen des Sozialismus üppig in die Halme. Vorschläge, "dem guten Willen die offene Hand" entgegenzuhalten, bezeichneten den Beginn der neunziger Jahre, Verheissungen auf ein unmerkliches "allmähliches Hineinwachsen" in den Sozialismus bezeichneten ihr Ende. Krisen, Kriege, Revolutionen sollten überwundene Standpunkte, Kinderschuhe der modernen Gesellschaft gewesen sein, Parlamentarismus und Gewerkschaften, Demokratie im Staate und Demokratie in der Fabrik sollten die Pforten zu einer neuen, besseren Ordnung eröffnen.

Der Gang der Dinge hat unter allen diesen Illusionen fürchterliche Musterung gehalten. An Stelle der verheißenen sanften sozial-reformerischen Kulturentwicklung setzte seit Ende der neunziger Jahre eine Periode der gewalttätigsten, schärfsten Zuspitzung der kapitalistischen Gegensätze ein, ein Stürmen und Drängen, ein Krachen und Aufeinanderprallen, ein Wanken und Beben in den Grundfesten der Gesellschaft. Über die zehnjährige Periode wirtschaftlichen Aufschwungs quitierten in dem folgenden Jahrzehnt

zwei erschütternde Weltkrisen. Auf zwei Jahrzehnte des Weltfriedens folgten in dem letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts sechs blutige Kriege und im ersten des neuen vier blutige Revolutionen. Statt der Sozialreformen - Umsturzvorlagen, Zuchthausvorlagen und Zuchthauspraxis, statt der industriellen Demokratie - der gewaltige Zusammenschluß des Kapitals in Kartellen und Arbeitgeberverbänden und die internationale Praxis der Riesenaussperrungen. Und statt des neuen Aufschwungs der Demokratie im Staate ein elender Zusammenbruch der letzten Reste des bürgerlichen Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie." (5)

Auf diese Entwicklung war das westliche Proletariat nicht vorbereitet, und die Sozialdemokratie, die sich zunächst "lediglich" den Illusionen der "friedlichen Entwicklung" gebeugt hatte, ging beim revolutionären Ausbruch nach dem I. Weltkrieg dazu über, die revolutionären Versuche des Proletariats selbst zu unterdrücken. Die Niederlage im Westen - und vor allem in Deutschland - kostete das Weltproletariat die einzige eroberte Festung - Rußland - und führte zum Zusammenbruch der gegen die Sozialdemokratie gegründeten kommunistischen Internationale, deren westliche Sektionen meist zu spät und unzulänglich entstanden, als daß sie das Proletariat zum Sieg hätten führen können.

Es gilt, das Proletariat schon heute theoretisch, politisch und organisatorisch auf die oben von Rosa Luxemburg skizzierte Entwicklung, die für das Kapital in seiner imperialistischen und faschistischen letzten Phase charakteristisch ist, vorzubereiten, seine Avantgarde für einen Kampf zu verziehen und zur Klassenpartei zu organisieren, die aufgrund ihrer prinzipiellen und theoretischen Festigkeit die Arbeiterklasse über ihre Teilkämpfe und über das Wiederaufflammen des Klassenkampfes zur erfolgreichen Lösung der Alternative unserer Epoche führen kann: ENTWEDER DIKTATUR DES PROLETARIATS ODER DIKTATUR DER BOURGEOISIE.

(1) siehe "Die deutsche Ideologie", MEW Bd. 3, Seite 35.

(2) Corriere della Sera, 23.12.75

(3) Die "New York Times" stellte kürzlich die Frage: "Ist Kissinger so stark gegen die Machtbeteiligung der Kommunisten in Westeuropa, weil Moskau davor Angst hat?" zitiert nach "Süddeutsche Zeitung", Osterausgabe 1976.

(4) Helmut Sonnenfeldt erklärte in Bez. 1975 auf einem Treffen der US-Botschafter in London, die USA sollten dafür eintreten, daß die UdSSR ihre Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern "organisch" festlegte, d.h. auf der Grundlage eines günstigen Warenaustausches gestalten, damit die Gefahr von "revolutionären Entwicklungen" in Osteuropa gebannt wird. Als diese sogenannte "Sonnenfeldt-Doktrin" in die Öffentlichkeit drang (das Referat galt als "vertraulich"), wurden die Aussagen Sonnenfeldts für "verzerrt und entstellt zitiert" erklärt. Es lohnt sich einige Kernsätze zu zitieren: "Hinsichtlich Osteuropas muß es in unserem langfristigen Interesse liegen, die Ereignisse in diesem Gebiet ZU BEINFLUSSEN - wegen der gegenwärtigen unnatürlichen Beziehungen zu der Sowjetunion -, damit sie nicht früher oder später explodiert und den dritten Weltkrieg auslöst. Diese unnatürliche, unorganische Beziehung ist eine weit größere Gefahr für den Weltfrieden als der Konflikt zwischen Ost und West... Deshalb muß es unsere Politik sein, für eine Entwicklung einzutreten, welche die Beziehungen zwischen den Osteuropäern und der Sowjetunion zu einer ORGANISCHEN BEZIEHUNG macht. Unsere Politik muß eine Politik sein, die den deutlich sichtbaren Aspirationen in Osteuropa auf eine autonome Existenz im Kontext eines starken sowjetischen geopolitischen Einflusses entgegenkommt." (zit. nach Neue Zürcher Zeitung vom 31.3.1976)

(5) Rosa Luxemburg, "Der Maidgedanke auf dem Vormarsch", Leipziger Volkszeitung, 30.4.1913, Ges. Werke, Bd. 3, S. 191/92)

DIE REPRESSIONSMASSNAHMEN DER DEUTSCHEN BOURGEOISIE

Ende der 60. Jahre, bei dem ersten Ausbruch kapitalistischer Krisenhaftigkeit nach dem zweiten Weltkrieg, verabschiedete die deutsche Bourgeoisie schnell und unter maßgeblicher Beteiligung der sozialdemokratischen Kräfte die NOTSTANDSGESETZE und dies trotz breiter, aber machtloser Reaktion, machtlos wie jede Reaktion auf den Kapitalismus, die nicht auf der Linie des proletarischen Klassenkampfes steht, sondern nostalgisch auf die "guten, alten Zeiten" zurückblickt.

Mit dem Ende der großen Phase der Wirtschaftsexpansion zeigt sich aber zum Staunen der "liberalen" Kräfte, daß es bereits vor dem Ausbruch akuter Notstandssituationen erforderlich ist, sich gründlich darauf vorzubereiten: einerseits durch Straffung der bürgerlichen Kräfte, andererseits durch prophylaktische Einschüchterung der Arbeiterklasse, der die Bourgeoisie nunmehr zunehmend Entlassungen und Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Arbeitsintensität, Lohnsenkung und Verelendung, kurzum allgemeine Unsicherheit des Lebens zu bieten hat. Je mehr Unsicherheit der Kapitalismus schafft, desto mehr schreit die Bourgeoisie nach Sicherheit. Je mehr der Kapitalismus den Ausbruch des proletarischen Klassenkampfes näher bringt, desto mehr sieht sich die Bourgeoisie gezwungen, alle ihre Kräfte für die Unterdrückung des Klassenkampfes und für die Erzwingung der Klassenkollaboration zu disziplinieren: kurz und gut die Demokratie faschistisiert sich.

So geschieht es, daß sich die Bourgeoisie, um den Erscheinungen gesellschaftlicher Auflösung (hier an erster Stelle dem individuellen Terrorismus) und vor allem den voraussehbaren proletarischen Kämpfen im voraus Rechnung zu tragen, zum Ziel setzt, "der Ausbreitung von Gewalttaten entgegenzuwirken". Marxistisch ausgedrückt, muß der bürgerliche Staat als Organ zur Unterdrückung der Ausgebeuteten durch die Ausbeuter seine öffentliche Gewalt in dem Maß verstärken, "wie die Klassengegensätze innerhalb des Staates sich verschärfen" (Engels, "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats"). Verschärfen sich diese Klassengegensätze nur potentiell, d.h. drückt sich ihre Verschärfung zunächst nur in fortschreitendem Elend, Lebensunsicherheit sowie in Phänomenen gesellschaftlicher Auflösung aus, braucht die Bourgeoisie ihr immenses Gewaltpotential nicht zu entfesseln: es genügt, die potentielle Unterdrückung, den Abschreckungsapparat auszubauen. Somit werden sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: während man abschreckt, bereitet man sich besser darauf vor, die nackte Gewalt auszuüben. Dies wird so durchgeführt, daß die Unterdrückungsmaschine gestrafft und von unzuverlässigen Elementen gesäubert wird, daß man durch technische Verbesserungen den Polizeiapparat leistungsfähiger macht, daß man den Gewaltcode (die Verfassung) verschärft und nicht zuletzt, daß man die demokratische Demagogie Tag und Nacht ausnützt. Letzter Punkt ist nicht der unwichtigste, denn während sich die Bourgeoisie auf Gewalt- und Terrorausübung vorbereitet, wird dem Proletariat die Verteidigung von den scheinheiligen Bedingungen einer gewaltlosen Klassenkoexistenz eingetrichtert, also seine eigene revolutionäre Vorbereitung sabotiert.

Die technischen Maßnahmen im Rahmen des Polizeiapparates, die von der Hinzuziehung des Bundesgrenzschutzes für die interne Repression bis hin zu den Plänen einer totalen Erfassung aller Bürger per Computer reichen, werden hier nicht weiter erörtert. Auch die Verschärfung des Ausländerrechts bleibt einer nächsten Gelegenheit vorbehalten. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß im Falle von poli-

tisch tätigen Ausländern bereits vor den Paragraphenänderungen Abschiebungen und teilweise sogar Mißhandlungen gang und gäbe waren.

Wir wollen uns hier mit der Straffung des Staatsapparates und mit dem Gewalt-Paragraphen, der EINSTIMMIG vom Bundestag verabschiedet wurde, beschäftigen.

Am 28.1.1972 wurde von den Regierungschefs der Länder im Einvernehmen mit dem "reformfreudigen" sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt ein Beschluß gefaßt, der die Unvereinbarkeit verfassungsfeindlicher Tätigkeit mit der Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst festlegt: "gehört ein Beamter einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jeder Zeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Einstellungsantrages". Der Beschluß, der allgemein unter "Berufsverbot für Demokraten" oder "Radikalen-Erlaß" bekannt wurde, erhielt je nach politischem Standort innerhalb des bürgerlichen Lagers (oder gegenüber dem bürgerlichen Lager) die unterschiedlichsten Beinamen von "faschistisch" über "undemokratisch", "verfassungswidrig", "überflüssig" bis "unzureichend". Daß mit dem Beschluß KEIN NEUES RECHT GESCHAFFEN ODER BESTEHENDES RECHT VERÄNDERT WURDE, daß er vielmehr "Ausdruck der Entschlossenheit der Regierung in Bund und Ländern ist", "den öffentlichen Dienst nicht Verfassungsfeinden auszuliefern", erklärte der damalige Innenminister Gonscher sehr zu Recht in einer Fragestunde des Bundestages. Klarer könnten die Zusammenhänge gar nicht liegen: der freiheitliche demokratische Staat muß hundertprozentig in der Lage sein, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu verteidigen, wobei freiheitlich und demokratisch im bürgerlichen Jargon - wie immer - für kapitalistisch stehen.

Zweieinhalb Jahre nach dem Beschluß lagen dem Bundestag zwei Gesetzentwürfe zur Beratung vor und mußten an die zuständigen Ausschüsse weitergeleitet werden. Die Schwierigkeiten um eine endgültige Regelung sind verständlich, denn wie immer bei derartigen Maßnahmen, ist es nicht leicht, die richtige Dosierung zu finden. Will man die Verteidigung des Kapitalismus besser garantieren, braucht man in liberaler Ideologie kritisch-demokratisches Engagement der einzelnen Beamten bei ihrer Pflichterfüllung. Anders sieht es im Selbstverständnis der "rechten" Kräfte aus, die - man muß sagen, mit Recht - eine ewige Integrationsfähigkeit des demokratischen Staates bei zunehmender Krise implizit für fragwürdig halten.

Demzufolge sah der SPD/FDP-Antrag vor, daß die mangelnde Verfassungstreue vom Staat jeweils nachgewiesen werden muß. Die Zugehörigkeit zu einer verfassungsfeindlichen Organisation oder Partei muß berücksichtigt werden, reicht aber nicht aus, um einen Anwärter abzulehnen, d.h. die Brauchbarkeit des Anwärters muß von Fall zu Fall von der Anstellungsbörde bestimmt werden.

Die CDU/CSU-Opposition hält hingegen die Mitgliedschaft in "extremistischen Organisationen" für ausreichend, was übrigens dem Ministerpräsidentenbeschluß entspricht, der unter Mitwirkung von SPD und FDP erlassen, oder noch genauer von der hamburger SPD angeregt wurde. Schon die obige Aussage Gonschers beweist, daß die zwei unterschiedlichen Einstellungen bloß taktische Differenzen innerhalb der Bourgeoisie zum Ausdruck bringen, die auf eine unterschiedliche Bewertung der heute aktuell bestehenden sozialen Gefahren beruhen. Deshalb konnte ohne große bürgerliche Enttäuschung eine bundesweite Regelung scheitern. Die jeweilige Dosierung bleibt jeder Bundesland vorbehalten.

Da es hinsichtlich der anderen linken Organisationen absolute Einhelligkeit zwischen SPD, FDP und CDU/CSU gibt, geht es konkret meist um die Frage der DKP. Zwar könnte die ganze Bourgeoisie diesbezüglich ruhig schlafen - und ein Teil davon tut es auch -, wären nicht die Bindungen dieser Partei an "gegnerische Mächte" (DDR) und andererseits ihre z.Zt. noch fast vollkommene Überflüssigkeit bei der Ausübung opportunistischer Kontrolle über die Arbeiterklasse. Damit gesteht die liberale Bourgeoisie der DKP eine Scheinradikalität zu und hilft nolens volens...sich selbst.

Wohlgermerkt wendet sich der Radikalenerlaß auch gegen "Verfassungsfeinde" von rechts. "Faschistische" und "neo-nationalistische" Unterwanderung des "demokratischen" Staatsapparates müssen ja partout vermieden werden, nicht weil die Bourgeoisie auf der klassischen Rollenverteilung zwischen Demokratie und Faschismus bei der Verteidigung des Kapitalismus bestünde (ist der heutige demokratische Staat doch Erbe und Testamentsvollstrecker des faschistischen), sondern um der Scheinheiligkeit des Rechtsstaates willen, der zuletzt so oder so durch imperialistische Determinierung faschistisches Werk vollziehen muß. Wegen der im Gegensatz zur DKP keineswegs erschreckenden sozialen oder staatspolitischen Bindungen der "Rechtsradikalen", werden diese auch in der Praxis großzügig behandelt.

Die meisten "Linken" führen ihren Kampf gegen die Berufsverbote und andere Repressionsmaßnahmen der Bourgeoisie unter dem Motto der "Verteidigung der demokratischen Rechte der Volksmassen", der "Abwehr gegen die Angriffe von Seiten des Staates auf die Meinungsfreiheit" usw., unterscheiden sich somit trotz bekundeter längerfristiger Absichten um keinen Deut von einem klassischen Liberalen (die heutigen Liberalen sind ja gewitzt) und begeben sich auf ein Terrain, wo objektiv die Rechte der Faschisten mit verteidigt werden. Dieses Terrain ist so "günstig", daß ein Versuch, die Faschisten vom Segen der demokratischen Rechte auszuschließen, darauf hinauslaufen müßte, zu beweisen, daß letztere für die Grundordnung eines imperialistischen Staates gefährlicher sind als "Kommunisten".

Ob nun diese "Verteidigung der demokratischen Rechte" als allgemeine politische Linie oder als angeblich zeitweiliges taktisches Manöver auftritt, in beiden Fällen dient sie nicht der Vorbereitung des Proletariats auf den Klassenkampf und ebensowenig der Schaffung der notwendigen Instrumente dieses Kampfes. Schauen wir uns die Sache näher an:

1. Es entspricht dem Wesen des Staates als Kampfwanne einer Klasse zur Unterdrückung einer andern, daß er von seinen Dienern absolute Treue verlangt. Vom programmatischen Standpunkt verpflichten sich die Leute, die andere Möglichkeiten des Staatsverhaltens erblicken, der liberal-kapitalistische Theorie des über den Klassen neutral stehenden Staates. Geradezu witzig ist es, daß es sich dabei oft um Leute handelt, die gleichzeitig für verschiedene Varianten einer als Sozialisierung ausgegebenen Verstaatlichung eintreten. Sollte sich ihr Programm verwirklichen, müßten sie bald auswandern.
2. Solche Erscheinungen der bürgerlichen Disziplinierung der eigenen Klasse, für die die faschistische Bewegung das Beispiel und die bemerkenswerteste Ausdrucksform lieferte und darstellt, bestätigen alle marxistischen Prognosen über die totalitäre Entwicklung des Kapitals und die Organisation der Bourgeoisie (einschließlich der Selektion von Kadern) im Hinblick auf den revolutionären Zusammenstoß.

3. Sofern es also um "Radikalendiskurs" geht, bedeutet der sogenannte "Abbau der Volksrechte" nichts anderes, als daß sich die Bourgeoisie darauf vorbereitet, das Volk gegen das Proletariat zu organisieren und zu disziplinieren. Solange keine breite, entschlossene, klare Perspektive zeigende, proletarische Bewegung da ist, die fähig ist, den Kleinbürger ihrerseits einzuschüchtern und zu neutralisieren, wird dieser trotz taktischer Differenzen, die mit seiner sozialen Stellung bzw. mit den Proletarisierungsgefahren zusammenhängen, seine Wortgefechte mit der Bourgeoisie unter dem Zeichen der effektiven Unterordnung unter die allgemeinen Interessen des Kapitals weiterführen.

4. Anstellungsschwierigkeiten und Berufsverbote sind dem kämpferischen Proletarier von jeher bekannt. Streikführer können in allen Ländern ein Lied davon singen. Wie die Kampferfahrung und die marxistische Theorie des Klassenkampfes (und übrigens sogar die geringste Dosis an Menschenverstand) zeigen, kann die Lösung für das Problem keine andere sein, als der solidarische Klassenkampf der von der Aussperrung nicht Betroffenen (Streiks für die Wiedereinstellung, für die Aufhebung der Entlassungen usw.). Auch im Bereich, wo der bürgerliche Staat als Produzent oder Dienstleistungsbetrieb auftritt (Staatsunternehmen) und sogar Monopolstellung genießt, bleibt das Problem ein Problem des proletarischen Kampfes und der Kräfteverhältnisse und ist nicht mit den Ereignissen in der Sphäre der Staatsbürokratie gleichzusetzen, wo der Staat seine ureigentliche Funktion des ideologischen, juristischen, politischen, polizeilichen und militärischen Unterdrückungsapparates der Bourgeoisie wahrnimmt. Hier ist aber eine wesentliche Unterscheidung zu machen, nämlich - sofern keine Berufsarmee sondern Zwangsrekrutierung, Wehrpflicht herrscht - zwischen den Streitkräften, die zu zersetzen sind und in einen proletarischen und einen bürgerlichen Teil auseinanderfallen müssen (wozu gezielte kommunistische Unterwanderung und antimilitaristische Arbeit erforderlich sind) und den Bereichen der reinen Staatsbürokratie, des Beamtentums. Letzteres wird nicht wie die Wehrpflichtigen durch Zwang zum Dienst an den bürgerlichen Staat eingezogen, sondern bildet eine Schicht, die durch unzählige Privilegien an den Staat gebunden wird. Selbstverständlich kann das UNTERE Beamtentum, aufgrund seiner unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen, in einen Gegensatz zum Staat treten und trotz seiner Privilegien mindestens für eine wohlwollende Neutralität gegenüber der Arbeiterbewegung gewonnen werden; das setzt aber voraus, daß eine mächtige Arbeiterbewegung (der selbstverständlich Arbeiter und Angestellte des Staates angehören) durch ihren Kampf klar zeigt, daß sie objektiv in der Lage ist, diese ökonomischen Interessen zu vertreten.

5. Es ist eine Tatsache, daß die Arbeiterklasse nicht darauf vorbereitet war, gegen die Repressionsmaßnahmen zu kämpfen; daß die Bourgeoisie heute ein leichtes Spiel hat, sich selbst als Klasse noch besser auszurüsten. Lange Jahrzehnte von Niederlagen, auf die nach dem zweiten Weltkrieg die Wirtschaftsprosperität mit ihrem Gnadenknochen für den Arbeiter folgte, haben in der Arbeiterklasse jede revolutionäre Tradition zerstört und sie unter die politische und gewerkschaftliche Kontrolle von Organisationen gebracht, die diesen Staat tragen und die Repressionsmaßnahmen befürworten, wenn sie nicht deren eifrigste Vertreter sind. Die Gewerkschaften, die bei jeder politisch motivierten Entlassung zum solidarischen Kampf der anderen Arbeiter aufrufen müssten, schließen selbst die kämpferischen Elemente aus ihren Reihen aus, betätigen sich als Teil des Repressionsapparates. Eine politische Orientierung hat die Arbeiterklasse heute nicht,

wird sie ja politisch von der SPD, einem Hauptträger dieser Repressionsmaßnahmen und systematischen Entwaffner der Arbeiterklasse kontrolliert. Sowohl SPD als auch Gewerkschaften haben ihren Weg zu Organisationen des kapitalistischen Staates damit angefangen, daß sie die "Demokratie" und die "demokratischen Rechte" verteidigten, in deren Namen übrigens die heutigen Maßnahmen getroffen werden. Um sich zu verteidigen, muß sich die Demokratie gegen die Arbeiterklasse bewaffnen, ist sie ja nichts anderes als die Maske des bürgerlichen Staates, der kapitalistischen Diktatur, gegen die die Arbeiterklasse bestimmt ist, sich revolutionär aufzulehnen. Der Kampf gegen die Repressionsmaßnahmen - und diese müssen ständig benutzt werden, um den wahren Charakter des bürgerlichen Staates und der Sozialdemokratie zu entlarven - kann daher nur zum künftigen Erfolg führen, wenn er auf einer Linie geführt wird, die strategisch davon ausgeht, daß das Proletariat bei allen seinen Bemühungen auf die Gewalt der Bourgeoisie treffen wird und sich entsprechend vorbereiten muß. "Rechte" gibt es nicht auf dem Papier: ob es sie gibt oder nicht, wird durch den Kampf entschieden. Das gilt sogar für die Kampfbedingungen auf ökonomischer Ebene, für die politische Betätigung in den Betrieben usw. Der Kampf muß daher auf einer Linie stehen, die darauf abzielt, die Arbeiterklasse auf den unausbleiblichen Zusammenstoß mit der Bourgeoisie EINSCHLIESSLICH DES OPPORTUNISMUS vorzubereiten, er muß daher von einem Kampf gegen den Opportunismus begleitet werden, für Methoden des Klassenkampfes, gegen die Klassenkollaboration, nicht für die Verteidigung der Demokratie, sondern - davon ausgehend, daß die Demokratie nichts anderes ist als zusammengeballte potentielle Gewalt - für die revolutionäre Vorbereitung des Proletariats. Und das ist dieselbe Linie der Schaffung einer kommunistischen Klassenpartei, unentbehrliches Instrument für die politische Führung der Arbeiterklasse und sogar für die Befriedigung von Klassenforderungen und -methoden auf gewerkschaftlicher Ebene.

7. Zusammenfassend: Das Proletariat muß theoretisch und politisch auf eine notwendige Entwicklung des Kapitalismus vorbereitet werden, die sich so charakterisieren läßt: "Die Frage, wer im Lande zu herrschen hat, d.h. ob die Bourgeoisie leben oder untergehen wird, wird von beiden Seiten nicht durch Hinweise auf die Verfassungsparagraphen, sondern durch Anwendungen von allen Arten von Gewalt entschieden werden". (Trotzki, "Terrorismus und Kommunismus").

Die verschiedenen Gesetzesänderungen in Sachen Terrorismus und Gewalt bestätigen die obigen Ausführungen und lassen darauf schließen, welche Prognosen die Bourgeoisie für die künftige politische Entwicklung stellt. Zunächst rechnet sie damit, daß alle Phänomene gesellschaftlicher Auflösung - vor allem der individuelle Terrorismus - sie "noch auf Jahre" beschäftigen werden (Bundesinnenminister Maihofer, FDP, am 16.1.76 im Bundestag). Trotz der Erfolge der Repression (107 Verurteilungen, allein 1975 90 Personen in Untersuchungshaft genommen, Anklage gegen 78 erhoben usw., abgesehen von den Verschleppungen, die die offiziellen Zahlen nicht nennen), werden Lt. Maihofer - und der Meinung sind alle Minister und Parlamentarier - die "politisch motivierten Gewalttäter" ihren Kampf nicht aufgeben. Vielmehr stellt man fest, daß es für den Terrorismus ein "personelles Reservoir erheblichen Umfangs" gibt. Mit anderen Worten geht die Bourgeoisie davon aus, daß ihre Gesellschaftsordnung Gewalt durch alle Poren transpiriert und nichts anderes kann, als Gewalt^{zu}erzeugen. Um den "Terrorismus" zu bekämpfen hat man im Laufe der letzten Monate nicht nur die "politische Gewalttat" im Strafgesetzbuch

eigens

und namentlich als Verbrechen spezifiziert, nicht nur die Denunziationspflicht eingeführt, nicht nur die Prozeßordnung erheblich verschärft (wenn Verdacht besteht, daß Verteidiger mit ihren "terroristischen" Mandanten sympathisieren, können sie ausgeschlossen werden; gemeinschaftliche Verteidigung ist verboten; die Zahl der Wahlverteidiger ist beschränkt; der schriftliche und mündliche Verkehr zwischen Angeklagten und Verteidigern wird überwacht), sondern auch wegen der "Internationalisierung des Terrorismus" (was oft an Rosa Luxemburgs Wort erinnert, daß der Wind, den die europäischen Staaten in Afrika und Asien säen, einmal nach Europa als fürchterlicher Sturm zurückschlagen muß) ein Stück EG-Politik weiter verwirklicht. "Maihofer verwies auf dahingehende Gespräche mit dem französischen Innenminister Poniatowski, die zu weitreichenden, IN DER GESCHICHTE DER KRIMINALPOLIZEI BEISPIELLOSEN VEREINBARUNGEN geführt hätten und Verhandlungen mit seinem britischen Amtskollegen Jerkins, zu denen er Anfang nächster Woche nach London fahren werde" (FAZ 17.1.1976). Darüberhinaus ist die Bourgeoisie der festen Überzeugung, daß die Entwicklung nicht bloß zum Terrorismus anarchistischer Prägung, sondern auch zur proletarischen Massengewalt führen wird. Dies geht aus den Gesetzesvorlagen sowohl der "Rechten" als auch der sozialliberalen Regierung (die bekanntlich im Parolenjargon vieler "Linksgruppen" das "geringere Übel" ist!). Man versucht, der Verbreitung von Gewalt - für die Bourgeoisie ist nur die Gewalt des eigenen Staates und, wenn Not am Mann ist, der faschistischen Bänder zugelassen - mit Einschüchterungsmaßnahmen vorzubeugen. Eine erste Fassung der Gesetzesnovelle sah vor, einen Paragraph 130a als Änderung des bestehenden Paragraphen 126 einzuschieben. Letzterer wurde übrigens seinerzeit eigens gegen die Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten, darunter Mord, Totschlag oder Völkermord... geschaffen. Der neue Paragraph sollte die "Straffreiräume" im Gesetzbuch schließen und dem Staat eine völlig legale Grundlage für rasches Vorgehen sowohl gegen die Befürwortung von Gewalttaten einzelner oder Gruppen als auch gegen die Beschreibung und Prognose der Gewaltanwendung (auf theoretischer, propagandistischer oder agitatorischer Ebene) geben. Die Klassiker sollen aber vom Verbot ausgeschlossen werden, da sie sich "auf eine andere geschichtliche Epoche beziehen" und es schließlich für die herrschende Klasse untragbar wäre, Marx, Engels, Lenin und Trotzki polizeilich verbieten zu müssen: solchen Schaden darf man dem demokratischen Mythos wohl nicht zufügen. Kriminalisiert würde dadurch auch ein großer Teil der Publikationstätigkeit (einschl....Cartoons!), was ja sogar zu einer totalen Unsicherheit und unvorausehbaren "marktwirtschaftlichen" Entwicklungen im Verlagswesen geführt hätte.

Schließlich hat man sich auf eine "weniger scharfe" Gesetzesänderung eingelassen, die in Wirklichkeit genau so schlimm ist wie die erste, aber den Vorteil hat, daß viele Stimmen - wie es sich für das demokratische Spiel gehört - nunmehr meinen, "so schlimm ist es nicht gewesen". Trotz Vorbehalten der Rechten (CDU/CSU), die gleichzeitig schon jetzt eine Verschärfung des Demonstrationsrechtes haben wollen, und des "linken" Flügels der SPD, der dadurch ein Klima "des Opportunismus und der Selbstzensur" (man kann sonst die Leute besser kontrollieren, was?) befürchtet, wurde die neue Fassung des Gesetzes im Bundestag EINSTIMMIG verabschiedet.

Diese neue Fassung des Gesetzes sieht vor, daß, wer eine Schrift verbreitet, ausstellt oder irgendwie zugänglich macht sowie

herstellt, kauft, liefert, vorrätig hält, ankündigt, anpreist usw., eine Schrift, die "rechtswidrige" Taten befürwortet oder nach den Umständen geeignet ist, die Bereitschaft zu fördern, sich durch Begohung solcher Taten für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen", oder wer dasselbe öffentlich oder in Versammlungen tut, wird "mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft".

Um aber eine allgemeine Verwirrung in allen sogenannten Massenmedien zu vermeiden (schließlich bleibt die jeweilige Anwendung des Gesetzes gegen die Kommunisten und das Proletariat eine Sache des Kräfteverhältnisses), hat man einen anderen Paragraphen, den Paragraphen 86 geändert, um die Straffreiheit der Beschreibung von Gewalt usw. beizubehalten, wenn das Propagandamittel oder die Handlung "der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen (d.h. man darf in aller Ausführlichkeit gegen Kommunisten hetzen), der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre oder ähnlichen Zwecken dient". Es ist klar, daß die Strafbarkeit der Verbreitung von "Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen" bestehen bleibt und durch das neue Gesetz erheblich verschärft wurde.

Der Justizminister (Vogel, SPD) verteidigte das Gewaltbefürwortungsgesetz damit, daß Gewaltlosigkeit im politischen Kampf ein "Essential" des demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaates sei. "Wer - auch nur verbal - an dieser Grundübereinkunft rüttelt", sagte Vogel, "stellt einen der größten Fortschritte unserer politischen Kultur in Frage" (FAZ, 17.1.75). Das alte bürgerliche Mätzchen: die letzte Klasse, die Gewalt anwenden mußte (und wie!), war die Bourgeoisie selbst, seitdem gibt es ja Freiheit, Gleichheit, Grundrechte, soziale Marktwirtschaft usw. Dies alles ist nichts anderes als geronnene Gewalt, die die proletarische Gewalt unentrinnbar erzeugen wird. Dies bestätigt die Bourgeoisie eindrucksvoll, indem sie versucht, sich für die kommenden Klassenkämpfe vorzubereiten. Sie propagiert zwar Tag und Nacht, daß die Gewalt keine Rolle mehr in der Geschichte zu spielen hat: warum aber dann alle diese Gesetzesänderungen?

- - - -

W A S H E I S S T E S,
D E N M A R X I S M U S
Z U V E R T E I D I G E N ?

- Grundthesen der Partei (1951)
- Theorie und Aktion in der marxistischen Auffassung (1951)
 - Die Umkehrung der Praxis in der marxistischen Theorie
 - Revolutionäre Partei und ökonomische Aktion
- Die Position der Partei zur "Gewerkschaftsfrage" (1972)

Preis: DM 5,--

Die Polenverträge: Kapitel der deutschen Wirtschaftsexpansion nach Osten

Die höchsten Vertreter des deutschen Kapitals haben in der letzten Zeit eine frenetische diplomatische Tätigkeit entfaltet. Kein Kontinent bleibt von dieser Besuchsoffensive verschont, und nicht zuletzt die Hauptstädte des "sozialistischen" Lagers sind es inzwischen gewohnt, deutsche Staatsvertreter tagtäglich zu empfangen (ganz zu schweigen von den tausenden Vertretern einzelner Industrieunternehmen). Der deutsche Imperialismus demonstriert dadurch erneut, welcher Platz ihm im "Konzert der Nationen" trotz der Abhängigkeit gegenüber dem amerikanischen "Partner" zusteht. Der Expansionsdrang des Kapitals sieht sich mit einer sich zunehmend verschärfenden Weltkonkurrenz konfrontiert, und jeder kapitalistische Staat versucht sowohl in der Innenpolitik (durch Mehrausbeutung des Proletariats und dementsprechend durch den Ausbau seiner Unterdrückungs- und Einschüchterungsmöglichkeiten), als auch in der Außenpolitik (durch die Sicherung und weitere Erschließung seiner Absatz- und Rohstoffmärkte, was nicht zuletzt die Schaffung eines außenpolitischen Überbaus verlangt) seine Konkurrenzfähigkeit und seine Einflusssphäre zu erweitern.

Hier geht es uns aber lediglich darum, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Bonn und Warschau anhand eines "krönenden" Beispiels, des Abkommens zwischen Schmidt und Gierek am Rande der KSZE-Endverhandlungen, zu untersuchen. Der "natürliche" Lebensraum des westdeutschen Kapitals hat seinen Schwerpunkt zwar in Westeuropa, sein damit zusammenhängender Expansionsraum befindet sich aber im Osten, wengleich diese Expansion heute erst ihre Anfangsphase durchmacht.

Diese Expansion vollzieht sich nicht nur in einer gespannt-entspannten Konkurrenz zur UdSSR (also in einem Zustand der Vorbereitung neuer akuterer Konflikte), sondern auch in Konkurrenz und oft zum Nachteil der westlichen Partner, im Falle Polens des französischen, trotz des technokratischen und pragmatischen Stils von Giscard d'Estaing, der die großen Bemühungen des französischen Imperialismus neuerdings verkörpert.

Bevor wir auf die Vereinbarungen BRD/Polen eingehen, werfen wir einen Blick auf das Zahlenmaterial und die wirtschaftlichen Tendenzen der Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Die Entwicklung des Handels zwischen der BRD und Polen verlief in den letzten Jahren rasant. Von 1972 bis 1974 verdoppelte sich das Gesamtvolumen des Warenverkehrs. Die BRD avancierte 1974 zu Polens zweitgrößtem Handelspartner nach der Sowjetunion. Hand in Hand mit dieser Entwicklung wuchs das polnische Defizit, was ein Ausdruck für den unterschiedlichen Entwicklungsstand des Kapitalismus in beiden Ländern ist. 1974 betrug dieses Defizit ca. 2,2 Mrd. DM. Dies führte zu einem Rücklauf des deutsch-polnischen Außenhandels. Dazu die FAZ vom 10.10.1974: "In der Zeit von Januar bis August (1975) erreichte

der Warenaustausch einen Wert von knapp 2,8 Mrd. DM und lag damit um 13,9% unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis von 3,2 Mrd. DM. Ausschlaggebend hierfür war in erster Linie die Entwicklung der deutschen Ausfuhr, die mit 1,9 Mrd. DM um mehr als 18% hinter dem Vorjahr zurückliegt. Die deutsche Einfuhr hat sich um 2,4% auf 860 Mio. DM verringert. Angesichts des rasant gestiegenen Handelsbilanzdefizits sieht sich die polnische Regierung offenbar gezwungen, ihre Einfuhr aus der Bundesrepublik zu drosseln". Man muß aber hinzufügen, daß diese Entwicklung nicht nur mit der Ungleichmäßigkeit zwischen Polen und der BRD zusammenhängt, sondern auch mit der weltweiten Rezession, die beide Länder ergreift, wenngleich Polen in geringerer Maße weil dieses Land noch nicht so eng mit dem Weltmarkt verstrickt ist.

Parallel dazu laufen die französischen Bemühungen im Kampf um den polnischen Markt, die in verschiedenen Abkommen dieses Jahres, vor allem aber in der Gewährung eines französischen Lieferkredits in Höhe von 4 Mrd. DM ihren Niederschlag fanden. Laut Handelsblatt vom 23.6.75 betonte Giscard d'Estaing, daß "Frankreich bestrebt ist, in der nächsten Zukunft einen bedeutenden Platz im Wirtschaftsaustausch mit Polen einzunehmen und mit den wichtigsten EG-Partnern gleichzuziehen". Ach die deutsch-französische Partnerschaft.... Die Neue Zürcher Zeitung, die wie es sich für die Zeitung eines Landes gehört, das nicht nur einst durch Einsatz der "Berliner Feuerwehr" angeblich erobert werden sollte, sondern auch ein Zentrum der Weltfinanz ist - die Entwicklungen um und in Deutschland gescheit verfolgt, bemerkt dazu: "Die polnische kommunistische (!) Führung hat sich entschlossen, angesichts des Rückschlags für ihre in BONN gesetzten finanziellen und sonstigen (aha!) Hoffnungen, Frankreich zum wichtigsten westlichen Partner zu machen" (NZZ, 1/2.3.75).

Angesichts dieser Entwicklung mußte man von deutscher Seite irgendetwas tun und im Interesse längerfristiger Kapitalbedürfnisse die "Normalisierung" der Beziehungen zu Polen schnellstens um einen Schritt vorwärtsbringen.

Dabei war noch zu berücksichtigen, daß Polen die Erschließung seiner Rohstoffreserven (Kupfer, Kohle, Schwefel usw.) sucht. Die Devisen fehlen, wie gesehen, und werden noch vom großen "sozialistischen" Bruder im Rahmen der "sozialistischen Wirtschaftsintegration" tüchtig angezapft: der Preis für das russische Erdöl wurde ab 1.1.75 vervierfacht, was wohl als neue sozialistische Errungenschaft angepriesen werden soll. Um die großen Wirtschaftsprojekte durchzuführen, die alle harte Währung erfordern, da Polen praktisch alle modernen Förder- und Produktionsanlagen importieren muß, begibt man sich in russische Fußstapfen und sucht mit den westlichen Ländern - an erster Stelle die BRD - die Sache auf Tauschhandelsbasis zu verwirklichen (wahrscheinlich schon wieder eine "sozialistische Errungenschaft"). Am Beispiel der Steinkohlereserven von Lublin würde das z.B. so aussehen, daß die Deutschen Fördergeräte liefern, die die Polen mit Koks-kohle bezahlen usw.

Dem deutschen Kapital geht es darum, sich den polnischen Markt zu erhalten und ihn auszudehnen, sowie die Rohstoffquellen zu diversifizieren (was nebenbei bemerkt zu einem weltweiten imperialistischen Engagement führen muß). Polen, zwei Schritte von der BRD entfernt, ist in dieser Hinsicht ein fast idealer Partner.

Auf der deutschen Seite steht aber noch das Problem der deutsch-polnischen Umsiedler auf der Tagesordnung, ein Problem, aus dem alle Beteiligten politisches und bares Kapital zu schlagen versuchen. Polen, das in den "Volksdeutschen" langfristig einen inneren Unruheherd sehen muß, da diese bei Ausreisesperre in den konsumfreudigen Westen dazu neigen könnten, höheren Konsumstandard in der Volksrepublik selbst zu verlangen, sieht im Kontingent der Ausreisewilligen eine gute Erpressungs- und Devisenauspressungswaffe. Die BRD - abgesehen von der Chance für die verschiedenen parlamentarischen Parteien, durch jeweilige Scheinheiligkeit Wahlkapital ^{herauszu} schlagen - sieht in der im Kapitalismus nur allzu üblichen Operation Mensch gegen Geld, die bis in die heilige Sphäre des Sports hineinreicht, eine gute Grundlage für die mittelfristige Sicherung der Exportmöglichkeiten, eine Art rentable (wie immer) Entwicklungshilfe, Beide Seiten haben ihre Nachteile daraus: Polen den Verlust von oft wichtigen Arbeitskräften, die man gerne selbst ausbeuten würde; die BRD, die diese Kräfte ebenso gerne ausbeuten möchte, Erhöhung der Arbeitslosenzahlen. Per Saldo ist das Geschäft aber unter den gegebenen Umständen "optimal", auch wenn die parlamentarische Opposition - wie es zu einer Opposition gehört - glaubt, sie würde noch bessere Bedingungen aushandeln können.

Abgerundet wird das Geschäft durch ein Rentenabkommen, das in der Vergangenheit ausgepreßten Mehrwert nachträglich und unter Berücksichtigung der imperialistisch erzwungenen Menschenwanderungen der dreißiger und vierziger Jahre wieder "gerecht" unter den Raubrittern verteilt. Der Rentenausgleich bedeutet ein Zustrom von 1,3 Mrd. DM in die Volksrepublik, und das Volk der Republik wird es in Form von Maschinen und sonstigen perfektionierten Anlagen genießen dürfen. Geradezu wahnwitzig ist es nicht, denn das Produkt der Arbeit früherer Generationen verwandelt sich in Kapital, das die lebendigen Generationen ausbeutet, und zwar aufgrund von Gesetzen, die das Leben der Volksrepublik und der Bundesrepublik ebenso wie des Vorgängers "Großdeutschland" bestimmen.

Hinzu kommt der Kredit über 1 Mrd. DM, der gegen die Auswanderungserlaubnis für 125.000 Deutschpolen zu einem Zinssatz von 2,5% p.a. gewährt wird und ab 1980 über 20 Jahre rückzahlbar ist. Finanztechnisch gesehen ein Grauel für die Bankkaufleute, denn die äußerst niedrigen Zinsen sind nicht "marktkonform". Gesamtwirtschaftlich gesehen ist ^{es} dennoch nach kapitalistischer Logik ein gutes Geschäft, nicht zuletzt weil das Geld die BRD kaum verläßt, sondern der Zahlung von Polenbezügen dient. Somit subventioniert die BRD den eigenen Export und schafft gleichzeitig ein Stück weitere Verflechtung Polen/BRD.

Dabei wurde noch ein "langfristiges Programm für die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit" unterzeichnet. Nach FAZ-Berichten vom 10.10.75 sollen die Schwerpunkte dieser Kooperation unter anderem sein: "die Kohle- und Energiewirtschaft einschließlich des Baus neuer Kraftwerke und der Lieferung von Elektroenergie, sodann die Eisen-, Stahl- und NE-Metallindustrie, der Maschinen- und Fahrzeugbau, die elektrotechnische und chemische Industrie sowie der Schiffbau", also - wir leben ja im vollen Imperialismus - alles, was mit dem Sektor A, mit der Erzeugung von Kapitalgütern zu tun hat. Das Handelsblatt (würde es sonst nicht Handelsblatt heißen...) sieht als wichtigsten Punkt dieses Programms, daß die Geschäftskontakte erleichtert werden. Deutsche Firmen erhalten das Recht, Vertretungen in Polen zu gründen, Büroräume anzumieten, Bürokräfte anzustellen usw. (HB, 13.11.75).

Wie man sieht, geht der Expansionskurs weiter. Man ist dabei, solide Grundlagen für künftige imperialistische Auseinandersetzungen mit den Konkurrenten aus Ost und West zu schaffen.

Wenn ein Kredit nicht zurückgezahlt, oder nicht ganz zurückgezahlt wird, ist es kein gutes Geschäft gewesen, meistens für beide Parteien nicht. Insofern sind wir zwar der Überzeugung, daß die deutsch-polnische Kooperation sich bis zu der gemeinsamen direkten Repression des mitteleuropäischen Proletariats ausdehnen wird, gleichzeitig aber auch der Ansicht - und arbeiten nach Kräften dafür -, daß solche Kredite, die bis ins Jahr Zweitausend gehen, letztendlich kein gutes Geschäft sein werden, weil das polnische und deutsche Proletariat vorher in solidarisch gemeinsamem Kampf das Reich der Zahlungen und Rückzahlungen revolutionär in Frage stellen und nach Bezwingung der kapitalistischen Unterdrückung vernichten wird.

+ + + + +

WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN DER IKP

in portugiesischer Sprache

TESES CARACTERISTICAS DO PARTIDO: BASES DE ADESAO

LIÇÕES DAS CONTRA-REVOLUÇÕES

OPPORTUNISTISCHE TASCHENSPIELERKÜNSTE - ODER WIE DIE BOURGEOISIE VERSUCHT, TROTZ CHRONISCHER UNSICHERHEIT DEM PROLETARIAT DIE AUSBEUTUNG SCHMACKHAFT ZU MACHEN.

Weltweit hat die kaum überwundene Weltwirtschaftskrise ein Desaster und eine allgemeine Desillusionierung eingeleitet, deren Konsequenzen für viele sich erst in den nächsten Jahren spürbarer auswirken werden. Wenn auch die Bourgeoisie wegen der verbesserten Wirtschaftszahlen sich schon zunehmend lauter wieder gleichsam aufatmend zuruft, das Schlimmste sei nun endlich überstanden, so herrscht doch bei allen Wirtschaftsastrologen die richtige Einsicht vor, daß "es sogut wie früher nie mehr werden wird". Die scheinbar sonst so souveränen Akteure der Geschichte sind mal wieder ratlos; der Bourgeoisie wird auf brutale Art und Weise klargemacht, daß sich die immanente Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktionsweise eben hinter ihrem Rücken und ganz im Gegensatz zu ihren Wunschvorstellungen durchsetzt. Wie schlaftrunkene Träumer fallen die Kapitalisten aus ihrer Wachstumscuphorie, und ihren wirtschaftswissenschaftlichen "Hofastrologen" wird im "Jahr der falschen Prognosen" trotz einem scheinbar so perfekten Instrumentarium ihre Hilflosigkeit offensichtlich gemacht. Sicher wird für spätere Beobachter diese Weltwirtschaftskrise ein entscheidender Einschnitt sein. Ohne diese notwendigen grundsätzlichen Untersuchungen zukünftiger Entwicklungen vorwegnehmen zu wollen, wird man aber schon einige Konsequenzen angeben können: Im dialektischen Verhältnis von Kapitalverwertung und Kapitalentwertung, d.h. Kapitalverrichtung, nähern wir uns wieder der letzteren Phase; die nationale wie internationale Verengung der Absatzmärkte wird für das Kapital eine spürbare Belebung allgemeiner Konkurrenzkämpfe bewirken, die sicher auch wieder, trotz aller gegenteiligen Beteuerungen, einen allgemeinen Zug zum Protektionismus, zur merkantilistischen Exportpraxis bringen wird. Diese Handels- und Währungsprobleme spielen sich zudem vor einem Hintergrund ab, der sich durch eine zunehmende reale Verallgemeinerung kapitalistischer Verhältnisse auf Weltebene kennzeichnen läßt und mit sicherer Konsequenz im Rahmen des sog. "Nord-Süd"-, des "Ost-West"- wie des westkapitalistischen EG-USA-Japan-Konflikts die amerikanische Strategie des absoluten Status quo als Voraussetzung einer formalen "Friedenssituation" ad absurdum führen wird. Mit unaufhaltsamer Dynamik - gleichsam wie der gewaltige Strom glühender Lava - wird diese kapitalistische Gesetzmäßigkeit der Bourgeoisie langfristig trotz aller gegenteiligen Beschwörungen und hektischer Konferenzvereinbarungen ihre Richtung aufzwingen. Ist die Bourgeoisie zwar den ökonomischen Konsequenzen mehr oder weniger hilflos ausgeliefert, so bleibt ihr aber im politisch-sozialen Bereich ein entscheidender Handlungsspielraum, den sie auch instinktiv ausnutzt, wobei ihr im wesentlichen ihre Erfahrung und die Auswirkung jahrzehntelanger Konterrevolution unter den Lohnabhängigen zu Nutze kommen. Mehr noch als für die Bourgeoisie, wird diese Wende seit der Weltwirtschaftskrise dem Proletariat ihre langfristigen Folgen zeigen: In den kapitalistischen Ländern an eine relativ sichere Lage gewöhnt, ändert sich angesichts chronischer Arbeitslosigkeit - von den Kapitalisten als "natürliche" Arbeitslosenquote verharmloste industrielle Reservearmee-, bleibender Verschlechterung der allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen usw. diese von Grund auf. Den Kapitalisten bleibt hier gar keine Wahl. Bei ihnen zählt in Zukunft nur noch zweierlei: der Export und die daraus sich ergebende Notwendigkeit nach Lohnsenkung, um kostengünstiger als die Konkurrenz zu sein. Sieger wird wie eh und je das Kapital mit der

größten Fähigkeit sein, seinem Proletariat ohne größere Gegenwehr die langfristigen Kapitalbedingungen zu diktieren. Bekanntlich liegt hier die deutsche Bourgeoisie nicht schlecht im Rennen. Angesichts dieser objektiven Perspektive für das Proletariat wird der Hohn der vermeintlichen Organisationen der Lohnabhängigen erst offensichtlich. Auf der einen Seite die zentralen Diskussionen um Mitbestimmung, Investitionskontrolle, Vermögensbildung etc., dabei in der Lohnpraxis das vorherrschende Motto: Was gut für das Kapital ist, ist auch gut für die Lohnabhängigen. Und daß diese beiden Aspekte notwendig zwei Seiten einer Medaille sind, soll in den folgenden Artikeln über die Investitionslenkung und die Mitbestimmung exemplarisch gezeigt werden. Und diese Tendenzen beschränken sich keineswegs auf die hier vorrangig angesprochene BRD. Vor allem im disziplinierten Nordeuropa - außer der BRD besonders in Holland, in der Schweiz und in Schweden - schlagen Auseinandersetzungen um diese Fragen in jüngster Zeit hohe Wellen. Wurde z.B. in der BRD das neue Mitbestimmungsgesetz am 18. März von Bundestag mit allparteilicher Zustimmung abgesehnet, so wurde in der traditionell-klassisch wirtschaftsfriedlichen Schweiz eine nach dort herrschenden direktdemokratischen Spielregeln von den Gewerkschaften (Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Christlich-nationaler Gewerkschaftsbund und Schweizerischer Verband evangelischer Arbeitnehmer) eingebracht und von der stalinistischen Partei der Arbeit und der SPS wie einigen anderen bürgerlichen Parteien unterstützte Mitbestimmungsinitiative nach heftiger Diskussion zwar am 21.3. "wuchtig" abgelehnt, aber auch so erreichten die Opportunisten schon einen notwendigen Etappensieg: erschöpft wartet das Proletariat nun wohl auf eine weitere Chance, und der Bourgeoisie gelingt es so trotz aller scheinbarer Konfrontation in gewohnter Zusammenarbeit mit den Opportunisten und Vertretern des Kapitals in den Reihen der Arbeiterklasse im Endeffekt die Lohnabhängigen zumindest teilweise von ihren eigentlichen Klassenzielen abzulenken. Ist die Diskussion über solche Fragen vor allem in Ländern Nordeuropas ziemlich weit fortgeschritten und oftmals schon in feste Formen der Klassenkollaboration gebracht, so ist im für oberflächliche Betrachteter so ganz anders gearteten "Lateincuropa" die Situation zwar z.T. anders gelagert, aber ähnliche Gesichtspunkte finden bei der Bourgeoisie und den "radikalen" Opportunisten doch auch zunehmend Bedeutung. Vor allem gilt dies für die Investitionskontrolle aber auch in punkto Mitbestimmung und Vermögensbildung scheinen die Fronten in Bewegung gekommen zu sein. So wandte sich z.B. erst kürzlich der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing 15 Monate nach der Veröffentlichung eines von ihm in Auftrag gegebenen "Expertenberichts" zur Unternehmensreform, die die Mitbestimmung einführen soll, höchstpersönlich am Fernsehen an sein "Völk", um ihm weitere Vorschläge zu unterbreiten. Er drückte dabei den Wunsch aus, daß die "Reform" bis Jahresende über die Bühne gegangen sein sollte. Wie auch die Maßnahmen im einzelnen immer ausschen werden, der Bourgeoisie ist jedenfalls bewußt, daß entscheidendes in Richtung auf Klassenkollaboration getan werden muß, damit trotz der langfristig sich abzeichnenden ökonomischen Krisenentwicklung mit ihren ganzen sozialen Auswirkungen auf die Arbeiterklasse, eine politische Radikalisierung, eine neuerliche Entstehung einer sich ihrer Interessen bewußten Arbeiterklasse unter starker Verankerung einer revolutionären Klassenpartei von dieser Seite so weit wie möglich verhindert wird. In diesem Klassenkampf von oben, unter den Bedingungen einer immer weniger kaschierten Diktatur der Bourgeoisie, wird das Kapital ^{wie} früher zuerst durch die

Sozialisten, dann seit der stalinistischen Konterrevolution Mitte der 20er Jahre auch von den Stalinisten der jeweiligen "kommunistischen" Partei bei dieser Arbeit wirkungsvoll unterstützt. Beide sind in trauter, wenn auch notwendig scheinbar konfliktreicher Zusammenarbeit bestrebt, mit aller Gewalt und mit allen Mitteln den Kapitalismus vor seiner einzigen, tieferen Gefahr zu retten, nämlich vor dem Umschlagen der ökonomischen Krise in eine politisch-revolutionäre Klassenkonfrontation.

Und daß die Bourgeoisie weiß was sie will und sich auch bewußt ist, in welchen Traditionen der Vergangenheit Lösungsmöglichkeiten zu suchen sind, zeigt folgende offene, da im Insiderrahmen gehaltene Parole des bisherigen Chefs und zukünftigen Aufsichtsratsvorsitzenden und Abs-Nachvolgers bei der Deutschen Bank, dem Falggschiff des deutschen Imperialismus: Hier zeigt sich nicht nur im offen faschistischen Jargon, wohin die Richtung geht: "Die Systemveränderer sind weg vom Fenster. Es ist jetzt eine politische Notwendigkeit, daß die SPD dafür sorgt, daß diese Ratten nicht weiter aus den Löchern kommen", so also Franz Heinrich Ulrich vor dem noblen "Harvard-Club Rhein-Ruhr" in Düsseldorf. (Spiegel Nr. 6, v. 2.2.1976, S.17) Man kann sich plastisch vorstellen, zu was diese Herren fähig sind, waren sie doch zum größten Teil schon aktiv, als dieser Jargon noch offener Staatsethos war.

Diesem Kampfwillen der Bourgeoisie muß seinerseits das heute völlig verirrte Proletariat seine Kampfkraft entgegensetzen. In den nächsten Jahren wird es allordings unter der sich verstärkenden wirtschaftlichen wie sozialen Verschlechterung der allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen zunehmend zu politischen Reaktionen kommen. Aber nur bei starker Verankerung der revolutionären Klassenpartei kann der Kampf auf dem Boden der revolutionären Theorie des Marxismus in richtiger Einschätzung der entscheidenden Fragen von Strategie und Taktik politisch erfolgreich im Sinne der revolutionären Machteroberung und Errichtung der Diktatur des Proletariats geführt werden. Aus diesem sich in den nächsten Jahren erwachsendem Kräfteverhältnis wird sich die zukünftige Kardinalfrage ergeben: Diktatur des Proletariats oder Diktatur der Bourgeoisie!

ZUM STREIT UM DIE INVESTITIONSLLENKUNG

Neben der Mitbestimmung hat sich als ein zweiter Schwerpunkt in der BRD der Streit um die sog. Investitionslenkung (im folgenden IL) in den Vordergrund geschoben. Als Forderung schon im "Godesberger Programm" der SPD von 1959 und im darauf fußenden Grundsatzprogramm des DGB von 1963 enthalten, rückte mit zunehmender Krisenhaftigkeit des westdeutschen Kapitalismus diese Rezeptur innerhalb der Gewerkschaften und der SPD in den letzten Jahren immer mehr in den Mittelpunkt, besonders seit dem Hannoveraner Parteitag der SPD 1973.

Seitdem nun im Mai 1975 der DGB-Kongreß diese Forderung nach IL in seinen offiziellen Katalog übernommen und auch der SPD-Parteitag in seinem "ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985", kurz OR '85, das Konzept einer "indirekten IL" befürwortete, ist die Auseinandersetzung um die IL in eine neue Phase getreten. Im folgenden sollen in der gebotenen Kürze die wesentlichen Grundzüge dieser vermeintlich "systemändernden" Konzeptionen einer IL untersucht werden und trotz der heftigen Reaktion seitens der Kapitalistenverbände und der CDU/CSU

wie auch Teilen der FDP soll - um das Ergebnis schon vorwegzunehmen - gezeigt werden, daß es sich bei diesen Kontroversen allein um eine Auseinandersetzung auf dem Boden bürgerlich-kapitalistischer Vorstellungen handelt, die auch in ihren "extremsten" Varianten nichts, aber auch gar nichts mit marxistischer Analyse und antikapitalistischem, womöglich noch revolutionärem Kampf zu tun haben. Vielmehr handelt es sich bei diesem Streit zwischen Verfechtern einer wie auch immer gearteten IL und den vermeintlichen Verteidigern der "sozialen", besser wohl doch assozialen Marktwirtschaft allein um taktische Varianten im großen gemeinsamen strategischen Ziel der Stabilisierung und Erhaltung der kapitalistischen Produktionsweise, gewöhnlich "Marktwirtschaft" genannt.

Es handelt sich also in keiner Hinsicht um eine Auseinandersetzung zwischen "Marxisten" oder "Linken" auf der einen Seite und bürgerlichen Apologeten auf der andern, sondern es handelt sich bei diesem Streit um IL ausschließlich um taktische Varianten auf dem gemeinsamen Boden bürgerlich-kapitalistischer Wirtschaftsvorstellungen, die zudem ihre Geschichte haben und sich heute nur in vermeintlicher Aktualität tarnen. Es dreht sich um den "klassischen" Streit zwischen den diversen Variationen des Liberalismus und dem auch nicht ganz schmalen Spektrum des Keynesianismus, konkret also um die bei allen bürgerlichen "Wirtschaftstheoretikern" heiß umstrittene Frage nach der Rolle des Staates im kapitalistischen Wirtschaftsgefüge und seine mögliche stabilisierende oder destabilisierende Rolle.

I. Die Vorstellungen der IL

Innerhalb der Verfechter einer IL verläuft ein heftiger Disput um den Stellenwert dieses wundersamen kapitalistischen Rettungsmittel. Die einen - konkret der DGB und die Mehrheit der SPD in ihrem OR '85 - fordern eine sog. "indirekte" IL, während vor allem Vertreter der Jusos bzw. der sog. "Linken" innerhalb der SPD mit einem Konzept der sog. "direkten" IL hervortreten. Und da die ersteren als Verteidiger der "Marktwirtschaft" auch beim Kapital bekannt sind, die zweite Gruppe sich dagegen ausgemessenmaßen als vermeintliche Systemveränderer schon öfter hervortat und dementsprechend enttarnt wurde, soll das letztere Konzept klare "systemsprengende" Züge tragen, wogegen man sich beim offiziellen Modell einer "indirekten" IL in "Oppositionskreisen" noch nicht ganz sicher ist. Den eigentlichen Gehalt dieser neuerlichen "Attacken" auf die assoziale Marktwirtschaft kann man natürlich nur richtig würdigen, wenn man sich einigen Details dieser "systemsprengenden" Konzeptionen zuwendet.

Zuerst die Vorstellungen der "mildern" Variante der "indirekten" IL. Hier kann man sich eigentlich ziemlich kurz fassen, denn ihre Urheber heben selbst immer mit verbissener Energie ihre prinzipielle "marktwirtschaftliche" Grundposition hervor. Dies betont z.B. der IG Chemie-Vorsitzende Karl Hauenschild, in dessen "Geistesübten" zu einem wesentlichen Teil diese Vorstellungen ihr konkretes Konzept fanden: "Für alle, die es immer noch nicht wissen, sollte an dieser Stelle noch einmal gesagt werden, daß die Gewerkschaften an den PRINZIPIEN einer marktwirtschaftlichen Ordnung festhalten; d.h. allerdings nicht, daß sie diese Ordnung nicht für reformbedürftig und für reformfähig halten. Es heißt aber, daß diese Wirtschaft DEZENTRAL organisiert und gesteuert bleibt, und daß die Entscheidungsfreiheit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, für Konsumenten und Produzenten nicht aufgehoben wird." (K. Hauenschild, Investitionslenkung als Ergänzung der Markt-

wirtschaft, in: G. Fleischle/M. Krüper (Hg.), Investitionslenkung - Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?, Frankfurt/Köln 1975, S. 211; Hervorhebungen i. Orig.) Also konkret: Auch in Zukunft soll es natürlich der freien Entscheidung des Arbeiters anheimgestellt sein, seine Arbeitskraft dem Kapitalisten zu verkaufen oder nicht.

Und Hauenschilds "Chefdenkmal" in diese Richtung - Manfred Küper, Leiter der Wirtschaftsabteilung beim Hauptvorstand der IG Chemie und eifrigster publizistischer Vorkämpfer dieser kapitalistischen "Neuerung", - bestärkt dieses Bekenntnis seines Chefs zum Kapitalismus: "Freiheitlicher demokratischer Sozialismus bejaht grundsätzlich die marktwirtschaftliche Ordnung, betont aber zugleich ihren instrumentellen Charakter. Sie muß durch wichtige Elemente wie Mitbestimmung auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene, gemeinwirtschaftliche Unternehmen und überbetriebliche Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ergänzt werden. Eine aktive Vollbeschäftigungs-, Wachstums- und Strukturpolitik erfordert darüber hinaus:

- eine Rahmenplanung volkswirtschaftlicher Gesamtgrößen in Form eines Nationalbudgets;
- eine indirekte Lenkung der Investitionstätigkeit nach Volumen und Struktur." (FR v. 4.9.1975).

man sieht, die IL ist nur ein Moment in einem umfassenden reformkapitalistischen Programm. Plastischer drückte wieder Hauenschild die diesem Konzept zugrundeliegende Angst aus. Auf einer Wirtschaftskonferenz der SPD mit dem Bundesverband Junger Unternehmer über "Strukturentwicklung der Wirtschaft und die Frage der Investitionslenkung" betonte er, "das verbissene Festhalten am traditionellen Instrumentarium der Wirtschaftspolitik stelle eine ernsthafte Gefahr für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft und die große soziale Stabilität in unserem Land dar." (Handelsblatt v. 29.9.). Das solle also u.a. durch die IL verhindert werden. (Bezeichnend ist im übrigen die gemeinsame Grundlage zwischen SPD - darunter natürlich die "Spitzen" der Jusos - und den "Jungunternehmern" auf dieser Tagung, wie einer der "Jungunternehmer" in seinem Schlußwort betonte: "Ich glaube, wir sind uns einig darin, daß - wie Herr Porzner (Vors. d. Wirtschaftspolitischen Ausschusses der SPD) am Anfang sagte - die Gesellschaft insgesamt nicht mehr grundlegend verändert werden soll, sondern sie muß verbessert werden." (W. Roth (Hg), IL, Reinbeck 1976, S. 111)).

Auch Eugen Loderer, Vorsitzender der zweiten "linken" DGB-Einzelgewerkschaft, die sich für die IL stark macht, sieht sie ausschließlich als Palliativ zur Vermeidung kapitalistischer Krisen: "Unternehmerinitiativen und Wettbewerb bleiben damit erhalten. Sie würden lediglich in die richtigen Bahnen gelenkt. Die öffentliche Hand stellt den privaten Investoren also einen Rahmen für ihre Entscheidungen zur Verfügung. Dafür müßte eigentlich jeder aufgeklärte Unternehmer dankbar sein." (Referat v. E. Loderer auf dem 11. Ord. Gewerkschaftskongreß der IG Metall 15. - 21.9.1974, in: Der Gewerkschafter 9/74, S. 10 f.)

Und in dem Antrag der IG Metall an den 10. DGB-Bundeskongreß zur "Strukturpolitik und Investitionslenkung" - der übrigens zur Annahme kam - heißt es: "Ziel eines Konzepts der IL muß es sein, Fehlleistungen von Kapital und Arbeitskraft zu vermeiden. Autonome einzelwirtschaftliche Investitionsentscheidungen ohne hinreichende Abstimmung durch die öffentlichen Hände verfehlen

dieses Ziel." (vgl. B. Günther, Investitionslenkung und Investitionskontrolle (IMSF Informationsbericht Nr. 18), Frankfurt 1975, S. 82. Diese stalinistische Untersuchung kritisiert zwar die Vorstellungen der SPD wie des DGB's. Dies aber nur um ihr eigenes Konzept einer "demokratischen" IL im Rahmen einer "antimonopolistischen" Strategie mit den prinzipiell gleichen Vorstellungen als Alternative vorzustellen.)

Und was haben sich diese "Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus" für die Genesung des Patienten konkret ausgedacht? Man beschränkt sich hier im wesentlichen auf die Verbesserung wirtschaftspolitischer Entscheidungsstrukturen. Im Sinne der Gewerkschafter heißt dies: Die Bundesregierung errichtet eine öffentliche Investitionsmeldestelle, die über Investitionen von Großunternehmen und Konzernen rechtzeitig und vollständig zu unterrichten ist. Ziel dieses "indikativen Lenkungsansatzes" sind aufeinander abgestimmte, präventive, strukturpolitische Maßnahmen zur Ausschöpfung der Wachstumsreserven der Volkswirtschaft und zur Sicherung der Vollbeschäftigung in allen Regionen der Bundesrepublik." (M. Krüper in FR v. 4.9.)

Diese "Strukturanalysen" sollen von einem mit Experten besetzten Strukturrat - ähnlich dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, den berühmten "Fünf Weisen" - erstellt werden. An Hand dieser "Experten"-Daten hätte ein 2. Gremium - der sog. "Wirtschafts- und Sozialrat", der hübsch paritätisch zu je einem Drittel aus "Arbeitgebern", "Arbeitnehmern" und der "öffentlichen Hand" besetzt sein soll - "sektorale und regionale Projektionen zu entwickeln, d.h., die wünschenswerte an den realen Möglichkeiten orientierte Entwicklung darzulegen."

Soweit die Vorstellungen der Gewerkschaften. Das von der Mehrheit getragene und auf dem SPD-Parteitag auch durchgesetzte Konzept der IL à la SPD entspricht diesem weitgehend - was auch kein Wunder ist, sind deren Träger oft in beiden Fällen dieselben "Arbeitervertreter". Im schon erwähnten OR '85 fand die "indirekte" IL ihren entscheidenden Niederschlag, quasi als Kompromiß zwischen der "Parteilinken" und den ängstlich auf "Schön Wetter" für die Kapitalisten bedachten "Rechten". Aber auch hier gilt natürlich generell die Feststellung, daß alle SPD-Befürworter einer "indirekten" IL auf dem Boden der "freiheitlich-demokratischen Marktwirtschaft" stehen, wie auch der Vertreter der "Linken" - Matthiesen, Nachfolger des "roten" Steffen im Vorsitz der SPD von Schleswig-Holstein - extra betont: "Wir wollen nicht einzelwirtschaftliche Unternehmensentscheidungen oder einzelwirtschaftliche Produktionsentscheidungen durch eine zentrale staatliche Bürokratie lenken. Wir wollen nicht die freie Marktwirtschaft oder den Wettbewerb aushöhlen, sondern wir wollen den Markt wiederherstellen, dort wo er nicht funktioniert." (FAZ v. 29.10.)

Die "Einführung einer Meldepflicht für geplante gewerbliche und öffentliche Investitionen von einer bestimmten Größenordnung an" ist der vom SPD-Parteitag beschlossene Kernsatz des Kapitels "Markt und Lenkung" und bedeutet zumindest bis nach den nächsten Bundestagswahlen das vorläufige Ende der parteiinternen Diskussion um die IL.

Was man also bei diesen Vertretern des DGB und der SPD will, ist nichts anderes, als den sich durch eine neuerliche Krise als "Wohlfahrtsstaat" endgültig demaskierten Kapitalismus sein Gesicht bewahren zu lassen und ihm für spätere Zeiten - zum wievielten Male schon? - eine ähnlich "peinliche" Situation ver-

meiden zu helfen. Allen bisherigen Prognosen eines Hilferdings, Kautskys, Naphtalins zum Trotz kommt auch der Kapitalismus der "modernen Industriegesellschaft" (Wehner) gleichsam zur Tagesordnung zurück und erweist sich eben als ganz normaler krisengeschüttelter Kapitalismus.

Doch könnte man einwenden, die "Sozis" und ihre Kollegen aus den Gewerkschaften wollten mit ihren "Spruchweisheiten" die Kapitalisten nur beruhigen, letztlich würden sich die vorgesehnen Maßnahmen doch als "systemsprengend" erweisen. Als ob die Geschichte des Opportunismus nicht schon genügend Erfahrung mit solch "antikapitalistischen" Mätzchen überliefert hätte. Früher drückten sich diese Herren sogar noch wild "revolutionär" aus - und schafften immer wieder die Rettung des Kapitalismus. Da sollen sie es heute mit ihren prokapitalistischen Beteuerungen nicht ernst meinen. Nein, die wissen schon was sie tun und verstehen leider auch ihr Handwerk nur zu gut.

Im Grund ist die Aufregung bei den Kapitalisten wirklich mehr als lachhaft, laufen doch alle diese Vorstellungen auf nichts anderes hinaus, als die nicht ganz befriedigende "Globalsteuerung" durch verstärkte staatliche Rahmenbedingungen zu ergänzen. Und weiß man um die eigentlichen Vorbilder dieser Herren, so kann man sich ausmalen, was dem Kapitalismus für eine Gefahr blüht. Man denkt an so unstürzlerische Konstruktionen wie die französische "planification" mit ihrem vom Präsidenten persönlich präsidierten Planungsrat (Conseil de Planification), an die "Planungsinstrumente", die die englischen "Brüder in Herzen" von der Labour Party geschaffen haben - zum Economic Development Committee das National Enterprise Board (NEB) und die sog. Planning Agreement (PA) - und natürlich auch an Schweden, Vorbild für alle "Sozialisten" dieser Machart.

Und an diesem "vollklimatisierten Albtraum" kann man auch sehr gut sehen, worum es diesen "Arbeitervertretern" geht: Arbeit um der Arbeit willen und Produktion um der Produktion willen. Insgesamt ist es das Bemühen dieser Herren, der von ihnen verwalteten Ware Arbeitskraft die Absurditäten dieser asozialen "Marktwirtschaft" so lange wie möglich als scheinbar stabile, heile Welt zu erhalten. Diese Reformisten bleiben sich mit unerschütterlicher Beständigkeit treu und feilen immer neu am ewigen Traum der Bourgeoisie nach einem friedlichen, krisenfreien, nach einem ewigen Kapitalismus.

Die Positionen der Mehrheit der Verfechter einer IL also ist eindeutig kapitalistisch. Wie steht es dagegen mit der erweiterten Variante nach einer "direkten" IL der "Linken" innerhalb der SPD. Ihre Konzeptionen haben zwar kaum mehr eine praktische Bedeutung, wurden sie doch mehrheitlich abgelehnt, waren sie aber deshalb so "systemsprengend", wie ihnen oft vorgeworfen wurde? Beinhaltet wenigstens ihre Vorstellung "die Absage an eine freiheitliche Wirtschaftsordnung schlechthin"? - wie ein Mitherausgeber der großbürgerlichen FAZ feststellen zu können glaubte. (Jürgen Eick, Wem nützt die Investitionslenkung?, FAZ v. 25.9.)

Die Jusa: und ihre "linken" Kollegen in der SPD schlagen - will man der BRD-Presse glauben schenken - wieder gezielt los, um durch "eine totale zentrale Lenkung der Investitionen" (Wirtschaftswoche Nr. 40 v. 26.9., S. 24) den sowieso schon genug gebeutelten Unternehmer noch die letzte "Investitionsfreude" zu nehmen, um so dann das ganze "freiheitliche" Wirtschaftsparadies praktisch wie eine reife Frucht pflücken zu können. Hier stößt man auf Ab-

gründe, die ausgelichtet werden müssen, will man ihre vermeintlichen Fallen und Fußangeln richtig würdigen können.

Wie immer machen diese "Linken" aus ihrem Herzen keine Mördergrube, weswegen reichlich Papiere über ihre diversen Vorschläge vorliegen, die allerdings kaum eine einheitliche Linie verteidigen. Einig ist man sich hauptsächlich über eins - so die Juso-Chefin Heidemarie Wiczorek-Zeul: "Uns geht es stärker darum, eine direkte Lenkung der Investitionen durchzusetzen." (Wirtschaftswoche, Nr. 40)

Hier soll nur auf die wichtigste Variante eingegangen werden, die von Meißner/Wiczorek/Zinn - zwei SPD-Professoren und ein Uni-Assistent, aus dem man unschwer den Gatten der Juso-Chefin herausliest - stammt. Sie legten schon 1973 ihre Vorstellungen in einem seitdem heftig diskutierten Beitrag vor, (vgl. Meißner/Wiczorek/Zinn, Veränderung der Machtverhältnisse und Verbesserung der Lebensqualität. Überlegungen zum ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen, in: Die Neue Gesellschaft, H. 1/1973). Ihr Artikel fand offensichtlich deshalb breite Resonanz, weil es sich bei ihm um den erstmaligen Versuch eines Entwurfs der Grundzüge "gesamtwirtschaftlicher Investitionspolitik" handelt. Da es sich bei fast allen Beiträgen aus dieser Ecke um einhöchst "akademische" Höhe gedanklicher und argumentativer Abstraktion handelt, die naturgemäß ihre eigene - vor allem bürgerlich-ökonomische - Sprache pflegt, wird es vielleicht trotz aller Vereinfachungen stellenweise zu "Übersetzungsschwierigkeiten" kommen.

Die Ziele ihres "Modells" bestehen in dem "Abbau der Privilegien der Produktionsmittelbesitzer", in "Ausbau der an sozialen Bedürfnissen orientierten 'Kollektivgüter'-Produktion" gegenüber der Industrieproduktion, in der Erweiterung des "technologisch effizienten Kapitalstocks" und der "Erhaltung der natürlichen Ressourcen", in einer "gleichmäßigeren Verteilung des Produktionsapparats", in der "Verstärkung der Konjunktur", der "Sicherung der Beschäftigung", der "Humanisierung der Arbeitswelt" und "Berücksichtigung der sozialen Kosten industriekapitalistischen Wachstums". (Schon an der Sprache und ihrer Begrifflichkeit kann man - trotz aller Bemühungen um "Marxismus" - sehen, was Geistes Kind die Verfasser sind!).

Die Mittel zur Erreichung dieser Ziele sind allgemein folgende: "Formulierung einer langfristigen ökonomischen Projektion unter Einschluß des Verlaufs des wissenschaftlich-technischen Fortschritts" sowie - als zentrale Forderung - die "Erstellung eines Bedarfsgruppenschemas mit abgestufter Rangskala der mit Priorität zu befriedigenden Bedürfnisgruppen der Bevölkerung". Zur Erfüllung des in fünf Gruppen zerlegten notwendigen und luxuriösen, individuellen und kollektiven Bedarfs - mit Akzent auf dem Kollektivbedarf - wird eine "Umlenkung gesamtwirtschaftlicher Nachfrageströme und die Erhöhung der Staatsquote am Bruttosozialprodukt" vorgeschlagen. Das lautet in dem für diese Leute charakteristischen, auffällig um "Marxismus" bemühten bürgerlich-"wissenschaftlichen" Jargon z.B. so: "Investition nach Maßgabe des Profitmaximierungsprinzips muß mittelfristig ersetzt werden durch das Prinzip gesellschaftlicher Produktionslenkung. Die qualitative Veränderung der Nachfragestruktur ermöglicht zunächst eine breitere und wirkungsvollere Einflußnahme als partielle Direktiveingriffe in den Produktionsprozeß." (Meißner/W./Z., S. 58)

Eine "Kontrollbehörde für Investitionen" sei einzurichten, eine Abstimmung der "Kapazitätsentwicklung mit der Bedarfsrangskala" vorzunehmen, ferner könnten Investitionsabsprachen zur Vermei-

dung von Überkapazitäten sowie öffentliche Preiskontrollen zur Vermeidung von Monopolgewinnen in Betracht gezogen werden: "Das Lenkungsprinzip wäre somit die staatliche Begünstigung der Kapazitätsauslastung in jenen Wachstumsbereichen, die nicht durch die Interessen der profitabelsten Kapitalverwertung, sondern durch ihren Beitrag zu einem bedarfsgerichten Gesamtprodukt bezeichnet sind." (a.a.O., S. 59)

Sogar teilweise Verstaatlichungen - man ist halt sehr radikal! - werden nicht prinzipiell ausgeschlossen, sollten aber nach Meinung der Autoren nur in solchen Fällen vorgenommen werden, wo die Produktionsziele nicht mit den Zielen der "Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung" in Einklang stehen. Als wenn es darum ginge!

In einem neueren Beitrag wird diese staatliche "direkte" IL angesichts der konkreten Wirtschaftskrise präzisiert und in ein breites "Maßnahmenbündel" eingebettet (vgl. Meißner/W/Z., Staatliche Gewinngarantie - oder was zu tun ist, in: Die Neue Gesellschaft, 1/75).

Hier schlägt dieses "radikale" Trio folgende Maßnahmen vor:

- sektorale und/oder regionale Konjunktur- und Entwicklungskonzepte (verbunden mit einem "Mitspracherecht der Gebietskörperschaften über die Verwendung öffentlicher Förderungsmittel" durch das Kapital),
- Ausdehnung des öffentlichen Sektors (verbunden mit der Beschaffung staatlicher Finanzmittel nicht nur über Kredit, sondern über Steuern),
- Einflußnahme auf das Aktivgeschäft der Banken (verbunden mit einer "aktiven Kreditkontrolle" zur Garantie des Erfolges der "Konjunktur- und Strukturpolitik"),
- Übernahme von "Investorfunktionen im produktiven Bereich durch die öffentliche Hand",
- "Aktive Lohnpolitik" zur Stärkung der Massenkauflkraft,
- Einführung der paritätischen Mitbestimmung (verbunden mit einer Mitbestimmung über die Investitionspläne, z.B. zur Verhinderung von "unnötigen" Auslandsinvestitionen oder "unproduktiven Investitionen bzw. Spekulationen"),
- "Verankerung in einem demokratischen gesamtwirtschaftlichen Planungssystem",

Forderungen wie "öffentliche Festlegung der Bedarfsstruktur" und vor allem natürlich nach einem "demokratischen gesamtwirtschaftlichen Planungssystem" sind die eigentlichen "roten" Reizvokabeln, die den unheimlich heiligen "Dispositionsfreiheit" bangenden Kapitalisten auf die Palme gehen lassen. In Sorge um die Ineffizienz einer früher so lauthals gelobten "Globalsteuerung" bemüht man sich auch bei diesen "linken" SPD-Vertretern um eine Verbesserung kapitalistischer Steuerung, nur ist man i.G. zu den obenerwähnten Verfechtern einer "indirekten" IL der Auffassung, daß diese Maßnahmen zu kurz greifen. Vorbild sind allerdings auch bei dieser Gruppe schon bestehende Praktiken in Großbritannien, Schweden und vor allem Frankreich, denn hier gibt es verstaatlichte Banken und eine schon langjährig erprobte Rahmenplanung. Eigentlich müßten dagegen diese Länder eher abschreckend wirken, denn gibt es bei ihnen trotz weitergehender Staatseingriffe nicht ähnliche Krisenentwicklungen? Und hier werden die Koalitionen in der Tat makaber. Ausgerechnet Leute, die aus Sorge um die Stabili-

tät des Kapitalismus zu durchgreifenden staatlichen Maßnahmen greifen wollen, sollen "extrem-linke Systemveränderer" sein. Wie lächerlich demnach dieser Streit im Grunde ist, zeigt folgender Kommentar: "Wäre alles, was sich in der Wirtschaftslandschaft abspielt, logisch, dann müßten die linken deutschen Sozialdemokraten dem eher rechts stehenden französischen Staatspräsidenten schon längst um den Hals gefallen sein. Denn was an IL zum Normalinstrumentarium französischer Wirtschaftspolitik gehört, wagt man in Bonn nicht einmal zu erwägen... Maßnahmen und Möglichkeiten gibt es in der Bundesrepublik indes nicht nur schon lange, sie werden auch genau so lange schon praktiziert. Allerdings ist in diesem Zusammenhang bislang nie die Notwendigkeit entstanden, 'IL' zu nennen, was christliche oder sozialdemokratisch geführte Regierungen da so tun und taten!" (National-Zeitung, Schweiz, v. 26.9.75).

Der Hauptschwerpunkt dieser Vertreter liegt in der gutgläubigen Übertragung weitgehender Wirtschaftsfunktionen auf den Staat. Bei ihnen bestimmt die Entwicklung nicht ein ökonomischer Determinismus, sondern es herrscht klassischer Dezisionismus, d.h., man bestimmt, wie man es gern hätte. Solche Leute werden nicht müde, trotz ewiger Widerlegung in der Realität, den Glauben unter die Leute zu streuen, der Kapitalismus sei nicht getragen von einer immanenten dialektischen Gesetzmäßigkeit, die ihn - getrieben aus der prinzipiell unstillbaren Gier nach Mehrwert über steigende Ausbeutung der Lohnarbeiter - immer wieder im Desaster der Krise enden läßt, in diesem höchst absurden Schauspiel wachsender Not, Unsicherheit und allgemeiner Misere auf Grund zu großer Produktionskapazitäten als Indiz für eine überbordende Kapitalakkumulation. Nicht zum ersten Male in der Geschichte der SPD wird der Irrglaube an eine prinzipielle Kontrollierbarkeit des kapitalistischen Systems verbreitet. Letztlich liegt es in den Augen dieser Spiegelfechter nur an einem Informationsmangel; wüßte man alle Abläufe, so wären sie auch steuerbar. Und nicht zum ersten Mal in der Geschichte dieser Partei wird versucht, diese Omnipotenz über einem dem sog. Allgemeinwohl verpflichteten Staat herzustellen. Dieser soll der Arbeiterklasse das Geschäft ihrer Befreiung abnehmen. Wie schon der eigentliche Stammvater dieser "Arbeitervertreter", Ferdinand Lassalle, so vertreten auch sie die beiden Grundübel dieser Spielart des Opportunismus: einen prinzipiellen Fatalismus der Arbeiterklasse einerseits und eine angenommene Neutralität der Staatsfunktionen andererseits. Für diese Herren ist der Staat nicht die geballte gesellschaftliche Macht und Gewalt einer Klasse über eine andere, hier konkret der Bourgeoisie als den Eigentümern bzw. Besitzern von Produktionsmitteln und den Lohnarbeitern als reservelose Verkäufer ihrer Ware Arbeitskraft, sondern für diese Sorte von Opportunisten ist "nur der Staat als gesamtwirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich orientierte Institution in der Lage..., die optimale Ressourcenverwendung in Sinne langfristiger Prioritäten zu gewährleisten." (Meißner/W./Z., 1973, S. 56).

Wes Geistes Kinder diese "Radikale" wirklich sind, verraten auch gut die Vorstellungen des Frankfurter Oberbürgermeisters, als Parteivorsitzender des "radikalen" südhessischen SPD-Kreises praktisch einer ihrer Hauptsprecher, der deshalb auch nicht zufällig auf dem SPD-Parteitag in Mannheim das Programm der "direkten" IL "als wichtiges Element sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik" verteidigte. (Handelsbl. v. 17.11.75) In einem interessanten Interview mit dem "Spiegel" bekennt er z.B. auf die Frage, ob die "Lin-

ken" in der SPD die Marktwirtschaft abschaffen wollten: "Nein, wenn man die Vorschläge zur IL einmal richtig durchliest, kann man das nicht feststellen. Hier versuchen nur politische Gegner und auch andere, die sich profilieren wollen, einen Popanz aufzubauen." Und etwas weiter bekräftigt er: "Die meisten Modelle der IL, die im Augenblick vorgestellt werden, bewegen sich innerhalb der Marktwirtschaft. Es sind sogar Modelle, die versuchen, wieder einige Mechanismen der Marktwirtschaft in Kraft zu setzen, die aufgrund von Fehlentwicklungen bisher außer Kraft gesetzt worden sind." Und interessant auch die Krisentheorie: "Also ich bin z.B. der Auffassung, daß die Wirtschaftskrise 1966/67 unvernünftig (!) war. Und wenn wir heute eine Wirtschaftskrise haben, dann bin ich auch der Auffassung, daß die unvernünftig ist." Womit man also mit Hilfe der SPD die "Vernunft" in die Wirtschaftsentwicklung zurückholen muß, worunter diese "Theoretiker" nichts geringeres verstehen, als in Zukunft Überkapazitäten zu verhindern - wahre Titanen an Naivität! Lösung soll vor allem eben diese IL bringen: "Ja, ich glaube, daß man zu einer verminderten Regelung der Investitionsströme im privatwirtschaftlichen und öffentlichen Bereich käme und einen stetigen Konjunkturablauf erreichen könnte. Und überdies würde man die Zerstörung volkswirtschaftlicher Potenzen durch einen nicht der Marktordnung entsprechenden Wettbewerb vermeiden." (Spiegel v. 29.9.75)

Man sieht, beide oftmals so zerstrittenen Gruppen der IL sind im Prinzip strategisch geeint und bloß taktisch unterschiedlicher Auffassungen. Auf der Basis allseitiger Sorgen um die Stabilität und die Zukunft des Kapitalismus - meist mit allerlei ausschückenden Begriffen umschrieben - streitet man sich lediglich um den wirksameren Weg zur Verwirklichung dieses ewigen Wunschtraumes der Bourgeoisie.

II. "Theoretische" Grundlagen des Streites um eine IL

Aber warum dann dieser Aufruhr in den Rängen des Kapitals? Sicher wird man nicht allen Beweggründen auf die Schliche kommen, es mag in der Tat das nächste Wahljahr, die Sucht nach Profilierung etc. eine Rolle spielen. Sicher auch zu einem nicht geringen Teil die ewige Sorge des Einzelkapitalisten um seine "Dispositionsfreiheit". Ironisch könnte man sagen, daß Kapitalisten und Anarchisten eines gemeinsam haben: sie werden von dem Begriff des Individualismus fasziniert. In der 2. Hälfte des 18. Jahrhundert kam dieser Begriff in Mode. Die Herren der industriellen Revolution sahen sich vom Staat in ihren Unternehmungen gehemmt. Individualismus, in Europa ursprünglich fast gleichbedeutend mit Egoismus und sozialer Anarchie, wurde in Europa und vor allem auch in den USA zunehmend salonfähig. Individualismus hieß auf einmal Fortschritt und Freiheit. Die so begründete Fortschrittsidee wurde zur "Macht des Kapitalismus". Ökonomischer Individualismus war dabei nie eine Angelegenheit des isolierten Subjekts, hatte selten etwas mit genialer Eigenbrötelei zu tun. Das Individuum sollte lediglich auf eigenständiger Basis, ohne daß sich der Staat einmischte, sich und der Gesellschaft nützlich werden. Auf diese Weise wurde der ökonomische Individualismus zur ideologischen Antithese des Sozialismus.

Der Staat hat nach dieser Ideologie des Liberalismus grundsätzlich kein Recht, in die Geschäfte der "Glücklichen" und "Tüchtigen" einzugreifen. Der volkswirtschaftliche Individualismus überläßt bekanntlich das Wirtschaftsleben dem "freien Spiel der individuellen Kräfte", betrachtet die Wirtschaft als einen Mechanismus mit Selbststeuerung, der seine Richtung nur im Selbsterhaltungstrieb

des einzelnen hat. Daß allerdings der Kapitalist keineswegs aus eigener Kraft das erreicht hat, was er besitzt, betrübt dabei diese Ideologen nicht. Welcher Verfechter des freien Wettbewerbs wäre z.B. für die Abschaffung des Erbrechtes eingetreten?

Diese ideologischen Strömungen sind natürlich immer noch wirksam, obwohl sich ihre Rolle und ihr Kolorit mit der zugrunde liegenden sozial-ökonomischen Lage sehr geändert haben. Vor allem der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft in den 30-iger Jahren kompromittierte den Begriff der Marktautomatik auf kaum wiedergutzumachende Weise. Im Hinblick auf den katastrophalen Rückgang von Produktion und Einkommen war es unmöglich geworden, weiterhin zu behaupten, daß der Kapitalismus - damals als sog. "organisierter" von dem SPD Theoretiker Hilferding auch schon zum krisenfreien erklärt-, sich selbst überlassen, unweigerlich den größten Wohlstand für die größte Zahl erzeuge. Auch die Auffassung, daß der "Marktmechanismus" allen "Tüchtigen" Gelegenheit gebe, vorwärtszukommen und sich eine sichere Existenz zu schaffen, konnte nicht länger aufrechterhalten werden, angesichts der Vielzahl der Arbeitslosen, die keine Möglichkeit hatten, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Es wurde damals unabweislich, daß der Staat irgend etwas unternehmen mußte, um wenigstens die schlimmste Not zu lindern. Aber wichtiger noch: Wenn der wirtschaftliche Zusammenbruch nicht zu einer Zerrüttung der kapitalistischen Ordnung führen, wenn die ökonomische nicht in eine politische Krise umschlagen sollte, mußte die Regierung einschreiten.

Im Faschismus und im New Deal - diesen zwei scheinbar so grundverschiedenen Reaktionen der Bourgeoisie auf diese fundamentale Bedrohung des Kapitalismus - wurden diese Notwendigkeiten in wundersamer Parallelität durchgeführt. Der Interventionismus erlangte von nun an eine neue Bedeutung: Er ist nicht mehr politische Opportunität, sondern technische Notwendigkeit, nicht Registrierung der Vergesellschaftung der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern vielmehr immanenter Bezugspunkt dieser Entwicklung. Das Investitionsrisiko mußte "beseitigt" oder auf das konventionelle Maß reduziert werden, und der Staat mußte die Funktion eines Garanten der grundlegenden wirtschaftlichen Konvention übernehmen. Und ein zweites Kennzeichen ist für den Interventionismus wesentlich, und das ist jenes, das dem Staat zukommt, insofern er ausschließlicher kollektiver Repräsentant des produktiven Kapitals ist.

Diese Entwicklung fand ihren theoretischen "Deuter" in den Reihen der Bourgeoisie in John M. Keynes, dem späterigen "Helden" und "Überwinder" lähmender Hilflosigkeit. Auch wenn schon früher in anderen Ländern - in Deutschland vor allem W. Rahenau und W. v. Mölendorff, sicher nicht zufällig aus dem "linken" Spektrum der Bourgeoisie - bei weitsichtigen Kapitalisten diese Neuinterpretation der Wirtschaftsvorstellungen ihre Befürworter fand, so verbindet man in bürgerlichen Kreisen doch zu recht diese Wende in "Theorie" und Politik mit seinem Namen. Er war einer jener durch die "bolschewistische Revolution gefuchster Bourgeois" (Lenin), der die Zeichen der Zeit, die Bedrohung durch eine revolutionäre Gefahr mit wacher Witterungsaufnahme und auf Änderung drängte. Er sieht die Bedrohung durch die Elemente der Anarchie des Marktes, die alles andere als eine automatische Optimierung zu Wege bringen, aber vor allem sieht er den wachsenden Antagonismus zwischen Kapital und Lohnarbeit, der durch reine Polizeimaßnahmen, durch Verbot etc., wie bis dahin praktiziert, nicht in

Grenzen zu halten war. Was notwendig wurde, war die Integration, die Disziplinierung der Arbeiterklasse, ihre Degradierung zur bloßen Ware Arbeitskraft.

Für die liberale Ideologie, die den Dschungel von Ausbeutung und Konkurrenzkampf zur Idylle einer pastabilisierten Harmonie gesellschaftlicher Interessen mit automatischer Vervollkommnung stilisiert hatte, bedeutete diese "realistischere" Ideologie in der Tat ein grundlegender Angriff. Mit Keynes wurde die bürgerliche Ideologie zumindest auf eine realistischere, den Klassenkampfbedingungen adäquatere Stufe gehoben. Der ungeheure Sprung nach vorn, den die kapitalistische "Wissenschaft" mit ihm machte, besteht in der Anerkennung der Arbeiterklasse als autonomes Moment innerhalb des Kapitalismus.

Von jenen Bezügen stammt Keynes "politisches Manifest", das seine "General Theory" darstellt. Manifest eines konservativen Denkens, in dem das Gespür für die gegenwärtige Depression und die Angst vor der bedrückenden Zukunft auf paradoxe Weise die systematische Revolutionierung der gesamten "Wissenschaft" des Kapitals erzwingen.

Der Staat und seine zentrale Funktion gewinnt hier ganz neue Dimensionen. Er gilt nicht nur als Faktor der Stützung und des Anreizes, der Stabilisierung und Innovation, sondern als umfassendes "Subjekt" des wirtschaftlichen Lebens. Hier werden tatsächlich die extremen Folgerungen aus der Kritik des "laissez faire" gezogen: Die Gesellschaft selbst erhält die Gestalt einer umfassenden Fabrik, und der Widerstand des einzelnen Kapitalisten, der darauf stolz ist, wird beseitigt. Hier findet die Praxis des gesellschaftlichen Totalitarismus, seit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre in allen kapitalistischen Ländern in Ost und West zunehmend vorherrschend, ihren ideologischen Ausdruck.

Es ist allerdings klar, daß diese Definition des Staates als zentraler Instanz des produktiven gesellschaftlichen Kapitals mehr Probleme aufwirft als löst, weswegen sie ja auch höchst umstritten geblieben ist.

Aber sicher sind die Konsequenzen notwendig aus der Zeit geboren: Das Kapital ist gezwungen, von der anfänglichen Opposition zwischen Fabrikdespotismus und gesellschaftlicher Anarchie, von der ersten Organisierung dieses widersprüchlichen Verhältnisses im "Rechtsstaat" überzugehen zur gesellschaftlichen Organisierung des Despotismus, zur neuen Form des "planwirtschaftlichen" Staates, der direkt - in der besonderen Weise gesellschaftlicher Artikulation von Organisation und Repression - die Gestalt der Fabrik reproduziert. Man könnte geradezu sagen, daß das Kapital, nachdem es die gesellschaftliche Ebene der Entwicklung erreicht hat, "marxistisch" geworden ist. Eine optische Täuschung zweifellos; aber mit einem gewissen Grad historischer Wahrscheinlichkeit. Und wie man sieht, gibt es Leute, die es auch verstehen, diese "marxistische" Seite täuschend echt auszubauen.

Dieser kurze Exkurs war notwendig, um den Widerstand von Teilen der Bourgeoisie gegen eine wie auch immer geartete IL verstehen zu können. Denn die der Streit zwischen "Liberalismus" und "Keynesianismus" ist immer noch virulent, vor allem seitdem sich eindeutig zeigt, daß auch der keynesche "Automatismus" via Staatsintervention zwar die weitgehende Integration und Disziplinierung der Arbeiterklasse durch "Sozialpolitik" und Staatsgewerkschaften, "Vollbeschäftigung" und "Massenkaufkraft" - wobei natürlich noch weitere Momente wie die stalinistische Konterrevolution und die anderen Spielarten des Opportunismus eine wichtige Rolle spielen - er-

reichte, aber die ökonomische Krisenentwicklung in keiner Weise in den Griff bekommen konnte. Und dies ist wieder eine grundlegende Bestätigung der marxistischen Theorie, denn nichts am Kapitalismus läßt sich langfristig kontrollieren, selbst der Klassenkampf von unten droht im Zuge der verschärften ökonomischen Krisenentwicklung zwanghaft aus seiner gewaltsamen Unterdrückung sich zu entwickeln, obwohl die vereinten Kräfte aller aus dem Opportunismus entstandenen "linken" bürgerlichen Parteien und Strömungen - hier konkret der SPD und des DGB - diese Entwicklung aufzuhalten bemüht sind.

Zum anderen gelangt man im Zusammenhang mit dem Rückgriff auf Keynes zu den eigentlichen Geistesquellen dieser vehementen Verfechter einer IL. Man muß hier direkt den Vater des Gedankens der IL zitieren, der in Sorge um die dem Kapitalismus immanenten Unwägbarkeiten so formulierte: "Ich denke mir daher, daß eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird; obsehon das nicht alle Arten von Zwischenlösungen und Verfahren ausschliessen muß, durch welche die öffentliche Behörde mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird. Aber darüber hinaus wird keine offensichtliche Begründung für ein System des Staatssozialismus vergebracht, das den größten Teil des wirtschaftlichen Lebens des Gemeinwesens umfassen würde. Es ist nicht der Besitz der Erzeugungsgüter (Produktionsmittel), deren Aneignung wichtig für den Staat ist. Wenn der Staat die der Vermehrung dieser Güter gewidmete Gesamtmenge der Hilfsmittel und die grundlegende Rate der Belohnung an ihre Besitzer (Profiträte) bestimmen kann, wird er alles erfüllt haben, was notwendig ist. Die notwendigen Maßnahmen der Verstaatlichung können überdies allmählich eingeführt werden und ohne einen Bruch in den allgemeinen Überlieferungen der Gesellschaft" - also ohne Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise. (Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin (W) 1966, S. 319). Und an anderer Stelle: "Ich bin darauf gefaßt, daß der Staat... eine immer wachsende Verantwortung für die unmittelbare Organisation der Investitionen übernehmen wird." (S. 138). Was heißt aber "Verstaatlichung der Investitionen" vor allem ohne "Verstaatlichung der Erträge" - in letzter Konsequenz nichts anderes, als daß der Staat den Kapitalisten die Investitionen finanziert!

Und Keynes war ein Mann, der wußte, in wessen Klasseninteresse er diese Forderungen entwickelte: "Wie kann ich einen Glauben annehmen, der das langweilige Proletariat preist und es über die Bourgeoisie und die Intelligenz stellt? Welche Mängel die letzteren auch haben mögen, sind sie etwa nicht das Salz der Erde, tragen sie etwa nicht den Samen des allgemeinen menschlichen Fortschritts in sich?" (Keynes, Essays in Persuasion, London 1951, S. 300).

Und das tritt jetzt scheinbar brandneu, teilweise sogar als "marxistisch" oder zumindest "radikal" und "systemüberwindend" etikettiert in den taufrischen Morgen, um der Arbeiterklasse vermeintlich neue Wege zu weisen. Dagegen muß eindringlich festgehalten werden, daß es sich bei diesen Vorstellungen von IL, mögen sie sich mit noch so radikalen Verkabeln verbrämen, um nichts anderes handelt, als um bürgerliche Positionen, geboren aus Sorge um die Stabilisierung und nicht Überwindung des Kapitalismus. Keynes und nicht Marx ist Fate dieses Gedankens, Stabilisierung durch direkte wirtschaftliche Intervention, aber vor allem auch Ablenkung der Arbeiterklasse von den aktuellen Verteidigungskämpfen, wie auch den an Perspektive gewinnenden politischen revolutionären Kämpfen zur gewaltsamen Machteroberung und Niederschlagung der bürgerlichen kapitalistischen Produktionsweise ist das Grundkonzept dieser Vorstellung um eine IL, zu der als Komplementär auch die Mitbestimmung gehört.

KLASSENKAMPF STATT MITBESTIMMUNG!

Wurde die Frage einer Investitionslenkung erst einmal zurückgestellt, so hat der "Kampf" um die Mitbestimmung in den Großbetrieben scheinbar zu einem neuen Erfolg geführt. Wenn man den vermeintlichen Vertretern der Arbeiterklasse christlicher, liberaler, sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher, ja selbst "linker" Prägung Glauben schenken würde, ist mit der Verabschiedung des jüngsten Mitbestimmungskompromisses zumindest ein Teilsieg der Arbeiterklasse auf dem Weg der totalen Gleichberechtigung von "Kapital und Arbeit" erreicht worden. Zusammen mit dem 25-jährigen Jubiläum der 1951 eingeführten "paritätischen Montanmitbestimmung" sind alle diese Arbeitervertreter von diesen "Konzessionen" der Bourgeoisie berauscht, wenn auch in dem jetzt verabschiedeten Gesetz ihre Freude durch den Wermutstropfen getrübt scheint, wonach die letzte Entscheidungsgewalt beim Kapital liegt. Ohne näher auf die Einzelheiten dieses "Mitbestimmungserfolges" einzugehen, soll hier entgegen dem anderslautenden Chor dieser sattsam bekannten "Arbeitervertreter" nur betont werden, daß wie bei der Frage der Investitionslenkung die Mitbestimmung rein gar nichts mit den Parolen des revolutionären proletarischen Klassenkampfes zu tun hat, sondern ein Utensil aus der antiproletarischen "Reformkiste" ist, das die Arbeiterklasse chloroformieren, in den Kapitalismus integrieren und von seinen ureigensten Interessen des antikapitalistischen Kampfes ablenken soll, um ihr die Illusion zu vermitteln, sie könne - im wörtlichen Sinne dieses Begriffes - an ihrer Situation der Ausbeutung, Unsicherheit und Reservenlosigkeit durch "Mitbestimmung" irgendetwas ändern. Es ist auch sicher kein Zufall, daß genau zum Zeitpunkt sich abzeichnender kapitalistischer Krisenentwicklung seit Mitte der 60er Jahre und besonders vehement nun seit der Weltwirtschaftskrise von 1973 bis heute die allein um Disziplinierung und Integrierung der Arbeiterklasse berufenen Funktionäre der Staatsgewerkschaften als Agenten des Kapitals in den Reihen des Proletariats eben auch die Frage der Mitbestimmung als entscheidende Forderung ins Spiel brachten. Nach einer Phase jahrzehntelanger Niederlagen des deutschen Proletariats, in der wie bei einem Staffellauf die Konterrevolutionäre so scheinbar unterschiedlicher Prägung wie den Reformisten nach dem I. und II. Weltkrieg und den Faschisten - wobei man betonen muß, daß die SPD/Gewerkschaften den entscheidenden Anfang setzten - sich die Aufgabe der Zerschlagung jeglicher autonomer revolutionär-proletarischer Klassenbewegung jeweils unter durchaus anderen Parolen weitergaben, ist die Arbeiterklasse ihrer Organisationen restlos beraubt und steht ihren Traditionen und Theorien völlig kenntnislos gegenüber. Durch jahrzehntelange Niederlagen im Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise von seiner Klassenpartei fast völlig getrennt, durch deren Wiederaufbau und durch deren bewußte und zielgerichtete Umsetzung proletarischer Interessen im Kampf gegen das Lohnsystem auf die Eroberung und Zerschlagung bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft orientiert, die Arbeiterklasse allein erst zur bewußten Klasse, zur Klasse für sich wird, allein in den Fängen der Bourgeoisie und den Vertretern des Opportunismus ist die Arbeiterklasse - das zeigt sich in dieser Krise wieder ganz deutlich - nichts anderes als Ware Arbeitskraft, nichts anderes als variables Kapital, das allein den Gesetzen der Profitwirtschaft unterworfen, den immanenten Krisen mit ihrer chronischen Unsicherheit schutzlos ausgeliefert ist. Ohne jegliche Kampferfahrung, ohne seine Partei mit der Kenntnis von Strategie und Taktik auf der Basis der revolutionären marxistischen Theorie wird das Proletariats gezwungen, sich gemäß den kapitalistischen Gesetzen eine enorme Verschlechterung sei-

ner materiellen Lage kampflos aufzwingen/lassen, um in der Manier antiker Tragödien durch Opfer und entsprechende Selbstbescheidung den erzürnten Göttern - hier dem Kapital - wieder zur entscheidenden Lebendigkeit zu verhelfen.

Im Zyklus von Akkumulation und Überproduktion wird andererseits die Bourgeoisie in ihrer jahrelangen Wachstumseuphorie entscheidend gebremst und stößt wie eh und je an die Verwertungsgrenzen ihres eigenen Systems. Um dem Profit als dem im Kapitalismus alleinigen Maß aller Dinge wieder zu seiner, die Investitionsneigung und die Unternehmenslust beflügelnden Größe zu verhelfen, bleibt ihr nichts anderes übrig, als das durch die Wachstumsjahre an das Wohlstandsgeschwätz gewöhnte Proletariat wieder an die Gewöhnlichkeit und Normalität des Kapitalismus mit seiner prinzipiellen Unsicherheit zu erinnern. Jahrzehntelange konterrevolutionäre Arbeit der Bourgeoisie ist bedroht, denn durch die sich langsam für den Kapitalismus als normal herausstellenden Lebensbedingungen für das Proletariat wird auch den verkleisterten Gehirnen wieder ersichtlich, daß der Antagonismus zwischen Bourgeoisie und Lohnarbeiter durch den Grundwiderspruch des Kapitalismus von Ausbeutung und Ausbeutern verursacht ist und es eine Tatsache ist, "daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß....Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert". (Kapital I/S. 675). Zugleich entwickeln sich "mit der Akkumulation des Kapitals der Klassenkampf und daher das Selbstgefühl der Arbeiter." (ebd., S. 685)

Hier erweist sich erst die eigentliche Schranke jeglicher Wirtschaftspolitik unter verschärften Krisenbedingungen. Notwendig müssen in solchen Zeiten alle Maßnahmen darauf gerichtet sein, durch Senkung des wesentlichsten "Kostenträgers" - des Lohns - der verschlechterten Rentabilitätssituation entgegenzuwirken, um das zentrale Moment des Profits wieder in ausreichendem Maße zu garantieren. Die ökonomische Notwendigkeit diktiert also eine mehr oder weniger rigorose Überwälzung der krisenbedingten Verluste auf die Arbeiterklasse in Form von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und im günstigsten Fall Lohnsenkung - man lebte eben bislang über "seine Verhältnisse" -, und diese der Bourgeoisie aus der Logik ihres Systems erzwungenen Angriffe gegen das Proletariat bergen ganz offensichtlich die permanente Gefahr in sich, daß eben dieses Proletariat zusehendst aus seiner Lethargie und seinem Fatalismus gerissen wird und anfängt zurückzuschlagen. Und hier liegt die alleinige Hauptsorge aller Vertreter der Bourgeoisie von "rechts" und "links": Dem Proletariat den scheinbaren Wechsel seiner Existenzbedingungen im Kapitalismus als notwendig und natürlich mit allen Mitteln plausibel zu machen, den als "Ruhe und Ordnung" definierten Zustand staatlicher und industrieller Willkürmaßnahmen zur Not auch mit Gewaltmaßnahmen zu legitimieren, um der dank jahrzehntelanger Konterrevolution von autonomen Klassenkämpfen unter Führung der revolutionären Partei entwöhnten Arbeiterklasse eine neuerliche Rückkehr zu proletarischen Klassenpositionen - also einer Verbreitung und Verankerung der Klassenpartei - so schwer wie möglich zu machen.

In diesem Zusammenhang muß man auch den so verdächtig aktiven "Kampf" der Gewerkschaften als Organisatoren der Ware Arbeitskraft im Sinne der optimalen, d.h. störungsfreien Verwertung im Interesse der Erfordernisse der Kapitalakkumulation sehen. An

den entscheidenden Schnittpunkten der kapitalistischen Geschichte ist diesen "Arbeitervertretern" im Konzert mit sozialdemokratischer oder stalinistischer Sekundanz in den maßgeblichen Etappen seit dem I. Weltkrieg und der stalinistischen Konterrevolution seit etwa 1926 im Wechsel von offener Repression und scheinradikaler Demagogie eine Konsolidierung des Kapitalismus noch stets gelungen. Mit ihrer maßgeblichen Hilfe gelang es, ökonomische Krisen nicht in politische umschlagen zu lassen. Ein wichtiges Glied in der reformistischen Demagogie war - neben einer "Investitionslenkung", denn beide sind praktisch ein Zwillingsspaar - nicht zuletzt die stets als entscheidend und alles verändernd aufgeworfene Frage einer wie auch immer gearteten Mitbestimmung: In den revolutionären Jahren nach dem I. Weltkrieg waren es die Zentralarbeitsgemeinschaft zusammen mit der Forderung nach "Planwirtschaft" und Mitbestimmung in den "Betriebsräten"; in den Jahren der Weltwirtschaftskrise von 1929-33 die "Wirtschaftsdemokratie" und das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB; in den Jahren nach dem II. Weltkrieg die konterrevolutionäre Demagogie von "Gemeinwirtschaft, Wirtschaftskontrolle und Mitbestimmung" und jetzt wieder die Parolen von Mitbestimmung und Investitionslenkung; stets versuchten diese Reformisten an für Kapitalgefährlichen Entwicklungsabschnitten durch vermeintlich im proletarischen Interesse liegende Strukturreformen innerhalb des Kapitalismus die Arbeiterklasse nicht nur von ihrem entscheidenden politischen Kampf gegen den Kapitalismus, sondern sogar von ihrem Kampf zur Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen abzulenken. "Das Merkmal des Opportunismus liegt darin, daß in den kritischen Wendungen der bürgerlichen Gesellschaft, also in eben jenen Augenblicken, in denen man die Parole der äußersten proletarischen Aktionen zu geben beabsichtigt, die Führungsorgane der Arbeiterklasse 'entdecken', daß im Gegenteil der Kampf für andere Ziele notwendig ist. Ziele, die nicht mehr jene der Klasse sind, sondern eine Koalition zwischen den Klassenkräften des Proletariats und einem Teil der bürgerlichen Kräfte erforderlich machen." (Der Kampf gegen den alten und den neuen Revisionismus, S. 67).

Aber wenn Gewerkschaften und bürgerliche Arbeiterparteien in der BRD in den Jahren des vermeintlich unaufhaltsamen Wirtschaftswachstums durch offen prokapitalistische Propaganda ihre Integrierungsaufgaben wahrnehmen konnte, so entwickelt sich seit dem Schock der Septemberstreiks von 1969 parallel zur Rückkehr zur kaum mehr gewohnten Normalität der Lage des Arbeiters im Kapitalismus für diese "Dompteure" der Arbeiterklasse doch immer mehr die Notwendigkeit, durch "radikalere" Töne und Aktionen die von der Basis aufsteigenden Unmutsäußerungen aufzugreifen und so zu integrieren. Durch Scheingefechte und ohnmächtige Proteste versucht man in zunehmender Hektik die sich bei aller Lethargie und Verängstigung allmählich wieder abzeichnenden Kampfmomente der Arbeiterklasse in Verteidigung ihrer Lohninteressen aufzufangen und vor allem das Entstehen von Klassenbewußtsein zu verhindern, das das Proletariat aus der jahrzehntelangen Beherrschung durch die Bourgeoisie wieder der revolutionären Klassenpartei zuführen könnte.

Durch den teilweisen Widerstand der Kapitalisten - für sie bricht natürlich wieder einmal der Sozialismus durch - wird diese Tatsache der Befriedungsfunktion einer Mitbestimmungsregelung höchstens noch zusätzlich verschleiert. Haben die weitsichtigeren Vertreter der Bourgeoisie die Stabilität des gesamten kapitalistischen Systems im Auge und sorgen sich entsprechend "konstruktiv" um diese für das Proletariat vermeintlich segensreiche Regelung, so erscheint in den Augen des simplen Kapita-

listen, der vor allem seine konkreten Rentabilitätsinteressen und seine ihm heilige Dispositionsfreiheit im Auge hat, diese "Einmischung" der Arbeiter in seine Angelegenheiten natürlich vielfach als ein Greuel. Aber selbst wenn der Protest ernst gemeint sein sollte, hat er nur den insgesamt für die Bourgeoisie positiven Effekt, daß er dem Proletariat diese Mechanismen, die nicht nur nichts an der immanenten Ausbeutung im Kapitalismus ändern und sie nicht einmal hindern können, sondern allein Instrumente der Bourgeoisie für die perfektere Verhinderung sich anbahnender Klassenkämpfe sind, noch dazu letztlich als schwer erkämpfte Siege erscheinen läßt.

Und nicht genug damit: durch diesen Widerstand zum Kompromiß der noch keineswegs die Gewerkschaften befriedigenden "Teilparität" gezwungen, werden diese Vertreter des Kapitals in den Reihen der Arbeiterklasse auch weiterhin versuchen, im vermeintlichen Kampf gegen das "Unternehmertum" in den nächsten Jahrzehnten die angestauten antikapitalistischen Energien der Arbeiterklasse in immer neuen "Kämpfen" um die letzten Reste der alles ändernden "vollparitätischen Mitbestimmung" zu vergeuden. Und wenn man überhaupt für irgendetwas wie Mitbestimmung sein könnte, dann nur aus dem einen Grunde, daß diesen Kontrolleuren der Ware Arbeitskraft dieses Mittel der Scheinkämpfe endlich aus den Händen genommen würde und das dank der beginnenden Normalität der kapitalistischen Ausbeutung langsam wieder erwachende Proletariat begreift, daß diese Parolen überhaupt nichts an ihrer Ausbeutung, an ihrer Reservelohlosigkeit, an ihrer Arbeitshetze, an ihrer wachsenden Unsicherheit usw. ändern. Darauf weisen die Gewerkschaftsfunktionäre, wenn sie die Kapitalisten von der sozialen Nützlichkeit dieser Regelungen überzeugen zu müssen glauben, auch immer wieder selbst hin. Und immer wieder wird der befriedigende Effekt am Beispiel der langjährigen Erfahrungen der paritätischen Mitbestimmung in der Schwerindustrie hervorgehoben. So erst wieder jüngst der ehemalige DGB-Chef Rosenberg: "Die Tatsachen, die sich in immerhin mehr als 25jähriger Praxis der paritätischen Mitbestimmung in der Montan-Industrie feststellen lassen, beweisen, daß sich die Mitbestimmung in keiner Weise der großartigen Entwicklung der eisenschaffenden Industrie als schädlich erwiesen hat. Und daß die schmerzhaften Stilllegungen von Zechen, die in Belgien in der Borinage zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen geführt hatten, bei uns GERADE DURCH DIE PARITÄTISCHE MITBESTIMMUNG OHNE WIRKLICHE ERNSTHAFTE KONFLIKTE VONSTATTEN GINGEN. Diese Tatsachen zu bestreiten, wäre ebenso unwahr wie böswillig." (Handelsblatt v. 31.3.76, S. 9, - Hervorhebungen IKP) Und so erweisen sich in der Tat diese vermeintlichen Vorteile der Arbeiterklasse als die entscheidenden Fesseln zu Nutz und Frommen der Kapitalisten. Dies wird besonders in der BRD-Wirtschaftsregion deutlich, für die vor allem diese paritätische Mitbestimmung zutrifft, und hier sieht man dann gut, was dieses weitgehendste aller gewerkschaftlichen Mitbestimmungsmodelle letztlich für die Arbeiterklasse bedeutet.

Von allen Ballungsräumen in der BRD ist das Ruhrgebiet das am wenigsten entwickelte. Hier finden sich die beengtesten und am wenigsten komfortablen Wohnungen im Vergleich zu allen anderen industriellen Ballungsräumen; das Pro-Kopf-Einkommen ist hier niedriger als in allen anderen industriellen Regionen. Der Schlüssel zu dieser wirtschaftlichen und sozialen Unterprivilegierung des Ruhrgebiets liegt im Arbeiteranteil an der Gesamtzahl der Lohnabhängigen, der in diesem traditionellen westdeutschen Industriegebiet bei rd. 58% liegt - im Vergleich:

Hamburg 38%, Frankfurt-Rhein/Main 39%, Stuttgart 44%, München 33%. Im übrigen ist auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad traditionell überdurchschnittlich hoch. Aber: trotz niedriger Einkommen, trotz hohem Organisationsgrad, trotz schlechter Wohnverhältnisse und trotz des hohen Arbeiteranteils vermeiden alle Gewerkschaften irgendwie geartete kämpferische Allianzen. Sie sehen viel mehr ihre Hauptaufgabe gerade in einem betonten "sozial-partnerschaftlichen" Klassenkollaborismus mit der für Kapitalisten wohlthuenden, da profitträchtigen Tradition der Hintertriebung jeglicher schärferer lohnpolitischer Auseinandersetzungen. Vor allem in der Traditionsgewerkschaft des Reviers, der IG Bergbau und Energie, wird so reichlich mit dem "Gemeinwohl" argumentiert, so häufig an die soziale Verantwortung erinnert, wie sonst kaum in irgend einer anderen Gewerkschaft. Appelle dieser Art haben, nicht zuletzt in Verbindung mit der "Brüderlichkeit" der paritätischen Mitbestimmung bewirkt, daß eben das Pro-Kopf-Einkommen an der Ruhr an letzter Stelle in den Industrieregionen der BRD liegt. Die besondere Konfliktstruktur in den Arbeiterkämpfen der IG Bergbau liegt in einer verklassierten Übernahme des Standpunktes der Schwerindustrie. Diese Gewerkschaft hat in den letzten 20 Jahren in den Steinkohlenrevieren am Rhein und Ruhr keinen einzigen Lohnstreik durchgeführt. An seine Stelle traten bezeichnenderweise kurzfristige Demonstrationstreiks, die eigentlich ziellos waren, da ihr Ende bei Beginn schon festgelegt war. Dabei richteten sich diese von der Gewerkschaft inszenierten Appelle noch nicht einmal an die Ruhrkapitalisten² oder deren Verbände, sondern immer an einen Kanzler, eine Landesregierung oder einen Wirtschaftsminister in einem Kabinett. Sieht man diese sozial-zwangsbedingte und paritätisch mitbestimmte Wirklichkeit an der Ruhr, dann betrifft man erst die Meisterleistung aller BRD-Gewerkschaften in der weitgehenden Ausschaltung des Lohnkampfes zugunsten "Übergreifender", stets als Gemeinwohl ausgegebener Interessen des Kapitals und die angesichts der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Arbeiterklasse stets von den Gewerkschaftsfunktionären angeführte Parole "Dies wäre unter Mitbestimmung nicht möglich gewesen" bekommt dann erst ihren richtigen Beigeschmack.

In den entstehenden sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen kann eine revolutionäre Position nur lauten: Nicht Mitbestimmung und Klassenkollaboration sondern wachsende Entfaltung des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie, und zwar einen Klassenkampfes, der das durch jahrzehntelange Niederlagen völlig apathische Proletariat aus den Fängen der verschiedenen vermeintlichen Arbeitervertreter "rechter", aber vor allem "linker" Prägung befreit und durch eine wachsende Verankerung der revolutionär-proletarischen Partei diese Ware Arbeitskraft wieder zur klassenbewußten und gegen das kapitalistische Lohnsystem als eigentliche Ursache der Verelendung kämpfenden Arbeiterklasse macht.

Nicht Mitbestimmung, die im Endeffekt in Anbetracht kapitalistischer Gesetzmäßigkeit letztlich nur die Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung ihrer eigenen Ausbeutung, und zwar mit den Mitteln der Kollaboration mit dem Kapital und des KONKURRENZKAMPFES zwischen den Arbeitern bedeuten kann, nicht aber eine Besserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, geschweige der politischen Kampfmobilisierung erbringt - sondern KAMPF der Arbeiterklasse sowohl zur Verteidigung ihrer Lohninteressen, aber auch vor allem Vernichtung des Lohnsystems sind Ausdruck der revolutionären Linie: KLASSENKAMPF statt KLASSENKOLLABORATION!

DIE SOZIALE BEWEGUNG IN CHINA

Aus unserem theoretischen Organ in französischer Sprache, "Programme Communiste", übernehmen wir ab dieser Nummer des "Bulletins" eine Reihe von Artikeln, die 1964-1965 erschienen. Diese Artikel bilden eine nützliche Einführung in die Positionen der marxistischen Partei im Hinblick auf die historische Entwicklung Chinas und ermöglichen das Verständnis von Problemen, die allgemein Verwirrung erzeugen. Infolge ihrer historischen Gesamtbetrachtung, ihres prinzipiellen Stellenwerts und ihrer Vorwegnahme der späteren Entwicklung bilden diese Artikel aus den frühen 60er Jahren auch die Grundlage für eine sich anschließende Untersuchung zur sog. "Kulturrevolution", zur Gesamtdarstellung der Entwicklung des chinesischen Kapitalismus seit der Machtergreifung durch die Maoisten und zur Kritik der maoistischen Ideologie.

I

In den Jahrzehnten, die auf die Oktoberrevolution folgten, hat die soziale Bewegung in China eine enorme Verschärfung und Verbreitung erfahren, die nur mit der Zuspitzung der imperialistischen Konflikte um die Herrschaft in Asien und durch die aktive Teilnahme des chinesischen Proletariats an den politischen Kämpfen zu erklären ist. Eine erste Welle der Bewegung hatte in China bereits vorher stattgefunden, als Reaktion gegen den Expansionsdrang des von seinen Krisen von 1848 und 1870 erholten europäischen Kapitalismus. Der Höhepunkt dieser ersten Welle war der Taiping-Aufstand (1) gewesen; die soziale Bewegung war aber in Asien politisch noch unreif.

Unter dem Einfluß der russischen Revolution dagegen nahmen die Klassenkämpfe bald eine politische Form an. So bildete Sun Yat-Sen 1918 in Kanton eine bürgerlich-nationale Regierung. Kurz darauf wurde die kommunistische Partei Chinas gegründet. Somit trat Asien in die moderne Geschichte ein. Die Frage blieb aber offen: wird es durch das kleine Tor der in der westlichen Welt bereits antiquierten BÜRGERLICHEN DEMOKRATIE eintreten oder das Ende seiner Isolierung durch den Sieg der PROLETARISCHEN REVOLUTION besiegeln?

Die Vernichtung der Diktatur des Proletariats in Russland durch die stalinistische Konterrevolution hat die Chance des chinesischen Proletariats zerstört, seine Leiden und seinen Weg zur Macht abzukürzen. Das will aber nicht heißen, daß der Stalinismus dann mindestens der nationalen bürgerlichen Bewegung geholfen hätte. Im Gegenteil, man mußte 30 Jahre auf die Erfüllung des Zieles von Sun Yat-sen, die "VOLKSDEMOKRATIE", warten. Im übrigen ist das letzte Wort dadurch nicht gesprochen, daß in der maoistischen Verfassung die politischen Prinzipien des Kapitalismus in goldenen Buchstaben niedergeschrieben sind. Die "chinesische Frage" bleibt bestehen. Es geht selbstverständlich nicht mehr darum, ob das chinesische Proletariat inmitten der politischen und sozialen Kämpfe der bürgerlichen Revolution und der internationalen Klassenkämpfe den Sieg erringen

(1) Der Taiping-Aufstand, der von 1850 bis 1864 weite Gebiete Chinas erfaßte u. rd. 30 Mio. Menschen das Leben kostete, war das erste bedeutende Anzeichen einer neuzeitlichen Entwicklung, die unter dem Einfluß des Kapitalismus den chinesischen sozialen Kräften eine neue Richtung gab. Dieser Aufstand stellte zum er-

kann. Diese Chance einer "doppelten Revolution" in China wurde seit Jahrzehnten verspielt. Heute sind es nicht die Interessen des Proletariats, die im Mittelpunkt der "chinesischen Frage" stehen, sondern die Interessen des bürgerlichen Staates, der versucht, einen angemessenen Platz unter den anderen Nationen zu gewinnen. Somit zeigt Peking klar, welche Ziele die "Volksdemokratie" ansteuert und ansteuern muß: nicht die SOZIALE EMANZIPATION der Unterdrückten, sondern die NATIONALE EMANZIPATION des chinesischen Kapitalismus.

In dem Moment, wo die Testamentsvollstrecker Sun Yat-Sens das Bündnis, das die chinesische Bourgeoisie 1924 mit Moskau eingegangen war und dem die Unabhängigkeit der proletarischen Partei für lange Zeit geopfert wurde, aufkündigen mußten, wurde selbst den treuen Spießgesellen der UdSSR deren reaktionäre Rolle klar. Der Bruch zwischen China und der UdSSR ist für uns Kommunisten ein Ausdruck der Rivalität zwischen einem reifen russischen Kapitalismus und einem jungen Konkurrenten, wie einst der zwischen dem bürgerlichen England und dem revolutionären Frankreich.

Diese Interessenkonflikte zwischen dem russischen und dem chinesischen Staat sind aber darüberhinaus für uns Kommunisten ein erneuter Anlaß, uns auf die revolutionären Grundsätze zu beziehen.

Über diese Interessenkonflikte zwischen dem russischen und dem chinesischen Staat hinaus ist es aber notwendig, sich auf die große Auseinandersetzung über den Weg der proletarischen Revolution in Asien wieder zu beziehen, einer Revolution, die die heutigen chinesischen Führer nicht weniger als Stalin sabotiert haben. Und dabei muß man bedenken, daß sie sich heute auf Stalin gegen Chruschtschow berufen!

Die Verantwortung der UdSSR für die Niederlage des chinesischen Proletariats, das es an das bürgerliche Programm und an die bürgerliche Macht gebunden hatte, ist enorm gewesen. Bei der Polemik mit Chruschtschow und dem falschen "Extremismus" Pekings geht es aber um etwas anderes. Sie haben kein anderes Ziel, als die Verwirrung und Unterjochung des chinesischen Proletariats zu verlängern, indem man es zur Einheitsfront mit "seiner" Regierung aufruft, um den "wahren Sozialismus" aufzubauen. Sollte es dem "chinesischen Sozialismus" jemals gelingen, die Schuld Moskaus gegenüber China wieder gutzumachen, so kann er die Schäden nicht beheben, die dem revolutionären Kommunismus zugefügt wurden. Denn die Geschichte der proletarischen Bewegung in China wurde im Blut ertränkt wegen des Scheiterns des Proletariats, eine Klassenpartei zu schaffen, die die theoretischen und taktischen Probleme der chinesischen Revolution INTERNATIONALISTISCH stellt und löst.

Das Ziel unserer Untersuchung ist sowohl, die brennenden Fragen der vorherigen Generationen im Sinne des Marxismus klarzustellen, als auch die sozialen Antagonismen des jungen chinesischen Kapitalismus und seine Akkumulationsschwierigkeiten im

(1) sten Mal in der chinesischen Geschichte einen wirklichen Bruch mit der Vergangenheit dar, da der Angriff sich nicht nur gegen die Dynstie, sondern auch gegen die ganze konfuzianische Sozialordnung richtete.

Innern und gegenüber dem amerikanisch-russischen Imperialismus aufzuzeigen. Es soll vor allem gezeigt werden, daß die Niederlage des Proletariats eben durch die Klassenkollaboration, das Verlassen des eigenen Programms und somit der eigenen Autonomie möglich war; und daß eine Wiederaufnahme der Klassenkämpfe in China nur erreicht werden kann, wenn das Proletariat wie in der Kommune von Canton (1927), die unter der Parole "NIEDER MIT DER KUOMINTANG!" ausbrach, sich in einer noch mächtigeren Bewegung gegen die "Volksdemokratie"(2) der Erben der Kuomintang erhebt.

1. - T H E O R I E U N D P R I N Z I P I E N

DIE INVARIANZ DES MARXISMUS KONTRA "NATIONALER SOZIALISMUS"

Der Marxismus hat sich unter den historischen und sozialen Bedingungen der Entfaltung des Industriekapitalismus in Westeuropa endgültig als Theorie des revolutionären Proletariats herausgebildet. Es war weder ein deutscher noch englischer noch französischer Marxismus. Der Kampf, den seine Vertreter gegen Proudhon, Lassalle und später gegen die russischen Sozialrevolutionäre führten, war ein Kampf gegen jegliche kleinbürgerliche Vorstellung von "nationalem Sozialismus". Von Anfang an haben Marx und Engels aus den ökonomischen Gesetzen des Kapitals und den politischen Formen seiner Herrschaft die grundlegenden Prinzipien der Klassenpartei ALS GÜLTIG FÜR ALLE ZEITEN UND FÜR ALLE LÄNDER heraus destilliert. Deswegen besteht seitdem die Aufgabe der Kommunisten nicht darin, den Marxismus den lokalen und jeweiligen Bedingungen des Klassenkampfes "anzupassen", sondern in die Reihen des Proletariats zu tragen, um ihn zu seiner Waffe zu machen und um die VERBINDUNG DER ARBEITERBEWEGUNG MIT IHRER REVOLUTIONÄREN THEORIE HERZUSTELLEN.

Die stalinistischen Verfälschungen bestanden unter anderem darin, Lenins Werk als geniale "Anpassung" des Marxismus an das rückständige Rußland darzustellen; und die Chinesen dekorierten "ihren Sozialismus" mit denselben nationalistischen und volkstümlichen Prädikaten. Es ist doch klar, daß die nationale und koloniale Frage dem Marxismus auf keinen Fall irgendeine "Bereicherung" aufzwingt oder eine Revision rechtfertigt. Marx hat gerade mitten in der deutschen bürgerlichen Revolution das kommunistische Manifest geschrieben und die Aufgaben der Klassenpartei definiert. Und die Größe Lenins bestand in seiner Fähigkeit, die russische antifeudalistische Revolution bis zur Diktatur des Proletariats zu führen. Aber beide machten den endgültigen Sieg der deutschen oder russischen Proletarier abhängig vom Schicksal der Weltrevolution, von den Klassenkämpfen in den entwickelteren kapitalistischen Ländern, und nicht von einer "Bereicherung" des Marxismus durch die Theorie vom "Aufbau des Sozialismus in einem Land".

Weil die russische Revolution und damit die III. Internationale zusammenbrachen, konnte die historische Verbindung zwischen der nationalen Bewegung der unterdrückten Völker und der internationalen kommunistischen Bewegung nicht erfolgen. China wurde das erste Opfer dieser stalinistischen Konterrevolution. Als der "Block der vier Klassen" in Canton zusammenbrach und Chang Kai-shek sich darauf vorbereitete, die Rolle Kerenskis zu spielen, verbot Moskau der chinesischen Partei die Parole des

(2) Neuerdings "Diktatur des Proletariats" getauft; siehe diesbezüglich "'Proletarische Diktatur' und 'Sozialistische Gesellschaft' Made in China", Bulletin Nr. 6/Mai 1975

Oktober: "Alle Macht den Räten!" auszugeben. Im übrigen hatte Moskau das Schicksal der KPCh schon bestimmt als es sie zur Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Kuomintang gezwungen hatte. Aber Stalin leistete noch mehr: es gelang ihm, alle Brücken zwischen der chinesischen Revolution und dem Klassenkampf in Europa zu zerstören. Der Generalstreik der englischen Arbeiter (1926) fiel mit der Offensive des chinesischen Proletariats zusammen. Stalin sabotiert ihn durch die Gründung des berühmten "Englisch-Russischen Komitees" zusammen mit den korrumpierten Trade-Unions, um die größte Bewegung der britischen Arbeiter nach dem Kriege zu liquidieren. Man kann sagen, daß die Geburt des "chinesischen Sozialismus" in Moskau durch Stalin mit dem Blut der Konterrevolution unterschrieben wurde.

Somit hatte sich das Verhältnis zwischen den proletarischen Bewegungen in den Industrieländern und den nationalen Bewegungen in den Kolonien umgekehrt. Man erwartete nicht mehr, wie Lenin, die Rettung der russischen und chinesischen Revolution vom Sieg der kommunistischen Bewegung in Europa. Der Leuchtturm steht nun im Osten und das westliche Proletariat kann seine Befreiung nur vom "Aufbau des Sozialismus" in der UdSSR oder den nationalen Unabhängigkeitsbewegungen der Länder Afrikas und Asiens erhoffen, was angeblich die "Monopole" schwächt und die "Demokratie" stärkt. Auf diese Weise wurden DIE NATIONALEN REVOLUTIONEN ZU UNRECHT SOZIALISTISCH GENANNT UND DAS PROLETARIAT WURDE GEZWUNGEN, DIE INTERESSEN DER NATION UND DER DEMOKRATIE ZU SEINEN EIGENEN ZU MACHEN. In den entwickelten kapitalistischen Ländern, wo die Phase der bürgerlichen Revolution schon seit 1870 (3) abgeschlossen war, rief der "nationale Sozialismus" das Proletariat auf, im Bündnis mit dem Kleinbürgertum gegen die "ausländischen Monopole", gegen den "Faschismus" und für die "demokratische Erneuerung" zu kämpfen. In den rückständigen Ländern zwang er es, einen Block mit der "patriotischen" Bourgeoisie zur Durchführung der "nationalen Revolution" zu bilden oder sogar (wie in China) sich auf die Aufgaben der ohnmächtigen und historisch verdamnten Bourgeoisie zu beschränken. So mußte das Proletariat also nicht sein eigenes Klassenprogramm, sondern das des Kapitals verwirklichen.

In der imperialistischen Epoche schmückten sich alle rückständigen bürgerlichen Staaten mit "sozialistischen" Attributen. ABER DIESER "NATIONALE SOZIALISMUS" HAT EINE INTERNATIONALE GESCHICHTE: DIE DER KONTERREVOLUTION. Vor allem in China drückt er sich in einer Ideologie aus, die auf den Trümmern der Klassenpartei siegte.

DIE PERSPEKTIVEN EINER DOPPELREVOLUTION

Die grundlegende Frage der ganzen sozialen Bewegung in Rußland war, ob man den Rückstand dieses Landes auf dem bürgerlichen Weg Europas nachholt oder ob das ÜBERSPRINGEN DES KAPITALISMUS möglich wäre. Im Gegensatz zu den westlichen Liberalen, die jegliche Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft ableugneten, glaubten die Panslawisten und Volkstümer, das Geheimnis der Überwindung in der reaktionären Vergangenheit Rußlands gefunden zu haben. Für sie stellte der Dorfkommunismus, der Mir, den direkten Übergang zum höheren Kommunismus dar. Somit ignorierten sie die Existenz eines starken russischen Feudalismus und die ersten Anzeichen einer kapitalistischen Entwicklung im zaristischen Reich.

(3) Mit der Bildung des nationalen deutschen Staates und vor allem durch das Bündnis der kriegsführenden Mächte Frankreich und Preussen gegen die proletarische Kommune von Paris.

Dieser NATIONALEN UND IDEALISTISCHEN Konzeption des Überspringens der bürgerlichen Phase stellte der Marxismus seine WISSENSCHAFTLICHE und INTERNATIONALISTISCHE Konzeption der KOMBINIERTEN ENTWICKLUNG gegenüber. Er hat zuerst betont, daß das dörfliche Gemeineigentum zersetzt war, und hat somit gezeigt, daß der Kampf der Bauern nicht mehr die Verteidigung des Kollektiveigentums zum Ziel hatte. Auf diese Weise können diese Klassenkämpfe nur auf eine bürgerliche Revolution hinzielen. Diese würde aber in einer historischen Entwicklungsphase aufbrechen, wo die internationale und russische Bourgeoisie ihren eigenen Henker, das Proletariat, bereits erzeugt hatte. Also hatte das Proletariat in der russischen Revolution die Möglichkeit, die Leiden der kapitalistischen Akkumulation zu verkürzen, wenn es sich als Teil der Avantgarde des internationalen Proletariats organisieren und das Signal für die sozialistische Revolution in Europa geben konnte.

Dieselbe Frage stellte sich in China, wo der Rückstand auf dem Lande noch größer und die Konzentration des ausländischen Kapitals in Städten wie Schanghai, Hongkong und Canton gigantischer war. Würde man den Sprung über die Jahrhunderte und die Produktionsweisen schaffen, der China von den primitiven Formen der Klassengesellschaft zum historischen Ziel der klassenlosen Gesellschaft führen würde? Die Existenz einer proletarischen Macht in Rußland verstärkte diese Möglichkeiten und stellte den direkten Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals auf die Tagesordnung der Weltpolitik.

Wie im vorrevolutionären Rußland gab es in China eine nationalistische Strömung, die die überwundenen Strukturen des Gemeineigentums idealisierte und in ihnen die zukünftige Lösung sah. Die se Strömung finden wir in der politischen Schrift Chiang Kai-sheks "Das Schicksal Chinas" wieder. Aber die soziale Krise machte die alte reformistische Lösung der Landumverteilung und des Dynastiewechsels unmöglich.

Das chinesische "Volkstümlertum", das von Sun Yat-sen, dem Gründer der Kuomintang, vertreten wurde, unterschied sich vom russischen Volkstümlertum durch eine weniger kühne Theorie, da es nicht mit allen Mitteln den Kapitalismus "vermeiden" wollte, sondern den "Sozialismus" als Endziel der nationalen und demokratischen Revolution ausgab. Im Gegensatz zum russischen Volkstümlertum ging das chinesische nicht "zum Volk", sondern schickte ganz einfach...die kommunistische Partei dahin. Selbst in seiner am besten organisierten und bereits reaktionären Form (der Kuomintang) gelang es dem chinesischen Populismus nie, sich wirklich in der chinesischen Bauernschaft zu verankern und sie zu repräsentieren. Eben das hätte eine proletarische Partei anprangern und entlarven müssen, anstatt sich als politischer Garant der Kuomintang anzubieten und die soziale Bewegung in den engen Grenzen der "Volksdemokratie" gefangen zu halten.

Die von den Bolschewicki für Rußland aufgestellten Kriterien waren also gleichermaßen für China gültig. Von einem wachsenden Proletariat in die Enge getrieben, zögerte die "nationale" Bourgeoisie, ihre Revolution bis zum Ende zu führen. Dies kann nie ein Grund für das Proletariat sein, seine Fahne wegzuwerfen, im Gegenteil! Wie in Rußland bewies die Entstehung von Arbeiterräten in China den Doppelcharakter der Revolution und verband China mit der kommunistischen Bewegung des internationalen Proletariats. Die chinesischen Kommunisten mußten sich also darauf vorbereiten, die Klassenkämpfe auf die Parole der REVOLUTION IN PERMANENZ auszurichten.

Die kombinierte Existenz einer bürgerlichen nationalen Bewegung und einer Aktion der organisierten Arbeiter machte eine solche politische Linie zwingend. Die Gültigkeit dieser Linie wird durch die Niederlage des Proletariats nicht widerlegt. Denn die Klasse, die die historische Initiative ergreifen mußte, hat sozusagen nicht ihre eigene Revolution durchgeführt, sondern die Arbeit der ohnmächtigen Bourgeoisie übernommen. Denn es ist ja wahr, daß das Kapital nur von den Fehlern und Niederlagen des Proletariats leben kann.

DIE "NATUR" DER KOLONIALEN BOURGEOISIE

Der Stalinismus hat alles getan, um der dialektischen Konzeption einer kombinierten Entwicklung eine gradualistische Konzeption gegenüberzustellen, die jede mögliche Überwindung der bürgerlichen "Etappe" ausschließt. Dies war nicht eine theoretische Spitzfindigkeit, sondern sollte in China eine andere Taktik als die des russischen Oktobers rechtfertigen, und zwar die menschenwristische Taktik der "Revolution in Etappen". Die stalinistische "Wissenschaft" hat alles dafür getan, um einen unüberwindlichen Graben zwischen China und Rußland zu ziehen.

Um den "Aufbau des Sozialismus" in der UdSSR glaubhaft zu machen, hat sich die sowjetische offizielle Geschichtsschreibung beeilt, dem historischen Rückstand Rußlands gegenüber Europa durch die Ziehung falscher Parallelen ihrer kapitalistischen Entwicklung zu verschleiern. Trotzki hat dies seinerzeit in seinen Polemiken gegen den Historiker Pokrovsky entlarvt. Für China hatte man eine Theorie aufgestellt, die es vom zaristischen Rußland durch zwei wesentliche Eigenschaften unterscheiden sollte: das koloniale Joch und ein noch stärkerer und rückständigerer Feudalismus auf dem Lande. Gemäß dieser Theorie sollte die anti-koloniale chinesische Bourgeoisie durch den imperialistischen Druck revolutionärer geworden sein als die antizaristische russische Bourgeoisie. Daraus folgte natürlich, daß während der ganzen antiimperialistischen Phase das Proletariat sich bedingungslos der Bourgeoisie unterordnen mußte, um gegen den ausländischen Feind zu kämpfen. Die Antwort Trotzki in seiner Broschüre "Die chinesische Revolution und die Thesen von Stalin" lautet: "Eine Politik, die den mächtigen Druck des Imperialismus auf das innere Leben Chinas übersehen würde, wäre von Grund auf falsch. Aber nicht weniger falsch wäre eine Politik, die von einer abstrakten Vorstellung über den nationalen Druck ausginge, OHNE DESSEN KLASSENMÄSSIGE BRECHUNG UND SPIEGELUNG ZU BEDENKEN. (Hervorhebung IKP)...Die mächtige Rolle des ausländischen Kapitals im Leben Chinas hat dazu geführt, daß sehr starke Schichten der chinesischen Bourgeoisie, der Bürokratie und der Militärs ihr Schicksal an das Schicksal des Imperialismus geknüpft haben. Ohne diese Verknüpfung würde die riesige Rolle der sogenannten 'Militaristen' im Leben Chinas während der letzten Periode undenkbar sein.

Es wäre ferner ungeheuer naiv zu glauben, daß zwischen der sogenannten Konpradorenbourgeoisie, d.h. der ökonomischen und politischen Agentur des Auslandskapitals in China, und der sogenannten 'nationalen' Bourgeoisie ein Abgrund besteht. Nein, diese zwei Schichten stehen einander unvergleichlich näher, als die Bourgeoisie und die Massen der Arbeiter und Bauern. Die Bourgeoisie nahm am nationalen Kriege als innere Bremse teil, wobei sie die Arbeiter- und Bauernmassen dauernd feindselig beobachtete und immer bereit war, einen Kompromiß mit dem Imperialismus zu schließen."

Trotzki, "Die erwürgte Revolution", Bd. 1, Verlag Neuer Kurs, S. 57/58/59

Weil die chinesische Revolution von 1924-27 mit dem letzten revolutionären Aufflammen des westlichen Proletariats zusammenfiel, zu einer Zeit, wo der Faschismus und die Volksfronten noch nicht zu den Blöcken des 2. Weltkrieges geworden waren, diente die "chinesische Frage" als Sprungbrett für den Reformismus innerhalb der nationalen und kolonialen Bewegungen. Aber die von Trotzki damals verteidigte Position hat sich auch in allen anderen Fällen bewiesen. Weit davon entfernt, "revolutionärer" zu sein, sind die nationalen und antikolonialen Bourgeoisien in der imperialistischen Phase immer feiger und opportunistischer geworden. Die Lehren des russischen Oktober sind ohne Zweifel für alle kolonialen Länder Afrikas und Asiens gültig. Wie Trotzki zeigt, macht man, wenn man vom kolonialen Joch auf den revolutionären Charakter der chinesischen Bourgeoisie schließt, denselben Fehler (und schlägt dieselbe Taktik ein) wie die Menschewiki, die aus der feudalistischen Ausbeutung die angeblich revolutionäre "Natur" der russischen Bourgeoisie ableiteten. Wenn auch die ANTIKOLONIALEN REVOLUTIONEN AUF DAS NIVEAU BÜRGERLICHER NATIONALER REVOLUTIONEN GEHOBBEN WERDEN KÖNNEN, so ist es im Sinne des Marxismus doch unmöglich, daß sie DEN KLASSENSCHEN CHARAKTER BÜRGERLICHER REVOLUTIONEN ÜBERTREFFEN. Ganz im Gegenteil: eine antikoloniale Revolution stellt mehr als eine klassische bürgerliche Revolution die Interessen des Weltkapitalismus in Frage und zwingt also die wahren Hauptgegner der Klassenkämpfe in der imperialistischen Phase in den Vordergrund: Bourgeoisie und Proletariat.

DIE THEORIE DES CHINESISCHEN "FEUDALISMUS"

Die stalinistische Theorie vom "chinesischen Feudalismus" ist nicht besser als die vom "revolutionären Charakter" der antikolonialen Bourgeoisie. Sie hat ebenfalls das Ziel, die Rolle der Bourgeoisie dadurch auszuschnücken, daß man sie als Befreier der Leibeigenen hinstellt. Aber die chinesische Bourgeoisie hatte noch weniger als in Rußland ein Interesse daran, sich an die Spitze der Agrarrevolution zu stellen, und sie hatte noch weniger als in Rußland eine "antifeudale Aufgabe" zu erfüllen.

In der Tat war eine der Ursachen für die Rückständigkeit Chinas (wie Rußlands) die Unfähigkeit seiner Bourgeoisie, sich autonom als herrschende Klasse zu konstituieren. Sie hat sich nicht wie die europäische Bourgeoisie in der Opposition zu den anderen Klassen der alten Gesellschaft entwickelt, sondern vielmehr als ihr Anhängsel. Denn sie hat sich auf natürliche Weise durch den Handel mit Grund und Boden, der während nahezu 2000 Jahren erlaubt geblieben war, mit der Mandarinenkaste verquickt. Im Unterschied zum Leibeigenen hatte der chinesische Bauer immer die Möglichkeit, sein Land zu pachten, zu kaufen und zu verkaufen. Die Großgrundbesitzer waren gegenüber dem "dritten Stand" nicht eine privilegierte Klasse wie im feudalen Europa, sondern sie waren immer eng mit der Schicht der Händler und Wucherer verbunden. Es gab also kein feudales Eigentum und keine rein feudale Leibeigenschaft. Die Knechtung der Bauern beruhte nicht auf der Leibeigenschaft der Arbeitskraft, über die der Herr frei verfügen konnte. Es handelte sich mehr um Pachtschulden für wertvolles und knappes Land. Die Verbreitung der Rente, ob in Form von Naturalien oder Arbeit zu leisten, hatte nichts zu tun mit einer Feudalrente; sie war das extreme Resultat der Zersetzung der asiatischen Produktionsweise und der ausschließlich wucherischen Entwicklung der kapitalistischen Rente. Deshalb war eine Agrarrevolution, die von der Bourgeoisie gegen die "Feudalen" geführt würde, in China unmöglich. Es gab keine Frage von einem "dritten Stand", der die Bauern von ihrer Scholle befreit; denn die Bour-

geoisie hätte dabei gegen ihre eigenen Klasseninteressen handeln müssen, da sie über das Handels- und Wucherkapital verfügte. So geht die ganze Theorie vom "chinesischen Feudalismus" in Scherben.

In der Tat unterscheidet Marx zwischen Feudalismus, antiker Sklaverei und "asiatischer Produktionsweise", wobei China nach dem Niedergang des alten Ägyptens und Mesopotamiens das einzige lebende historische Beispiel der letzteren geblieben war. Sicherlich war diese Produktionsweise degeneriert, aber man kann den besonderen Charakter, die "Originalität" der chinesischen Revolution nicht verstehen, wenn man von ihr abstrahiert. Die Rückständigkeit Rußlands gegenüber Europa läßt sich teilweise schon durch die Existenz einiger "asiatischer" Elemente erklären. Besonders die Verbindung von Landwirtschaft und häuslicher Handwerksproduktion verhinderte die Entwicklung der Städte und der Bourgeoisie. Doch in der Morgendämmerung der bürgerlichen Revolutionen im westlichen Europa behob Rußland diesen Nachteil durch die verspätete Errichtung der Leibeigenschaft, durch einen Staatsfeudalismus, der die Bedürfnisse des Handels, des Festlandes und des Krieges gegen den Westen befriedigte. Das war der politische Leitfaden des Zarismus von Iwan dem Schrecklichen bis Katharina II.

In China drückte sich die vorherrschende asiatische Produktionsweise in der Notwendigkeit einer sozialen Regulierung der Bewässerung aus, um Landwirtschaft überhaupt erst möglich zu machen. Daraus hat der Kaiser als "Sohn des Himmels" das Prinzip seines dauerhaften Despotismus geschöpft; die freien Bauern, die durch die kollektiven Bewässerungsarbeiten vereint waren, schöpften daraus die Mittel, um dem Feudalismus mit Erfolg zu widerstehen. Aus denselben Gründen hat sich die Sklaverei in China nur auf das häusliche Personal beschränkt, und konnte nicht die Gestalt einer eigenständigen Produktionsweise wie in der griechischen und römischen Antike einnehmen. Keine historische Umwälzung konnte China feudalisieren: weder die Invasionen der Mongolen, noch die Mandschu-Dynastie, noch schließlich die den Militärgouverneuren vom Wiltimperialisismus gewährte Unterstützung, um besser seine Politik der Zersplitterung des Landes in Einflusssphären zu verwirklichen.

Aber eine solche Konzeption der historischen Entwicklung, ob die großartige Perspektive eines Sprunges von 2000 Jahren über die primitivsten Formen der Klassengesellschaft hinweg eröffnet würde, würde gleichzeitig die chinesische Bourgeoisie, Verbündete des "Blocks der vier Klassen", als parasitäres und reaktionäres Element hinwegfegen. Aber gerade diesen revolutionären Sprung Chinas und damit des Weltproletariats wollte Stalin verhindern. Deshalb erfand er folgende gradualistische Interpretation der geschichtlichen Entwicklung Chinas: Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus. Erst nach der letzten dieser "Etappen" würde man von proletarischer Revolution sprechen können!

2 -- REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION:
1924 - 1927

DAS BÜNDNIS MIT DER KUOMINTANG: SIEG DES MENSCHEWISMAS

Die Theorien über den "antifeudalen" Charakter der chinesischen Revolution und über den "revolutionären Charakter" der nationalen Bourgeoisie hatten nur ein Ziel: die proletarische Partei den nationalen Zielen der Kuomintang unterzuordnen. Dieses Ziel wurde 1924 erreicht. Auf dem ersten Kongreß der Kuomintang trat die chinesische kommunistische Partei der Partei Sun Yat-sens bei.

Keine der Rechtfertigungen, die für dieses Bündnis gegeben wurden, halten einer ernsthaften marxistischen Kritik stand: weder das Argument der zahlenmäßigen Schwäche der KP -- in keinem Fall, und vor allem nicht in der Phase des Parteaufbaus, darf die Partei ihre AUTONOMIE und damit ihren ~~RECHTSELBSTÄNDIGEN~~ aufgeben; noch das Argument, wonach die Kuomintang keine bürgerliche Partei wäre, sondern einen "Block der vier Klassen" repräsentiere, d.h. ein REVOLUTIONÄRES PARLAMENT, dem beizutreten die Pflicht der proletarischen Partei sei, um ihre Aufgabe in der bürgerlichen Revolution zu erfüllen. Wenn die Kuomintang wirklich ein solches Parlament und nicht eine POLITISCHE PARTEI gewesen wäre, warum verlangte sie dann von den Kommunisten den INDIVIDUELLEN BEITRITT und verbot ihnen als Partei ihre eigenen Ziele und ihre eigene Strategie innerhalb dieser "Versammlung" zu verteidigen? Das letzte Argument ging selbst von der Tatsache aus, daß die KUOMINTANG eine bürgerliche Partei sei: man behauptete, daß das Bündnis aus taktischen Erwägungen, im Sinne ZEITLICH BEGRENZTER ÜBEREINKOMMEN IN TEILFRAGEN mit anderen revolutionären Parteien eingegangen worden wäre, was Marx und Lenin in der nationalen bürgerlichen Revolution nicht ausgeschlossen haben. Dieses Argument von der "antimperialistischen Front" setzte sich durch. Trotzki's Verdienst war es, zu zeigen, daß DIESE ÜBEREINKOMMEN NICHTS MIT TAKTIK ZU TUN HATTEN. Er hat sie als prinzipielle Allianz, als Unterordnung der KPCh unter das bürgerliche Programm entlarvt.

Um diese These zu beweisen, genügt es, das Kommuniqué zu lesen, das nach Vorverhandlungen zwischen Russen und Chinesen von Joffe und Sun Yat-sen am 26.1.1923 unterzeichnet wurde: "Dr. Sun Yat-sen ist der Meinung, daß WEDER DIE KOMMUNISTISCHE ORGANISATION NOCH SELBST DAS SOWJETSYSTEM HEUTE IN CHINA DURCHFÜHRBAR SIND, weil die notwendigen Bedingungen für den Sieg der Festigung des Kommunismus und des Sowjetsystems nicht vorhanden sind. Diese Meinung wird von Herrn Joffe VOLLKOMMEN GETEILT, der der Auffassung ist, daß das dringendste und wichtigste Problem Chinas ist, SEINE NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT ZU ERRINGEN..."

Also negiert der bürgerliche Revolutionär Sun Yat-sen wie die russischen Menschewiki die Möglichkeit einer proletarischen Revolution in China. Der Vertreter der Republik der Sowjets "teilte" diese Meinung. Die russische Diplomatie hatte den Menschewismus in China verbreitet. Welche Position hatten eigentlich die Menschewiki? Eben, daß Rußland nicht reif wäre für den Sozialismus, was auf ökonomischer Ebene richtig war, aber falsch in Bezug auf die politische Schlußfolgerung, daß das organisierte Proletariat in der bürgerlichen Revolution nur die Rolle eines Helfershelfers spielen und höchstens solche sozialen Forderungen stellen dürfe, die darauf abzielen, die antifeudalistische Bewegung "bis zum Ende zu führen". Keine Klassenpartei kann auf diesen Prinzipien aufbauen. Trotzdem manifestierte sich die menschewistische Position, wie man weiß, sogar in der bolschewistischen Partei zwischen Februar und April 1917. Stalin war damals einer von denen, die die Einberufung der Konstituierenden Versammlung befürworteten, um der Doppelherrschaft von Bourgeoisie und Proletariat ein "demokratisches" Ende zu setzen. Die energische Klarheit Lenins war unerläßlich, um die menschewistische Parole durch die der Klassenpartei zu ersetzen: "Alle Macht den Räten!". Aber der Sieg Lenins war nur möglich dank einer LÄNGEN TRADITION DES KAMPFES GEGEN DEN MENSCHEWISMUS und dank der Fähigkeit, sich gegenüber den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien abzugrenzen, nämlich durch die revolutionäre Vorbereitung. In China wurde die proletarische Bewegung sofort unterdrückt, weil sich die KPCh seit langem der Kuomintang untergeordnet hatte.

Die Vorstellung der Kuomintang von dem Verlauf der chinesischen Revolution läßt sich in den "Drei Prinzipien des Volkes" des Dr. Sun Yat-sen zusammenfassen: Nationalismus, Demokratie und Sozialismus (4). Unter dem Prinzip "Nationalismus" verstand man den Kampf für die nationale Unabhängigkeit und Vereinigung des Landes. Unter "Demokratie" verstand Sun Yat-sen die Errichtung eines parlamentarischen bürgerlichen Regimes. Viel verschwommener war der Begriff "Sozialismus", der einfach irgendwelche "sozialen" Reformen beinhaltete. Die Kuomintang betrachtete die Realisierung jedes dieser Prinzipien als notwendige Etappe bevor die chinesische Revolution vorwärtstreiben könnte: zuerst die nationale Einheit, dann die Konstituierende Versammlung und schließlich die sozialen Reformen. Diese Taktik der Bourgeoisie zielte darauf ab, die Initiative und Führung der revolutionären Bewegung vollständig in der Hand zu haben. Trotzdem war sie unfähig, das geringste Resultat zu erzielen: Die nationale Unabhängigkeit hätte nur durch den Aufstand der Bauern erreicht werden können, und die Agrarrevolution hätte nur durch die Impulse des Proletariats wirklich radikal werden können.

Statt die FÜHRUNGSROLLE DES PROLETARIATS in der chinesischen Revolution in der Praxis zu behaupten, hat sich der "Vater der Völker", Stalin, mit den menschewistischen Thesen der "Revolution in Etappen", die später zur offiziellen Position der KI wurden, begnügt. Während der "antiimperialistischen Etappe" darf man die nationale Bourgeoisie nicht durch "übertriebene" Agrarforderungen "erschrecken". Während der "Etappe der Agrarrevolution" darf man selbst die Forderungen der Bauern, die notwendigerweise immer bürgerlich sind, nicht überschreiten. Selbst nach der Machtergreifung durch Mao-Tse-tung hat sich Moskau geweigert, die "sozialistische Etappe" anzuerkennen. Stalin betonte gern, daß die chinesische Revolution vor allem einen "antifeudalistischen" Charakter hätte und daß sie somit nicht die gleichen Ansprüche von "Aufbau des Sozialismus" wie im heiligen Rußland stellen könne. Im übrigen verweigerte die UdSSR China - wie man heute (1964) besser sehen kann - nicht den Sozialismus, dessen Sieg durch die Allianz mit der Kuomintang unmöglich geworden war, sondern ganz einfach eine schnelle kapitalistische Entwicklung.

Übrigens war das Bündnis mit der Kuomintang nicht nur für das Proletariat fatal, sondern es stellte selbst für die nationale Befreiungsbewegung ein Homnis dar. 1926, als die konterrevolutionäre Rolle Chiang-Kai-sheks offensichtlich wurde, rief die "Kommunistische Partei China" zur Einheit mit der "linken Fraktion" der Kuomintang gegen die "Rechte" auf. Im November 1926 schickte die KPCh "kommunistische Minister" in die linke Regierung von Wu-han. Diese Allianz dauerte nur solange, bis sich die KPCh durch die Unterdrückung der bäuerlichen Bewegung endgültig kompromittiert hatte. Diese Unterdrückung wurde von Mao während der Gründung der ersten "Sowjetrepublik" in Südchina angeprangert. Trotzdem kehrte Mao zu Beginn des antijapanischen Krieges zur Taktik der "antiimperialistischen Einheitsfront" zurück, zuerst gegen, dann mit Chiang Kai-shek. 1940 war der Bruch unvermeidlich, doch der "antifaschistische" Krieg versöhnte beide Parteien noch einmal. 1945 wurde eine neue Allianz durch Stalin erzwungen, der sich Mao nur durch die Machtergreifung entziehen konnte.

(4) Für eine umfassende Kritik der Bewegung Sun Yat-sens (die ebenso als vorweggenommene Kritik des Maoismus gilt) siehe Lenin "Demokratie und Volkstümler Ideologie in China, Gs. Werke, Bd. 18, S. 152 ff.

Es ist also klar, daß dieses Bündnis KPCh/Kuomintang ein großes Hindernis für die nationale Bewegung darstellen mußte. Die KPCh brach diese Allianz mehrere Male, und zwar nicht, um zum schon 1924 verlassenen Programm zurückzukehren, sondern vielmehr um die Politik der Kuomintang besser durchsetzen zu können. DIE KPCH WURDE ZUR "WAHREN" KUOMINTANG, zum "über den Klassen stehenden" Meister der Interessen des chinesischen Kapitalismus. Ende der 20er Jahre brach sie mit der Partei Chiangs, um die Bauern für nationale bürgerliche Ziele zu gewinnen, was die Kuomintang nicht geschafft hatte. Der Bruch Ende der 40er Jahre galt der Behebung der Schäden des imperialistischen Krieges und der Verwirklichung der Einheit des Landes.

DIE NIEDERLAGE DES PROLETARIATS

Eine einfache Chronologie der chinesischen Arbeiterbewegung könnte ihre schnelle Entwicklung und die plötzliche Unterdrückung in den 10 Jahren nach dem ersten Weltkrieg sichtbar werden lassen. Die Zeit war objektiv zu kurz für die Herausbildung einer kommunistischen Avantgarde, wenn man bedenkt, daß die bolschewistische Partei sich in fünf vorrevolutionären Jahrzehnten stählte. Aber man hätte erwarten können, daß die chinesische Partei unter richtiger Führung der Internationale - ohne von den objektiven Bedingungen des Klassenkampfes zu sprechen - auf die proletarische Revolution vorbereitet gewesen wäre. Das Gegenteil ist eingetreten: Die Partei wurde von der Bewegung der Massen überrollt, und die Maßnahmen der Internationale, die gerade in diesen Jahren als revolutionäre Weltpartei des Proletariats verrichtet wurde, machten sie unfähig, in diesem wichtigen Moment ihre Aufgabe zu erfüllen. Das Proletariat muß aus seinen Niederlagen die Lehren für die Revolution und deren politische Linie ziehen. Es hat HELDENHAFT und IN UNVERGELICHLICHER WEISE gekämpft, und wird trotz seines aktuellen Schweigens in dieser Erfahrung die Prinzipien seiner Klassentraktionen wiederfinden.

In der Revolution von 1911 war das chinesische Proletariat als Klasse total abwesend, und an der "BEWEGUNG DES 4. MAI 1919" nahm es nur durch einen Streik der Kulis teil. Durch diese Bewegung wollte die "nationale" Bourgeoisie ihre Unzufriedenheit über die Versailler Verträge ausdrücken, die den imperialistischen Siegern den deutschen Besitz in China aushändigten. Im Juli 1921 fand der Gründungskongreß der kommunistischen Partei statt. Als erstes verkündete man den Ausschluß der Anarchisten und gewisser bürgerlicher Vertreter, die man später an der Spitze der Kuomintang wiederfinden wird. Der Schwerpunkt lag auf den ökonomischen Kämpfen und auf der Gründung von Arbeitergewerkschaften. Von da an übernahm die Partei die Führung in einer gewissen Anzahl von Streiks, in denen sie das Recht auf Organisation forderte. Die zwei wichtigsten waren der Streik der Matrosen von Hongkong im Januar 1922 und der Streik der Eisenbahner der Strecke Peking-Hankow im Februar 1923. Der letztere wurde blutig unterdrückt und stellte einen ersten Höhepunkt des Aufschwungs der Arbeiterbewegung dar. Doch seit diesen ersten Schritten traten Divergenzen zwischen der KPCh und der Kuomintang in der Gewerkschaftsfrage auf.

"Die proletarischen und halbproletarischen Elemente" - erklärte Safarov auf dem Ersten Arbeiterkongreß des Fernen Ostens im Januar 1922 - "müssen sich unabhängig in ihren Klassengewerkschaften organisieren. Die Gewerkschaften, die man heute als direkt an die Kuomintang gebundene Gilden und ständische Organisationen bildet, können wir nicht als Klassengewerkschaften anerkennen..." Die Allianz mit der Kuomintang wird diese

Probleme, statt sie zu lösen, noch komplizierter machen.

Die "BEWEGUNG DES 30. MAI 1925" gab das Signal zu einer neuen Welle sozialer Kämpfe. Am Anfang stand ein Streik der Textilarbeiter von Tsiangtao gegen ihre englischen und japanischen Fabrikbesitzer. Nach einer Schießerei in Shanghai nahm die Bewegung das Ausmaß eines Generalstreiks von Arbeitern, Studenten und Bourgeoisie an; die letztere begann, die ausländischen Waren zu boykottieren. Der Streik dauerte von Juni bis November 1925 und ruinierte den britischen Handel genau in dem Moment, wo die englischen Bergarbeiter in der Metropole den Kampf begannen. Zu diesem Zeitpunkt wurden auch die ersten Reibungen zwischen der "antiimperialistischen" Bourgeoisie und dem chinesischen Proletariat sichtbar. Die Bourgeoisie verließ bald das Streikkomitee, das sie unterstützt hatte. Die Kuomintang war durch den Zustrom der Hongkonger Proletarier in Canton erschreckt, welche den englischen Hafen aufgegeben hatten und nun einen revolutionären Druck auf die weniger bewußten Arbeiter von Canton ausübten. Ende 1925 zeichnete sich innerhalb der Kuomintang eine Tendenz gegen die Kollaboration mit der KPCh ab.

Am 20. März 1926 wurden auf Befehl Chiang Kai-sheks die Kommunisten der Militärschule von Whapoa und Führer der "Linken" der Kuomintang verhaftet. Stalin bewahrte größtes Stillschweigen über diesen Handstreich. Das Bündnis wurde mittels der Unterstützung durch die KPCh bewahrt, um die Kampagne gegen die Militaristen im Norden zu führen und um eine ernste Bremse für die ökonomischen Forderungen in den "befreiten" Gebieten zu bilden. Bald wird das Prinzip des Regierungsschiedsspruches eingeführt, und die Streiks werden für den staatlichen Sektor verboten. Eine Resolution des EK der KPCh vom 13.12.1926 beschreibt außerordentlich gut die Situation, die sich aus dem Festhalten an dem Bündnis um jeden Preis ergibt:

"Die größte Gefahr besteht darin: daß die Bewegung der Massen sich nach links entwickelt, während die politischen und militärischen Autoritäten aus Angst vor dem raschen Anwachsen der Massenbewegung beginnen, rechte Tendenzen zu entwickeln.

Wenn die extremen Tendenzen sich in Zukunft weiter entwickeln, wird der Abgrund zwischen den Massen und der Regierung immer größer; die rote Einheitsfront wird schließlich zerstört und die Einheit der Nationalen Bewegung gefährdet.

(...) In der Praxis der Arbeiter- und Bauernkämpfe müssen wir Illusionen vermeiden (zu radikale Forderungen der Handwerker und Arbeiter, Teilnahme der Arbeiter an Streikposten im öffentlichen Dienst, Besitznahme des Bodens durch die Bauern etc.), damit wir die linken Kinderkrankheiten überwinden."

Im Frühjahr 1926 beginnt die Kampagne der nationalistischen Armeen gegen die Militärmachthaber. Im November verläßt die Regierung Canton und geht nach Wuhan; die Hauptstadt der Provinz Hupei. Die Regierung von Wuhan überläßt der KPCh drei Ministerposten, u.a. das Landwirtschafts- und Arbeitsministerium. Während dieser Zeit marschiert Chiang Kai-shek auf Shanghai, dessen Erhebung entscheidend für das Schicksal der Revolution sein wird.

Am 21. März 1927 bricht in Shanghai ein bewaffneter Aufstand aus, der den nationalistischen Truppen zuvor kommt. Die Stadt ist in der Hand der Arbeiter. Aber die KPCh weigert sich, den Kampf weiter zu führen, und übergibt die Waffen ihrer Abteilungen den Männern Chiang Kai-sheks, die den Einzug in die Stadt durch die Hinrichtung von Tausenden von Proletariern am 12.4.27 führen.

Die "Linke" der Kuomintang folgt demselben Kurs. Im Mai greift die Garnison von Chang-sha die Kommunisten an und ermordet ihre Führer. Im Juni finden bewaffnete Überfälle auf die Versammlungs-orte der Arbeitergewerkschaften statt. Am 15. Juli schließt der Politische Rat der Kuomintang alle Kommunisten aus der Partei aus; in den folgenden Tagen verhaftet und exekutiert man viele von ihnen

Schließlich entsteht die KOMMUNE VON CANTON (11.-14. Dezember). Sie entstand unter dem Ansprach der Internationale (die somit in ihrer stalinistischen Zickzacklinie auf den Verrat durch die Kuomintang in unvorbereteter Form zu reagieren versuchte), aber auch aus der Hoffnungslosigkeit und dem Haß der chinesischen Arbeiter. Sie stellte die wahren Parolen der Revolution auf und machte SOMIT ALLE TENDENZEN DER KUOMINTANG vogelfrei. Aber die Bewegung ebte ab; die objektive Situation ließ nur die endgültige Niederlage zu: Die Reihen des Proletariats waren vollkommen dezimiert, woran die Politik des Bündnisses mit der Kuomintang die Hauptschuld trug.

DIE BAUERNBEWEGUNG

Die Agrarbewegung der Jahre 1925-1928 erfuhr dasselbe Schicksal wie die Arbeiterbewegung, mit dem Unterschied, daß die Niederlage der chinesischen Bauern nicht so radikal war. Der chronische Charakter der Agrarkrise ließ kurzfristig eine neue revolutionäre Welle erwarten. Wegen der Niederlage des Proletariats bedeutete das aber, daß die Bauernschaft völlig auf die Seite der Bourgeoisie gehen würde. Seit der Gründung der Zweiten Regierung Sun Yat-sens in Canton im April 1921 kamen die Differenzen zwischen der Kuomintang und der kommunistischen Partei über die Agrarfrage ans Tageslicht. Die nationalistische Partei wollte die Nationalisierung des Bodens auf später verschieben und jetzt nur eine Herabsetzung des Pachtzinses durchführen. Damit blieb die Kuomintang ihrem Programm treu: "Sozialismus" nach der Vereinigung des Landes und nach der "demokratischen Etappe". Mit dem Beginn der "Kampagne des Nordens" verschärft sich die Situation durch Sondersteuern für die Ausrüstung der Armee, und auch durch einen offenen Kampf zwischen den konterrevolutionären Milizen (den Mintuans) und den armen Bauern. Im Laufe dieses Kampfes bildeten sich "Bauernbünde", die ersten um 1924 in Kuangtung. Sie hatten zum Ziel, die Mintuans zu bekämpfen und die von der nationalistischen Regierung versprochenen Reformen zu verwirklichen. Sie formulierten somit Forderungen, die zwar bescheiden waren, aber dennoch über den Rahmen der Regierungsmaßnahmen hinausgingen: Senkung des Pachtzinses, Abschaffung der Sondersteuern, bei Einführung einer progressiven Besteuerung des Einkommens, Selbstverwaltung auf dem Lande, Organisationsfreiheit und Bewaffnung der Bauern.

Die Kuomintang konnte diese Forderungen nicht erfüllen. Die KPCh begnügte sich damit, sie zu mässigen. Am 20. März 1926, als die Macht des "linken Flügels" der Kuomintang in Canton ihr Ende fand (5 Mitglieder der KPCh saßen im Zentralkomitee der Kuomintang), hatte die nationalistische Regierung nur drei Maßnahmen zugunsten der Bauern beschlossen; 1) Dekret über die Vernichtung des Banditentums; 2) Schaffung von Bauern-Organisationen; 3) Verteidigung gegen die Mintuans. Keine Rede von Agrarreform. Die KPCh stellte der Forderung nach Bewaffnung der Bauern die Entwaffnung der Mintuans entgegen. Als die "Bauernbünde" stark genug geworden waren und die Landverteilung selbst in die Hand nahmen, versuchte die KPCh einfach, sie in Regierungsorgane zu verwandeln anstatt

in ihrem Innern für ihre Verwandlung in wahre Bauernsowjets zu kämpfen. Erst im April 1927 befürwortete Stalin in improvisierter Form die Bewaffnung der Bauern und die Auslösung der "Agrarrevolution", aber er widersetzte sich immer der Lösung der Sowjets.

Das Resultat dieser Politik war, daß die Bauernbewegung statt sich zu entwickeln und zu einer höheren Organisationsform überzugehen, auf das traditionelle Niveau von Geheimgesellschaften mit politisch-religiösem Charakter zurückfiel und lediglich bewaffnete Aufstände gegen die Wucherer und Besitzenden, wie die von Shantung und Kiaochou im Frühjahr 1929, von Honan und Szechwan am Ende des gleichen Jahres, anzettelten. In vielen Regionen blieb die "Agrarrevolution" in dieser embryonalen Form stecken. Der "kommunistische Minister" der Regierung von Wuhan gab dies vor der Internationale zu: "Wir haben praktisch die Interessen der Arbeiter und Bauern geopfert....Die Regierung hat die Forderungen der Bauernschaft nicht angenommen, die diese im Namen verschiedener gesellschaftlicher Organisationen erhob. Wenn zwischen den Großgrundbesitzern und den armen Bauern Konflikte entstanden, so stellte sich die Regierung stets auf die Seite der ersteren". (Zitiert von Trotzki in "Die chinesische Revolution und die Thesen Stalins" - Anm.: in "Die erwürgte Revolution", Bd. 1, S. 69)

Im August 1927 fand in Hankow eine außerordentliche Konferenz der KPCh statt, um diese Politik zu verurteilen; eine neue Linie, die Mao Tse-tung später als "linksradikal" bezeichnete, wurde angenommen: sie befürwortete die Enteignung und sogar die Nationalisierung des Bodens. Im November 1927 wurde Mao selbst wegen opportunistischen Verhaltens während des "Aufstandes für die Herbsternt" kaltgestellt. Erst auf dem VI. Kongreß der Partei, der im September 1928 in Moskau stattfand, konnte sich Mao endgültig mit einer gemäßigten Taktik in der Frage der Landenteignung durchsetzen. Diese Taktik beschränkte sich auf die Enteignung der Großgrundbesitzer: "Die Zuspitzung des Kampfes gegen die Kulaken ist im jetzigen Stadium ein Fehler, weil dadurch der Hauptwiderspruch zwischen den Bauern und den Großgrundbesitzern verwischt wird." Diese Linie ging in das Agrargesetz vom November 1931 ein.

Die offizielle Geschichtsschreibung stellt Mao als einen Mann dar, dem es gelang, die Partei wieder aufzurichten und ihr eine richtige Einschätzung der Bauernbewegung zu geben. In der Agrarfrage enthielt die neue Taktik nichts, was die Lage hätte radikal ändern können, zumal man sich in einer Phase der ausgesprochenen revolutionären Ebbe befand. Was die Partei selbst betrifft: Mao war eher ihr Totengräber als ihr Retter. Gemäß seiner Schule war der Opportunismus der KPCh in der Revolution von 1927 weder der Orientierung durch die Internationale noch der menschewistischen Theorie der "Revolution in Etappen" zuzuschreiben. Man warf den ehemaligen Führern nur vor, die Massenbewegung "unterschätzt" zu haben, besonders die der Bauern. Die moskauorientierte Internationale, die mit der leninistischen Internationale nichts mehr zu tun hatte, wiederholte gegenüber der chinesischen Partei die gleichen pauschalen Anklagen, die sie 1923 gegen die deutsche Partei vorbrachte. Sie schickte dann, ihre chinesische Sektion in ein obskures Abenteuer, aus dem Mao als Sieger hervorging: die "Agrarrevolution" und die "Schaffung revolutionärer Stützpunkte", die bald die pompöse Bezeichnung "sowjetische Republiken" erhielten.

Die Agrarpolitik der KPCh hat dennoch eine Anzahl von dauerhaften Folgen gehabt, Folgen, die keine "Kursänderung" und kein Wiederaufflammen der Bauernbewegung zu verhindern vermochten.

Erstens hat der Menschewismus, mit dem man an die chinesische Revolution gegangen war, die VERBINDUNG DER BAUERNEBEWEGUNG MIT DER REVOLUTIONÄREN PROLETARISCHEN BEWEGUNG unmöglich gemacht, weil er die Losung der Sowjets und der Bauernbewaffnung ablehnte. Durch ihre Unterstützung der bürgerlichen Politik hinsichtlich der Senkung des Pachtzinses und der Landverteilung hat sich die KPCh ferner für REIN REFORMISTISCHE MASSNAHMEN ausgesprochen und somit die explosive Kraft, die auf dem Lande entstanden war, zeitweilig entschärft. Dadurch zeichnete sich der kleinbürgerliche Charakter des nächsten Aufschwungs der Bauernbewegung von vornherein ab und ihre Führung durch bürgerliche Kräfte wurde besiegelt. Schließlich bereitete sich die KPCh in der ideologischen Verwirrung, die mit der Niederlage des Proletariats einherging, auf eine Wiedergeburt vor, aber nicht als proletarische Klassenpartei, sondern als KLEINBÜRGERLICHE PARTEI DER "AGRARREVOLUTION", kurzum als CHINESISCHES ÄQUIVALENT ZUR RUSSISCHEN SOZIAL-REVOLUTIONÄREN PARTEI.

II

Wir haben die allgemeinen Merkmale der chinesischen Revolution von 1924-27 sowie die Ursachen ihres Scheiterns aufgezeigt. Die revolutionäre Bewegung der chinesischen Arbeiter und Bauern fiel mit der akutesten Phase der stalinistischen Konterrevolution zusammen und wurde somit durch die Internationale von den politischen und gesellschaftlichen Perspektiven eines asiatischen Oktobers abgelenkt und von der Unterstützung des Weltproletariats abgeschnitten.

Im entscheidenden Augenblick der Revolution, während des 16-monatigen Generalstreiks, der Hongkong und den ganzen britischen Handel im Orient lahmlegte, hat sich Moskau beeilt, dem englischen Imperialismus zur Hilfe zu kommen, indem es zusammen mit den Trade Unions die "Englisch-russischen Komitees" bildete, die den parallelen Streik des Proletariats in der Metropole sabotierten. Genauso stellte sich die bereits stalinistische Internationale in China gegen jegliche autonome Politik der kommunistischen Partei und entwaffnete die Arbeiter von Shanghai, um das Bündnis mit Chiang Kai-shek nicht zu sprengen. Dennoch bestätigte die einzige nationale bürgerliche Bewegung, wo nach der Oktoberrevolution das Proletariat massiv intervenierte, auch wenn es nicht gut organisiert war, die Perspektiven der DOPPELTEN REVOLUTION, die der zweite Kongreß der Komintern vorgezeichnet hatte. Wenn dieser Ansturm in China niedergeschlagen wurde, so lag es nur daran, daß man es abgelehnt hat, aus der Bewegung der Arbeiter und Bauern einen Kampf für die Sowjets und für die Diktatur der Klassenpartei zu entwickeln. Der Ausgang der Revolution von 1924-27 wurde also NICHT DURCH DEN KAMPF ZWISCHEN "NATIONALER" BOURGEOISIE UND IMPERIALISMUS SONDERN DURCH DEN KLASSENZUSAMMENSTOSS ZWISCHEN DER WELTBOURGEOISIE UND DEM INTERNATIONALEN PROLETARIAT ENTSCHIEDEN. Nach den wiederholten Niederlagen des europäischen Proletariats stellt die Niederlage der chinesischen Revolution den letzten Akt vor dem Sieg des "Sozialismus in einem Lande" und der stalinistischen Konterrevolution in Russland dar.

Die machistische Geschichtsschreibung sieht in der Revolution von 1924-27 einfach eine "Etappe" der nationalen bürgerlichen Bewegung, die 1949 zur Errichtung der "Volksdemokratie" führen sollte. Für uns haben diese Ereignisse eine wesentlich größere Bedeutung. Stah und Chiang Kai-shek haben in China alle An-

strengungen des Proletariats zunichte gemacht, seine Auffassung und seinen praktischen sozialen Kampf im Orient durchzusetzen. CHINA WAR DAS ERSTE VERSUCHSKANINCHEN FÜR DIE PRINZIPIEN UND TAKTIKEN DER KLASSENKOLLABORATION IN DEN NATIONAL-KOLONIALEN BEWEGUNGEN. Negation der autonomen Rolle und der spezifischen Ziele des Proletariats; "Antiimperialistisches" Bündnis mit den bürgerlichen Parteien; Übernahme der menschowistischen Theorie der Notwendigkeit einer "demokratischen Etappe": dies sind die Prinzipien, die Moskau der KPCh aufgezwungen hat, und die sich die KPCh endgültig zu eigen machte. Indem sie den Lehren des "Kommunistischen Manifestes", denen der Revolution von 1848 und 1871 in Europa, und der von den Bolschewicki im Oktober 1917 verfolgten Linie den Rücken kehrten, haben jene Positionen nicht nur das chinesische Proletariat in eine schreckliche Niederlage geführt, sondern sich auch als Bremsklotz bei allen späteren antikolonialen Revolutionen in Afrika und Asien durchgesetzt.

Nicht zufällig hat sich die KPCh, die moskautreu war, als es sich um die Unterdrückung der Klassenkämpfe eines internationalistischen Proletariats handelte, gegen die Direktiven Moskaus gestellt, als sie sich mit der Aufgabe befaßte, die nationale und Bauernbewegung zu organisieren. Das Proletariat war zwar geschlagen, man mußte aber noch eine Antwort auf die soziale Frage geben und einen politischen Rahmen für die kapitalistische Akkumulation schaffen. Es waren die dringende Notwendigkeit dieser Antwort, die Verschärfung der Gegensätze, die alle Klassen der alten Gesellschaft in Bewegung gesetzt hatten, die Mao's Partei gezwungen haben, die Rolle der "wahren Kuomintang" zu übernehmen. Sie hatte es abgelehnt, die Arbeiter zu bewaffnen, und bewaffnete sie die kleinbürgerliche Bauernschaft. Sie hatte die Aufgabe der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat negiert und unterwarf sich jetzt den zwangsläufigen Folgen davon: sie machte sich zum Verfechter und Gründer der "Volksdemokratie". Nachdem sie in China die Perspektiven des Sozialismus verurteilt, schwenkt sie heute gegen Moskau die Fahne eines "chinesischen Sozialismus". Aber gerade weil sie sich auf diesem Boden der bäuerlichen, demokratischen und nationalen Kämpfe bewegt, konnte sie auf keinen Fall zu einer proletarischen Klassenlinie zurückfinden, und noch weniger kann sie behaupten, den Kurs der Moskauer Internationale wieder zu berichtigen. Die KPCh hat ganz einfach die politischen und sozialen Folgen der proletarischen Niederlage, d.h. den Sieg der bürgerlichen "Lösung" in Tatsachen umgesetzt. In den nachfolgenden Kapiteln werden wir versuchen zu zeigen, wie dieser "Sieg" des Kapitals in der stürmischen Periode von 27-49 vorbereitet wurde.

1. DIE AGRARFRAGE: GENESES DES "CHINESISCHEN SOZIALISMUS"

Wir haben bereits auf die Interpretation hingewiesen, die die maoistische Schule für die Niederlage des Proletariats in den Jahren 1924 -27 gibt. Die grundsätzlichen Positionen, die die Internationale der KPCh aufgezwungen hatte, wurden entgegen der Forderung Trotzki's nicht in Frage gestellt. Man behauptete weiter die Notwendigkeit einer "demokratischen Etappe", in welcher das Proletariat nur für nationale bürgerliche Ziele zu kämpfen hätte. Das Bündnis mit der Kuomintang wurde nicht prinzipiell abgelehnt. Man hat den in Ungnade gefallenen Führern nur vorgeworfen, diese menschowistischen Positionen falsch durchgeführt zu haben. Anstatt zuzugeben, daß man die Inter-

essen und die autonome Aktion des Proletariats in dieser verfehlten Revolution völlig ignoriert hatte, begnügte man sich damit, die "Unterschätzung" der Bauernbewegung anzuprangern. Dabei erscheint die Figur Mao Tse-tungs.

Auf sich selbst gestellt, ihrer proletarischen Avantgarde beraubt, mußte sich die chinesische Revolution aufs Land zurückziehen. Nichts ist aber falscher als die Einbildung der KPCh, sich dort auf Klassenbasis wieder gebildet zu haben, weit von den Industriezentren, wo die Konterrevolution grassierte: die Entdeckung der "Agrarfrage" hat den Kurs der Partei nicht wiederhergestellt. Für eine Klassenpartei kann es kein Agrarprogramm geben, das nicht mit der Perspektive der Machteroberung und der proletarischen Diktatur verbunden ist. Die trotzkistische Opposition hat viele Jahre hindurch versucht, die Verbindung der Arbeiterbewegung mit den Bauernrevolten herzustellen. Sie strebte die Bildung von Bauernformationen an, nicht um Guerrilla auf dem Lande zu führen, sondern um eine Rückendeckung für die letzten Wellen der proletarischen Kämpfe der Städte zu schaffen. Leider scheiterte diese Taktik bald wegen der allgemeinen Ebbe der Bewegung. Mao Tse-tung sanktionierte dann den Klassenbruch: die Organisation und die Bewaffnung der Bauernschaft sollen lediglich das Ziel der nationalen Einheit und Unabhängigkeit haben. Die KPCh übernahm die Aufgabe, die die Kuomintang nicht zu erfüllen gewagt hatte, als das Proletariat noch eine drohende Kraft darstellte: den Aufstand der Bauernschaft gegen die "Kriegshorren" (Warlords) und gegen die imperialistische Herrschaft.

Die Kuomintang wird unter dem Mäntelchen einer "kommunistischen" Partei wiedergeboren, mit allen Widersprüchen und Halbheiten einer kleinbürgerlichen Partei bei der Lösung der sozialen Probleme der Revolution. Die Partei Maos behauptet zwar, der Meister einer "radikalen Agrarrevolution" zu sein; es sind aber ihre aufeinanderfolgenden Agrarprogramme sowie deren praktische Durchführung selbst, die die beste Widerlegung für solche Illusionen liefern. Sie wird, wie die Kuomintang, vor den "Übertreibungen" der Bauern zittern und sie notfalls unterdrücken. Von 1937 bis zum Ende des Weltkrieges wird die KPCh die unbedeutendsten Reformen zugunsten einer nationalen anti-japanischen Front und eines erneuten Bündnisses mit der Kuomintang opfern. Last but not least wird sie unter der Bauernschaft die schemenhafte Vorstellung verbreiten, daß die Lösung der Agrarfrage auf nationaler und bürgerlicher Ebene durch eine "gerechte Verteilung" des Bodens als Grundlage für eine spätere Kollektivierung zu erreichen sei. Die Bauern zum Aufstand aufzurufen, um die bürgerliche Revolution durchzuführen, und die Agrarrevolution auf einfache bürgerliche Reformen zu beschränken: dies waren die offen angestrebten Ziele der KPCh während der Periode der Vorbereitung der "Volksdemokratie".

DIE CHINESISCHE AGRARFRAGE: ZAHLEN UND TATSACHEN

Wie stellte sich in China die Agrarfrage? Welche Möglichkeiten bestanden für eine bürgerliche Lösung? Welches waren die verschiedenen Programme der "demokratischen" Parteien Kuomintang und KPCh? Das müssen wir berücksichtigen, um die Schwierigkeiten und Mißerfolge einer "Agrarrevolution" zu verstehen, der die kommunistischen und internationalistischen Perspektiven des chinesischen Proletariats fehlten.

Die maoistische Schule betonte den "antifeudalen" Charakter der chinesischen Revolution, um somit die Landverteilung als notwendige und ausreichende Maßnahme für die Umwälzung der sozia-

len Verhältnisse auf dem Lande darzustellen. Welches aber war das Gewicht des feudalen Eigentums in China am Anfang unseres Jahrhunderts? Verglichen mit dem Grundbesitz der Krone und der Kirche in Russland war der Besitz des Staates und der Tempel in China sehr gering. Für Russland von 1905 gibt uns Lenin folgende Angaben (in Mio Desjatinen; 1 D = 1,092 ha):

Privateigentum	101,5
Bauernanteilland	138,8
Ländereien der Krone und der Kirche	154,7

Sicher muß man von der letzten Zahl die unfruchtbaren Flächen des äußersten Nordens abziehen, die aber lt. Lenin nicht mehr als 39,5 Mio. Desjatinen ausmachen. Die Zahl bleibt dennoch sehr hoch im Vergleich zu China, wofür wir folgende Prozentzahlen haben:

Zeit	Staats- u. Tempelbesitz	Privateigentum
Ende des XVI. Jahrhunderts	50,0	50,0
1877	18,8	81,2
1929-1933	6,7	93,3

Quelle: "Histoire du développement économique de la Chine, 1840-1948," Peking, 1958 (Tabelle Nr. 172)

Dieser Unterschied spiegelt eine noch größere Zersetzung der Staatsgüter durch die Mandarine und die Kompralorenbourgeoisie in China wieder, sowie eine bemerkenswerte Schwächung der Zentralgewalt während der ersten Perioden der kapitalistischen Akkumulation, die gemeinsam vom europäischen Imperialismus und den Dorfwohnerern durchgeführt wurde. In China konnten daher die landlosen Bauern ihre Rettung nicht ernsthaft von einer Verteilung der "feudalen" Ländereien erwarten. Ebensowenig konnte die Bourgeoisie, wie in Russland, die Speerspitze der Bauernrevolution auf diesen nicht vorhandenen agrarischen Reservefonds ablenken.

Im übrigen erwartete die Bourgeoisie von der Revolution keinen freien Zugang zum Landbesitz. Wir haben bereits erwähnt, daß im alten China der Handel mit Grund und Boden erlaubt war, und daß die Bourgeoisie sich das Monopol dieses Handels schon längst gesichert hatte. In einem Lande, wo weniger als ein Zehntel der gesamten Fläche bebaut war, wo die Knappheit des Bodens in den fruchtbaren Gebieten intensiver Landwirtschaft einen schrecklichen Druck ausübte, war die Pachtwirtschaft die vorherrschende Form des bäuerlichen Eigentums. Die Ausmaße, die diese Form seit Anfang dieses Jahrhunderts nahm, stellte einen Faktor der chronischen Krise in der Landwirtschaft dar. Folgende Zahlen verdeutlichen den Enteignungsprozeß auf dem Lande:

Jahr	Besitzer %	Teilpächter %	Pächter %
1912	49	23	28
1931	46	23	31
1936	46	24	30
1947	42	25	33

Quelle: ebd. Tabelle 174

Diese besonders in den Flußbecken Zentral- und Südchinas schwierige Situation erklärt die Formen, die die Ausbeutung der Bauernschaft in diesen Gebieten angenommen hatte. Naturalrente und sogar Fronarbeit stellen manchmal bis 70% der Ernte dar. Man muß aber darauf hinweisen, daß diese Rente nicht einer feudalen Klasse, sondern der Bourgeoisie selbst zugute kommt, die sich von den "Investitionen" in der Landwirtschaft mehr Profit als in der Industrie verspricht und in Zusammenarbeit mit der Gentry, der lokalen Bürokratie, für die Erhaltung des Status quo auf dem Lande bei-

trägt. Ein großer Teil der chinesischen Bourgeoisie lebte vom Rückstand der Industrialisierung und von der Zerstückelung des Grundbesitzes, den sie sich eingeheimstert hatte und in kleine Parzellen verpachtete.

Die "linke" Regierung von Wuhan veröffentlichte die Ergebnisse einer Agrarkommission, die die Lage in Mittel- und Südchina 1927 untersuchte. Diese statistischen Daten bringen die Verschärfung dieses Kampfes um den Grund und Boden ans Tageslicht:

Fläche der Höfe in Mu (15 Mu = 1 ha)	Anzahl der Höfe %	Landbevölkerung %	Saatfläche fläche %
1 - 10	44	20	6
10 - 30	24	12	13
30 - 50	16	7	17
50 - 100	11	4	21
100 und mehr	5	2	43
Total	100	45	100

Quelle: Bericht der Agrarkommission der Wuhan-Regierung vor dem ZK der Kuomintang, zit. nach A.V. Bakulin "Zapiski ob uchanskom periode kitaiskoj revoljucii", Moskau 1930.

Diese Tabelle zeigt also, daß 55% der Landbevölkerung aus landlosen Bauern besteht, die gezwungen sind, elende Parzellen bei denen zu pachten, die mehr als 50 Mu besitzen und über 80% der Saatfläche verfügen. In seiner Rede vor der beratenden Konferenz des chinesischen Volkes von März 1950 zitierte Liu Shao-chi ähnliche Zahlen: "Die Großgrundbesitzer und die reichen Bauern, die weniger als 10% der Landbevölkerung darstellen, besaßen vor dem antijapanischen Krieg etwa 70-80% des Bodens, was ihnen erlaubte, die Bauern brutal auszubeuten. Die armen Bauern, die Landarbeiter und die Mittelbauern, die 90% der Landbevölkerung darstellten, verfügten insgesamt über 20-30% des Bodens."

Diese Tabellen sagen jedoch nichts aus, wenn man die extreme Zerstückelung des Grundbesitzes und die Winzigkeit der Parzellen außer Acht läßt. 1946 gab das Ministerium für Landwirtschaft folgende Zahlen für Gesamtchina bekannt: 94 Mio. Hektar wurden von 329 Mio. Bauern auf 63,2 Mio. Höfen bebaut, was einer bebauten Fläche von 0,28 Hektar pro Kopf oder 2,48 ha ^{pro Hof} entsprach. Noch charakteristischer sind die Hinweise des "China Handbook 1937-43" für das Jahr 1934. Wir finden dort Zahlen über die Größe der Höfe im Süden (14 Reisanbauprovinzen) und im Norden (12 Weizenanbauprovinzen), mit einem auf der Basis von 22 Provinzen errechneten Gesamtdurchschnitt:

Fläche in Mu	1-5	6-10	11-15	16-20	21-30	31-40	41-50	51-100	>100
Höfe	27,7	23,8	17,6	13,4	10,0	6,1		3,4	
%	Norden 27,1	27,1	21,5	16,8	13,1	10,0	7,2	4,3	
Nation.		35,8	25,2	14,2	16,5		8,3		
Durchschn.									

Quelle: "China Handbook 1937-43", S. 609, The size of farm area in China 1934

Der Unterschied zwischen Norden und Süden, der sich durch eine größere Zerstückelung und demzufolge eine größere Schärfe des Agrarproblems in den Reisanbeugebieten kennzeichnet, illustriert die an Bauernrevolten reichere Geschichte des Südens. Wir möchten hier darauf hinweisen, daß der "Lange Marsch" der Truppen

von Mao und Chu Te nach dem Norden weit davon entfernt war, ein siegreiches Epos der Agrarrevolution zu sein: er war im Gegenteil eine Flucht vor ihr, vor ihrem Fehlschlag. Im Süden, im Kampf gegen die nationalistische Regierung von Canton und später von Wuhan, hätte die KPCh die aufständischen Bauernmassen für die Revolution gewinnen müssen. Nach der Niederlage des Proletariats und der Bauernbewegung in Hunan und Kiangsi hat der Marsch nach Norden nicht dazu beigetragen, die Agrarfrage wieder zum Aufblühen zu bringen, sondern erlaubte im Gegenteil der KPCh, ihr auszuweichen, um ein neues Bündnis mit der Kuomintang zu schließen, um den chinesisch-japanischen Krieg zu führen.

ZWEI TYPEN VON BÜRGERLICHER ENTWICKLUNG

Wie die Kuomintang hat auch die KPCh in der aufständischen Bauernschaft lediglich das Instrument für die Vereinigung des Landes und für die Erlangung der politischen Herrschaft des Kapitals gesehen. Deshalb zögerte sie nicht davor, die Interessen der Bauernbewegung in verschiedenen Situationen zu opfern, wie z.B. im Feldzug gegen die Militaristen des Nordens und im Krieg gegen Japan. Ganz anders waren die Bestrebungen des Klassenkampfes. Für das Proletariat der großen Industriezentren Chinas ging es darum, ob die chinesische Revolution ihm zur Macht verhelfen würde, um somit die Verkürzung der Leiden der kapitalistischen Akkumulation mit Hilfe des westlichen Proletariats zu ermöglichen. Für die Bauernschaft ging es darum, alle Hindernisse auf dem Wege der kapitalistischen Entwicklung wegzufegen. Ohne die politischen Perspektiven der Diktatur des Proletariats konnte die "Agrarrevolution" nur noch bestimmen, welche Form die Akkumulation des Kapitals im bürgerlichen China annehmen würde. Sollte es der Bauernschaft gelingen, in ihrem Kampf um das Land die Nabelschnur zu zerreißen, die den nationalen Kapitalismus an den Wucher, den Mandarin, den Komprador und den ausländischen Imperialismus band, dann würde die Entwicklung des jungen chinesischen Kapitalismus mächtig und rapide vonstatten gehen. Sollte dieser Bruch im Gegenteil weniger radikal sein, dann würde China für eine lange Periode eine Kolonie oder zumindest ein rückständiges Land bleiben. Man muß daher, wie Lenin es für Russland tat, zwischen dem REFORMISTISCHEN UND DEM REVOLUTIONÄREN WEG der kapitalistischen Entwicklung unterscheiden, um feststellen zu können, welcher von beiden sich letzten Endes durchgesetzt hat.

Im zaristischen Russland war das Ziel der Bauernbewegung die Abschaffung des Großgrundbesitzes und des feudalen Eigentums. Dabin führte die Entwicklung der Marktwirtschaft und des Kapitalismus. Unter diesen Verhältnissen, sagte Lenin, kann die "Agrarrevolution" einen einzigen Weg öffnen, DEN KAPITALISTISCHEN WEG. Und die Bolschewicki mußten diese Tatsache mehrmals gegen den kleinbürgerlichen "Sozialismus" der Volkstümelerbetonen, die in den Bauern Fahnenträger des Kommunismus und in ihren egalitären Forderungen eine "antikapitalistische" Tendenz erblickten. Diese unausweichliche bürgerliche Entwicklung konnte in zwei verschiedenen Formen vor sich gehen: entweder durch die Umwandlung des feudalen Eigentums (eingeleitet 1861 und durch die Reformen Stolypins weitergeführt) oder durch seine revolutionäre Zerstörung. Die Bolschewicki haben sich jedoch nicht darauf beschränkt, die letzte Methode zu vertreten, sie haben auch der Vorstellung der egalitären Landverteilung die Parole der Nationalisierung des Bodens entgegeng gehalten, die den demokratischen Forderungen der Bauern den radikalsten Inhalt gab.

Das Fehlen großer Latifundien, die Bedeutung der Pachtwirtschaft und die Zerstückelung des Landeigentums machten in China die kleinbürgerliche Landverteilung und die Pachtsenkung zu reformistischen Maßnahmen par excellence, und die Nationalisierung des Bodens - die Übertragung der Grundrente an den Staat - zur einzigen revolutionären, von den ökonomisch-sozialen Bedingungen diktierten Maßnahme. 1928 gab die KPCh auf ihrem VI. Kongreß zu, daß es "unmöglich ist, die Agrarfrage auf dem reformistischen bürgerlichen Weg durch kleine Konzessionen an die reichen Bauern und Pächter zu lösen, da das kleine Landeigentum vorherrschend ist, das nicht einmal eine Senkung des Pachtzinses ertragen kann, dies auch wegen des Mangels eines Agrarfonds, mit dem man operieren könnte." Die Überführung der Grundrente an den Staat war daher nicht nur der einzige revolutionäre Weg; sie stellte auch den einzigen Ausgang aus der Agrarkrise dar. Die Geschichte hatte dem zentralen Staat eine entscheidende Rolle bei der Wasserregulierung zugewiesen, die für die chinesische Landwirtschaft unentbehrlich ist. Aber die beschränkten Interessen des Privateigentums (und vor allem des Imperialismus) hatten zur Aufgabe dieser gigantischen Arbeiten geführt und somit einen schmerzhaften Zyklus von sogenannten "natürlichen" Kalamitäten und Hungersnöten verursacht. Von diesem Standpunkt aus war China also auch viel besser als Russland auf eine leistungsfähige Konzentration des Bodens in den Händen des Staates vorbereitet.

Deswegen haben auch im Gegensatz zu Russland die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien die Notwendigkeit einer Nationalisierung des Bodens in China anerkannt. Dennoch hat keine dieser Parteien ihre Lösung in die Tat umgesetzt, die KPCh ebensowenig wie die Kuomintang. Diese Haltung entspricht genau der Haltung der bürgerlichen Parteien, die die Bolschewicki im Laufe der russischen Revolution wiederholt entlarvt haben.

In einem Artikel, den man für die Kritik der Theorien Sun Yat-sens (und Maos) unbedingt berücksichtigen muß (5), kommentierte Lenin die Auffassungen Sun Yat-sens über die Agrarfrage und zeigte, daß wenn man den Wertzuwachs des Bodens zum Volkseigentum machen will, dies nur bedeuten kann, daß man die Rente, d.h. das Eigentum von Grund und Boden in die Hände des Staates überführen, mit anderen Worten den Boden nationalisieren muß.

Im Geiste des revolutionären Bourgeois sollte dieses Nationalisierungsprojekt das chinesische flache Land auf die ausländischen Kapitalinvestitionen vorbereiten. Es war Bestandteil eines Planes für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, die China nach dem ersten Weltkrieg in eine Industriemacht verwandeln sollte. In seinem Werk "Memoiren eines chinesischen Revolutionäres" schrieb Sun: "Ich schlage einen Plan für die Organisierung eines neuen Marktes in China vor, eines Marktes, der, wenn er breit genug ist, die chinesischen Produktivkräfte entwickeln und die industriellen Möglichkeiten der ausländischen Mächte aufnehmen wird". Und er legt dann ein riesiges Programm für die Bewässerung des Untergrunds und die Entwicklung der Verkehrswege dar! Sun Yat-sen verpflichtet sich somit der Perspektive eines harmonischen und rationellen Fortschrittes des Weltkapitalismus, was die Geschichte widerlegt hat. In der Tat hat der Imperialismus dem bürgerlichen China alle Wege versperrt.

(5) "Demokratie und Volkstümlerideologie in China", Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 18, S. 152 ff.

Andererseits war die Kuomintang - die Partei, die Sun Yat-sen begründet hatte, um diese Ziele zu erreichen - sowie deren Erbe, die Partei Mao Tse-tungs, unfähig, der chinesischen Revolution das Programm einer radikalen Umwälzung der alten Agrarstrukturen zu geben.

Dies tritt bei der Frage der Nationalisierung des Bodens deutlich hervor. Bereits 1922, auf dem ersten Kongreß der Werktätigen des Fernostens, hat der Vertreter der bolschewistischen Partei die zögernde Haltung der Cantoner Regierung von Sun Yat-sen anprangern und die Notwendigkeit eines unabhängigen Kampfes der chinesischen Kommunisten auf dem Lande betonen müssen. "Der Delegierte der Kuomintang erklärte", sagt Safarow, "daß die Regierung des Südens die Nationalisierung des Bodens vor Augen hatte, dieses Projekt aber nicht durchführen konnte, lediglich weil diese revolutionäre Maßnahme Einheitlichkeit voraussetzt und in der ganzen chinesischen Republik durchgeführt werden muß. Nach der Kuomintang ist es also zunächst notwendig, das ganze chinesische Territorium von den Imperialisten und Lokalherren zu säubern und die Demokratie in China zu errichten. Das ist keine richtige Form, die Frage zu stellen...Für die Bauern Südchinas ist die Nationalisierung des Bodens keine Frage, die von oben durch Verwaltungsmaßnahmen geklärt werden kann. Für sie handelt es sich um eine Lebensnotwendigkeit. Wir müssen also diese revolutionäre Maßnahme selbst in einem kleinen Teil des Landes verwirklichen, um den chinesischen Bauern, die in den vom Feind besetzten Gebieten leben, zu zeigen, daß es den Bauern dort, wo das demokratische Regime errichtet wurde, tausendmal besser geht. Ohne dies klar zu verstehen, ohne ein richtiges Verhalten in der Agrarfrage, ist es unmöglich, die Massen im Kampf auf unsere Seite zu bringen".

Es war die bürgerliche Strategie der "Revolution in Etappen", die die ganze Bauernbewegung zur Ohnmacht und zur Konterrevolution verurteilte. Diese Strategie stellte sich Sun Yat-sen so vor: zuerst Unabhängigkeit und Vereinigung des Landes; dann die Errichtung einer demokratischen Macht; schließlich die "sozialen Reformen". Die KPCh hat 1924 ihrerseits diese strategische Linie eingeschlagen und mußte deshalb dasselbe Schicksal wie die Kuomintang haben. Auch sie verpflichtete sich in Worten dem Programm der Nationalisierung und ergriff in der Praxis lediglich reformistische Maßnahmen. Die Thesen, die vom ZK der KPCh auf ihrer Konferenz vom August 1927 verabschiedet wurden und die eine "Wende nach Links" darstellten, erklärten im wesentlichen: "Obwohl die KPCh anerkennt, daß die Forderung nach der Nationalisierung des Bodens im Mittelpunkt des Agrarprogramms des Proletariats stehen muß, ist es heute notwendig, unsere Agrarpolitik zu differenzieren und den jeweiligen ökonomischen und politischen Besonderheiten anzupassen". Diese "Anpassung" hatte nur das Ziel, in den von der nationalistischen Armee befreiten Gebieten die reformistischen "konkreten" Maßnahmen gelten zu lassen, um die "Einheitsfront" mit der Kuomintang nicht zu gefährden. Die Konferenz vom August empfahl unter anderem folgende solcher Maßnahmen: Pachtsenkung, Einführung einer Einheitssteuer, Einschränkung der Enteignung auf die Tempel und die "Reaktionären", eine Politik des Agrarkredits usw.

Sogar in der Agrarfrage erscheint also die KPCh als Testamentsvollstrecker der Kuomintang.

DIE AGRARPOLITIK DER KPCH VON 1927 BIS 1945

Man unterscheidet im allgemeinen zwei gut abgegrenzte Perioden in der politischen und sozialen Geschichte Chinas zwischen der Niederlage des Proletariats von Canton und dem Abschluß des chinesisch-japanischen Krieges bzw. dem Sieg der "Volksdemokratie":

- Zwischen 1927 und 1937 liegt diese sogenannte Periode der "Republiken der Sowjets", vom Oktober 1934 bis zum Oktober 1935 vom "Langen Marsch" unterbrochen, der die Kämpfe von Südchina zum Norden (Schensi) verlagert, wo ein Waffenstillstand zwischen KPCh und Kuomintang stattfindet;

- Nach 1937: unter den Bedingungen des chinesisch-japanischen Krieges löst die KPCh ihre eigene Regierung auf, ergreift die nationale Verteidigung und unterzeichnet ein Zusammenarbeitsabkommen mit der Kuomintang; diese Zusammenarbeit wird bis zum Ende des Krieges 1945 dauern.

Die offizielle Geschichtsschreibung unterscheidet auch zwischen zwei Phasen in der Agrarpolitik der KPCh während dieser ganzen Periode. 1937 ging man von der Beschlagnahme von Land auf eine Politik der einfachen Pachtsenkung und "Hilfe" für die Bauern über. Wie wir bereits gesehen haben, waren beide in der Praxis zwei verschiedene Varianten derselben reformistischen Politik. Die zweite zeigt jedoch den DÜRGERLICH-NATIONALEN CHARAKTER DER GANZEN AGRARPOLITIK DER KPCH noch offensichtlicher. In seinem Nachwort zur 1941er Auflage von "Untersuchung der Verhältnisse im Dorf" beschrieb Mao-Tse-tung mit folgenden Worten die Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Politiken: "Die Erfahrungen aus der Periode des zehnjährigen Bürgerkrieges geben uns die besten und nächstliegenden Hinweise für die gegenwärtige Periode des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression. Das gilt jedoch nur dort, wo es sich darum handelt, wie wir uns mit den Massen verbinden, wie wir sie gegen den Feind mobilisieren, nicht aber dort, wo es um taktische Linien geht. Die taktische Linie der Partei ist jetzt eine prinzipiell andere als sie in der Vergangenheit war. Damals war sie gegen die Grundherren und die konterrevolutionäre Bourgeoisie gerichtet; heute richtet sie sich auf ein Bündnis mit jenen Grundherren und Angehörigen der Bourgeoisie, die nicht gegen den Widerstandskrieg eingestellt sind". (Ausg. Werke, Bd. 3, S. 10)

Was bedeutet das? Daß die KPCh die "Agrarrevolution" in den Dienst der nationalen Verteidigung gestellt hat; daß sie den Grundherren, der antijapanischen Bourgeoisie und der Kriegstrategie des Weltimperialismus ihre Bindung zu den Massen, ihre Mobilisierung der Bauernschaft auf einem goldenen Tablett dargebracht hat.

ENTEIGNUNG UND VERTEILUNG (1927-37)

Mit dem Bluff der "Republiken der Sowjets" im Vordergrund war das klar erkennbare Ergebnis dieser Periode, den Sieg der "rechttesten" Agrarpolitik, in diesem Fall der von Mao Tse-tung, vorzubereiten. Diese Entwicklung wird durch drei "Etappen" gekennzeichnet:

- anläßlich des "Aufstandes der Herbsternter" und in den Bergen von Tsingking, befürwortete Mao eine Beschränkung der Landenteignung auf die Großgrundbesitzer; die reichen Bauern sollten geschont bleiben und die Verteilung der Landparzellen auf der Grundlage eines gleichen Rechtes für alle erfolgen. Die Politik brachte ihm die strengste Kritik der Parteiführung. Es ist bekannt, daß Mao deswegen im November 1927 von seinem Posten im

- Im November 1931 verabschiedete der I. Allchinesische Rätekongreß in Jui-chin, der Hauptstadt der ersten "sowjetischen" Republik Chinas, ein Agrargesetz, das bei weitem das "radikalste" in der Geschichte der KPCh bleiben sollte: Enteignung aller Ländereien der Großgrundbesitzer, die kein Recht auf eine Parzelle haben sollten (Art. 1); Enteignung des Landes der reichen Bauern, die nur eine weniger fruchtbare Parzelle erhalten werden, die sie **selbst bebauen müssen (Art. 3); die Verteilung wird strikt egalitär sein und nicht, wie die reichen Bauern fordern; entsprechend den Produktionsmitteln**" (Art. 7); die Landarbeiter erhalten auch eine Parzelle und werden nicht in Sowchosen (staatliche Genossenschaften) zusammengeschlossen; das Gesetz verkündet schließlich die absolute Freiheit, die erhaltenen Parzellen zu verpachten, verkaufen und vererben.

- Dieses Agrargesetz kritisierte Mao Tse-tung später, als er Präsident der Republik von Jui-chin war: es wäre erforderlich, daß auch die Großgrundbesitzer eine Parzelle und daß die reichen Bauern gute Erde bekommen. Um die "Überschreitungen" zu unterdrücken, verfaßte er im Oktober 1933 ein Dokument über die Klassenverhältnisse im Dorf und setzte seine Auffassungen auf der Konferenz von Tsun-i vom Januar 1935 durch. (6)

In dieser Weise ist die Politik der Enteignung und Verteilung am Ende dieser Periode zu einer bloßen Politik der Pachtbeschränkung geworden, was im Einklang mit der Entwicklung der KPCh stand.

DIE SENKUNG DER PACHTZINSEN (1937-45)

Am 22. September 1937 gab die KPCh feierlich bekannt, daß sie auf die Politik des Sturzes der Kuomintang und der Landenteignung verzichte, um die "Einheitsfront" gegen Japan zu erleichtern. Mao-Tse-tung wird später präzisieren, welche "Agrarpolitik" die KPCh damals zu verfolgen anfang:

"In der Bodenpolitik wird eine Doppelpolitik verfolgt, die darauf gerichtet ist, einerseits von den Grundherren die Senkung der Pacht- und Darlehenszinsen zu verlangen, andererseits die Bauern zu verpflichten, die refuzierten Zahlungen zu entrichten". (Ausg. Werke Bd. III, S. 11). Das Wesen dieser Politik lag in einer Herabsetzung der Pachtzinsen auf höchstens 37,5% und in einer Höchstgrenze für die Darlehenszinsen von ca. 10-15%. Im übrigen waren diese Maßnahmen, die die KPCh in den befreiten Gebieten durchführte, bereits im Strafgesetzbuch der Regierung Chiang Kai-sheks enthalten. Am 30. Januar 1930 hatte die Kuomintang ein "Agrargesetz" erlassen, das einen Pachtzins von über 37,5% des Hofertrages verbot. Darals hatte die KPCh dieses Gesetz heftig kritisiert. 1937 übernahm sie es aber auf ihre eigene Rechnung und wurde sogar zu dessen Garant, da die Kuomintangja nie fertiggebracht hatte, es in die Tat umzusetzen.

(6) Auf der Konferenz von Tsun-i während des "Langen Marsches" erlangte Mao de facto die Vorherrschaft in der KPCh. Wang Ming, der damalige Führer der KPCh und Fraktionschef der moskauorientierten "28 Bolschewiki" oder der "Internationalen Fraktion", weilte in Moskau. Mao errang den Sieg nur deswegen, weil er die Generäle in die Tagung brachte. Zehn Jahre dauerte der Machtkampf bis "Mao Tse-tungs Gedanken" auf dem 7. Parteitag im April 1945 offiziell als Leitlinie für alle Parteiarbeit angenommen wurden.

So kam die Partei der "Agrarrevolution" dazu, im Namen des bedrohten Vaterlandes die "Feudalen" zu verteidigen. Am 28. Januar 1942 drückte sich ein Beschluß des Zentralkomitees der KPCh über die einzuschlagende Linie so aus: "Die Politik der Partei besteht darin, den Bauern durch die Milderung der feudalen Ausbeutung zu helfen, ohne diese jedoch vollständig abzuschaffen. Wir müssen die bürgerlichen Freiheiten, die Eigentumsrechte, die politischen und wirtschaftlichen Freiheiten der Besitzer sicherstellen, um ihre ganze Klasse für unseren Kampf gegen die Japaner zu gewinnen. Nur die absolut unverbesserlichen und unbußfertigen Verräter werden von der Politik der Abschaffung des feudalen Eigentums getroffen".

Genauso, wie sie in der Revolution von 1924-27 die POLITISCHEN INTERESSEN DES PROLETARIATS geopfert hatte, opferte die KPCh in der Inkubationsperiode der "Volksdemokratie" die SOZIALEN INTERESSEN DER BAUERNSCHAFT. Während sie aber in der revolutionären Periode der 20er Jahre vor den Augen des Proletariats keine Gemeinsamkeit der Endziele mit der Kuomintang offenbart hatte, ^{war} sie jetzt dabei, die Rolle der "wahren Kuomintang" zu spielen. In der Broschüre von 1945 "Über die Koalitionsregierung" rühmt sich Mao Tse-tung, als einziger die Pachtsenkungspolitik der Kuomintang angewendet zu haben und fügt im Hinblick auf die Zukunft hinzu: "Wenn keine besonderen Hindernisse auftauchen, sind wir bereit, diese Politik auch in der Nachkriegsperiode fortzusetzen. Wir werden zunächst die Herabsetzung von Pacht- und Darlehenszinsen im ganzen Lande durchführen und später durch geeignete Maßnahmen schrittweise erreichen, daß jeder Pflüger sein Feld erhält". (Ausg. Werke, Bd. 3, S. 292).

Die "Hindernisse" werden aber nicht fehlen, so daß diese Politik schließlich nur in...Formosa, mit "Hilfe" des amerikanischen Imperialismus durchgeführt werden wird - 1949 kehrt Chiang Kai-shek zu seinem Pachtgesetz von 1930 zurück; 1955 wird erlassen, daß kein Bauer mehr als 3 Hektar Reisanbaufläche besitzen darf; der Rest wurde vom Staat aufgekauft, um dann den Landarbeitern verkauft zu werden, so daß in zwei Jahren 470.000 Familien des Satelliten des US-Imperialismus zu Parzellenbesitzern wurden; man behauptet, die Halbpächter sind auf der Insel des chinesischen Honkers verschwunden...

Auf Kontinental-China gab es ganz andere Schwierigkeiten. Wenn Mao jedoch einem anderen Weg gefolgt ist, so geschah das trotz seiner Vorstellungen und unter dem Druck der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze der Nachkriegszeit. Die eingeschlagene Richtung war dennoch nicht weniger reformistisch und bürgerlich.

DIE ZWEI KLASSISCHEN PHASEN DER KAPITALISTISCHEN ENTWICKLUNG IN DER LANDWIRTSCHAFT

Während die KPCh in der Revolution von 1924-27 die menschewistische Theorie einer "demokratischen Etappe" für die proletarische Bewegung vertrat, wird sie aus der Erfahrung der "Agrarrevolution" soziale Konsequenzen ziehen, die auf derselben menschewistischen Linie liegen und die Bauernbewegung in der bürgerlich-reformistischen Fortschrittspolitik gefangenhalten: ZUNÄCHST LANDVERTEILUNG (ODER SENKUNG DES PACHTZINSES) UND ERST DANN KOOPERATION. Es handelt sich dabei um die zwei klassischen und aufeinanderfolgenden Phasen, die jede kapitalistische Landwirtschaft durchläuft. Die erste ist die der Vernichtung der alten Verhältnisse und der Errichtung von bürgerlichen Verhältnissen (Verkauf der "Staatsländereien", Verteilung usw.). Die zweite Phase stellt einen langen Prozeß der Enteignung des Klein-

bauers und der Konzentration dar, der auf einen breiteren Einsatz von Technik und Kapital in der Landwirtschaft hinführt. Das Tempo dieser Entwicklung hängt unter anderem davon ab, wie durchgreifend die Umwälzung der vorkapitalistischen Agrarverhältnisse durch die bürgerliche Revolution gewesen ist. Deshalb befürwortet die proletarische Partei die radikalsten demokratischen Lösungen in der bürgerlichen Revolution. Dadurch manifestiert sie keine naive Vorliebe für die stürmische kapitalistische Entwicklung dieses oder jenes Staates, SONDERN ZIELT AUF DIE POLITISCHEN UND SOZIALEN FOLGEN DIESER ENTWICKLUNG AB: die Existenz von anderen entwickelten kapitalistischen Ländern, die Stufe der Organisation des Weltproletariats, erlauben ihr, diesen Sprung nicht nur vorauszusagen, sondern machen ihr auch zur Pflicht, ihn zu versuchen.

In der "Ansprache der Zentralbehörde an den Bund" von März 1850 definierte Marx mit folgenden Worten die Perspektiven des Proletariats in der Agrarfrage:

"Der erste Punkt, bei dem die bürgerlichen Demokraten mit den Arbeitern in Konflikt kommen werden, wird die Aufhebung des Feudalismus sein; wie in der ersten französischen Revolution werden die Kleinbürger die feudalen Ländereien den Bauern als freies Eigentum geben, das heißt, das Landproletariat bestehen lassen und eine kleinbürgerliche Bauernklasse bilden wollen, die denselben Kreislauf der Verarmung und Verschuldung durchmacht, worin jetzt der französische Bauer noch begriffen ist.

Die Arbeiter müssen diesem Plane im Interesse des Landproletariats und in ihrem eigenen Interesse entgegentreten. Sie müssen verlangen, daß das konfiszierte Feudaleigentum Staatsgut bleibt und zu Arbeiterkolonien verwandelt wird, die das assoziierte Landproletariat mit allen Vorteilen des großen Ackerbaus bearbeitet und wodurch das Prinzip des gemeinsamen Eigentums sogleich eine feste Grundlage mitten in den wankenden bürgerlichen Eigentumsverhältnissen erlangt." (MEW, Bd. 7)

Was bedeutet das? Eben daß mit der Zerschlagung des Feudalismus die Interessen des Proletariats in offenem Gegensatz zu denen der Bourgeoisie stehen; daß die kommunistische Partei in der Revolution die Erschütterung aller Eigentumsverhältnisse verfolgen und dem bürgerlichen Plan entgegentreten soll, der erst am Ende des Proletarisierungsprozesses der Kleinbauern und der Verwandlung aller Arbeit in Lohnarbeit zur Konzentration des Eigentums und Sozialisierung des Produkts führt. Der Lösung "Permanente Revolution" entspricht also für Marx eine Aktionslinie, die darauf abzielt, die "Etappe" der kapitalistischen Akkumulation und deren zwei Phasen auf dem Lande (nämlich Einführung des kleinbürgerlichen Eigentums und später dessen Abschaffung durch Expropriation bzw. Kooperativ) möglichst abzukürzen. Auf dieser Linie stand die bolschewistische Agrarpolitik nach der Oktoberrevolution, die alle IM INTERESSE DER PROLETARIATS gemachten Konzessionen an die Bauernschaft eben in der Perspektive machte, durch das Ineinandergreifen einer raschen Konzentration der Produktivkräfte in Russland mit dem proletarischen Sieg in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Grundlagen für die Einführung der sozialistischen Wirtschaft in Russland zu schaffen (siehe diesbezüglich unsere Broschüre "Revolution und Konterrevolution in Russland").

Die Kritik, die wir in der Folge an der chinesischen Kollektivierung und an den "Volkskommunen" machen werden, geht demzufolge nicht von der einfachen Betrachtung der angewandten Metho-

den und der erzielten Resultate aus. Diese Genossenschaften haben mit den "Arbeiterkolonien", von denen Marx sprach, genauso wenig zu tun, wie der russische Kolchos mit den Auffassungen Lenins über die Kooperation in der Landwirtschaft. Allein die Tatsache aber, daß Mao die Kooperation zur Fortsetzung und zum Ergebnis einer kleinbürgerlichen Reformpolitik machte, deren Ziel es war, daß "jeder Pflüger sein Feld erhält", genügt, um den Charakter dieser Politik und ihren Gegensatz zu der sozialistischen Perspektive festzustellen.

Während der Periode von 1927 bis 1945 waren die Bemühungen des Maoismus darauf konzentriert, die Bauernbewegung auf diese schrittweisen "Lösungen" zu kanalisieren und die "notwendigen Etappen" einer bürgerlichen Reform deutlich auseinanderzuhalten. Als "Überschreitungen", die Mao bei der Durchführung des Gesetzes von 1931 in Jui-chin bekämpft, erwähnt man u.a. die Ablehnung der Bauern, den freien Bodenhandel zu erlauben und die Opposition bestimmter Militanten gegen die Politik der Landschenkung an Landarbeiter (die ja die eigentliche Unterstützung des Proletariats auf dem Lande darstellen). Schließlich ist Mao in dieser ersten Phase mit Nachdruck dafür eingetreten, daß man sich auf die Losung "Das Land dem, der es bestellt!" beschränke, und lehnte alle Kollektivierungsprojekte ab." Gegenwärtig kann die Frage einer staatlichen bzw. kollektiven Landwirtschaft noch nicht gestellt werden", sagte er 1934 (Ausgew. Werke, Bd. 1, S. 169). Am Ende dieser Periode wird er diese typisch kleinbürgerliche Auffassung der zwei Phasen der "Agrarrevolution" mit aller Deutlichkeit formulieren. Wir zitieren aus seinem Referat "Über die Koalitionsregierung". Der Leser wird den totalen Gegensatz zu den Worten von Marx feststellen können:

"Sobald Reformen im Agrarsystem durchgeführt werden, und sei es auch nur der erste Schritt - z.B. Herabsetzung von Pacht- und Darlehenszinsen -, wird das Interesse der Bauern an der Produktion steigen. Wenn man dann den Bauern hilft, sich nach dem Prinzip der Freiwilligkeit Schritt für Schritt in landwirtschaftlichen Produktions- und sonstigen Genossenschaften zu organisieren, werden die Produktivkräfte wachsen. Vorläufig können diese landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nur kollektive Arbeitsorganisationen der gegenseitigen Hilfe sein, die auf der bäuerlichen Einzelwirtschaft (auf dem Privateigentum der Bauern) basieren, wie beispielsweise Arbeitsaustauschbrigaden und -gruppen sowie Gruppen der gegenseitigen Hilfe." (Ausgew. Werke Bd. III, S. 295)

Zitieren wir noch einen Auszug aus demselben Dokument, wo die berühmte "Agrarrevolution" mit ihrem offenen bürgerlichen Gesicht erscheint, wo der Bauer als Vertreter bürgerlicher Verhältnisse, Kunde der kapitalistischen Industrie und Steuerzahler des demokratischen Staates, Soldat des Vaterlandes und künftiger Proletarier auftritt! Nach der Erklärung, daß die kommunistische Partei Chinas in der Agrarfrage ein verantwortungsvolles Werk im wirklichen Interesse der Nation vollbracht hat, schreibt Mao: "Die Bauern - sie sind es, von denen die chinesischen Arbeiter abstammen. In Zukunft werden noch Dutzende Millionen Bauern in die Städte, in die Fabriken ziehen. Wenn China eine mächtige nationale Industrie und viele moderne Großstädte aufbauen will, wird es einen langen Prozeß der Umwandlung von Landbevölkerung in Stadtbewölkerung erleben müssen.

Die Bauern - sie sind die Hauptfigur auf dem Markt der chinesischen Industrie. Nur sie vermögen die reichlichsten Mengen an Lebensmitteln und Rohstoffen zu liefern und Industriewaren in größeren Mengen aufzunehmen. Die Bauern - sie sind die Quelle der chinesischen Armee. Die Soldaten sind Bauern in Uniform, die Todesfeinde der japanischen Aggressoren." (Ausgewählte Werke, Bd. 3, S. 294/295).

Also kurz und gut: Es lebe die Akkumulation des Kapitals! Bauern, bereichert Euch; die Zukunft der chinesischen Industrie liegt in Eurer Kaufkraft! Vor allem aber: zu den Waffen! Für den Sieg der Demokratie und des Friedens, Seite an Seite mit der UdSSR und den USA im imperialistischen Krieg!

(wird fortgesetzt)

P O R T U G A L - RAUSCH UND KATZENJAMMER EINER SCHEINREVOLUTION

Mit der Frage der Unterstützung der antiimperialistischen Bewegungen der Kolonialländer am Beispiel Angolas

- Die deutsche "Linke" zu Portugal
- Der deutsche Imperialismus und Portugal
- Chronik der laufenden Ereignisse (25.4. bis Ende Okt. 1974)
- Hohe Offiziere bei der Arbeit
- Portugiesische Farce und afrikanisches Drama
- Von Opportunismus kann das Proletariat nur Niederlagen und Verrat erwarten
- Die Schwierigkeiten der portugiesischen "Entkolonisierung"
- Nach dem Rausch der "Zweiten portugiesischen Revolution"
- Chronologie der laufenden Ereignisse (Dez. 74 - April 75)
- Über die Einheitsgewerkschaft
- Demokratie ist Gewalt
- Der 11. März in Portugal
- Von der "Revolution der Nelken" zum harten Kurs
- Aus den Wahlurnen erhebt sich eine Stimme:
Das Volksfest ist zu Ende!
- Chronologie (Mai 75 - Februar 76)
- Lissabon nach dem Fehlschlag von Luanda
- Blei und Zirkus
- Die Illusion der "Volksmacht"
- Der Mythos der "Doppelherrschaft" in Portugal
- Demokratie: Wer dich akzeptiert, verzichtet auf jeglichen revolutionären Prozeß - Wer dich unterstützt, ist gegen die Revolution
- Das Ende der Revolution der Phrase
- Angola: Über die Unterstützung der antiimperialistischen Kämpfe

DM 3,---

DAS LIBANESISCHE PULVERFASS

Der libanesische Staat, der seit Monaten von einem Bürgerkrieg erschüttert wird, wurde vom Imperialismus auf den Trümmern des ottomanischen Reiches am Ende des ersten Weltkrieges errichtet. Bereits 1916 hatten die Vereinbarungen von Sykes-Picot die Grundlagen für die Zerstückelung des nahen Ostens und für dessen Teilung zwischen Frankreich und England geschaffen, alles unter dem Vorwand, die Araber vom Joch Istanbuls zu befreien.

Im Rahmen dieser imperialistischen Teilung erhielten England und Frankreich Nahostgebiete in Form von Mandaten und sicherten sich gegenseitig das Recht zu, das jeweilige "Schutzgebiet" nach Belieben auszurauben. Der Libanon und Syrien fielen unter französische Herrschaft.

1919 entsprach Clémenceau - wie gehabt unter dem Vorwand des "Schutzes der unterdrückten Minderheiten" - den Forderungen des maronitischen Patriarchen, der von einem Libanon unter christlicher Vorherrschaft träumte; die Gebiete, die später den Libanon bilden sollten, wurden der militärischen Kontrolle Damaskus entzogen. Der syrische Herrscher, Faisal, akzeptierte dies in der Hoffnung, Paris würde dafür die Unabhängigkeit Syriens anerkennen. Auf der Konferenz von San Remo im April 1920 wurden aber sowohl der Libanon als auch Syrien unter französisches Mandat gestellt. Im Juli, nach einem französischen Ultimatum an Faisal, wurde Damaskus erobert. Dieser imperialistische Raubzug wurde dadurch "gerechtfertigt", daß der Libanon ohne Hinterland ersticken würde, was, nebenbei gesagt, in krassm Widerspruch zur Bildung eines geteilten Libanon stand.

Ein nächster Schritt in Richtung auf einen "libanesischen Staat" wurde 1926 getan. Mit der Revolte der Drusen und dem Aufstand von Damaskus konfrontiert, gab der französische Imperialismus dem Libanon eine Verfassung, um sich den Rücken freizumachen und somit Damaskus monatelang bombardieren zu können.

Es versteht sich, daß die maronitischen Christen, die das Bindeglied zur imperialistischen Herrschaft darstellten, den Löwenanteil zugesichert bekamen. Diese Vorherrschaft wurde in der Verfassung von 1943, die die Verfassung von 1926 praktisch ohne Änderungen übernahm und bis heute in Kraft ist, mit allen Buchstaben eingeschrieben. Die 99 Abgeordneten des libanesischen Parlaments teilen sich wie folgt auf: "30 Maroniten, 11 Griechisch-Orthodoxe, 6 Griechisch-Melchiten, 3 Armenisch-Orthodoxe, 1 Armenisch-katholischer, 1 Protestant, 20 Sunniten, 19 Schiiten, 6 Drusen und 2 Sitze für die verschiedenen Minderheiten Beiruts (Lateiner, Juden)" (lt. "Documentation française", Nr. 57, Juni 73).

Wenn der Klassenkampf in Libanon heute religiöse Formen annimmt, so ist das eine Folge des früheren Wirkens des französischen Imperialismus, desselben Imperialismus, der heute versucht, als Verfechter einer republikanischen und weltlichen Kultur aufzutreten, um der libanesischen Gesellschaft durch "Vermittlung" zu helfen, ihre "religiöse Rückständigkeit" zu überwinden.

Wenn man hinter den Vorhang der konfessionellen Konflikte sieht, kann man zunächst feststellen, daß verschiedene Fraktionen der libanesischen Bourgeoisie versuchen, den Staat zu kontrollieren. Die moderne industrielle Entwicklung wird durch archaische ökonomische und politische Hindernisse gebremst, die auf den Einfluß von feudalen Großgrundbesitzern und religiösen Sekten zurückzuführen sind. Diese Sektoren, die vom Imperialismus unterstützt werden, haben kein Interesse an einer Entwicklung der Infrastruk-

tur und der öffentlichen Dienste. Der Anteil der Industrie (einschließlich Handwerk) am Sozialprodukt beträgt 17% (Financial Times, 10.12.1974). "Keine bemerkenswerte öffentliche Investition wurde in fünf Jahren gemacht, keine neue Verbindungsstraße gebaut". "Die Industriellen beklagen sich, daß ihre Erzeugnisse keinen angemessenen Zollschutz haben" (die Zollgesetze wurden vom Imperialismus fixiert), "daß nichts unternommen wurde, um die Hafenanlagen von Beirut auszubauen (120 Schiffe müssen täglich warten), so daß die Hafenüberlastung die Wirtschaft 600.000 US-Dollar pro Tag kostet, Die Post funktioniert schlecht, die Zustellung dauert Wochen und Monate, was den Handel einen erheblichen Schaden zufügt". Die Industrie fordert "eine leistungsfähige Verwaltung, deren Mitglieder aufgrund ihrer Fähigkeit und nicht aufgrund konfessioneller Quoten ausgewählt werden; sie fordert eine Gesetzgebung, die ihren Bedürfnissen entspricht und soziale Gesetze, die den Arbeitsmarkt stabilisieren" (Le Monde, 21.9.1975). Diese bürgerlichen Kräfte versuchen, durch politische Kompromisse sich ihren Weg im Dschungel der Interessen von Konradorenbourgeoisie und Feudalen zu bahnen, daß ist ihnen aber nur möglich, wenn sie die Kräfte unter Kontrolle halten, die, einmal entfesselt, alle Kompromisse und Teilkompromisse in Frage stellen und soziale und national-revolutionäre Fragen aufwerfen: die elenden libanesischen Massen und die palästinensischen Flüchtlinge.

Die Lebensbedingungen der libanesischen Massen kann man folgenden Daten entnehmen, die das Elend zum Ausdruck bringen: 5% der Bevölkerung verfügen über mehr als die Hälfte des Sozialprodukts; 72% der Arbeiter verdienen kaum die Hälfte von dem, was für den Lebensunterhalt unentbehrlich ist; alle Land-, Industrie- und Bauarbeiter zusammen beziehen nur 12-15% des Sozialprodukts. Dieser Druck auf die Massen erklärt, warum jede Bewegung im nahen Osten das ganze Gefüge des Libanon erschüttert, das sich nur aufgrund der imperialistischen Interventionen aufrechterhalten kann. So hatten die Bewegungen im Irak und Syrien sowie die Bildung der Vereinigten Arabischen Republik 1958 als Gegenschlag zum Bürgerkrieg im Libanon geführt, und das Gleichgewicht wurde durch die amerikanische Militärintervention wiederhergestellt, hatten ja die Amerikaner, von den Russen begleitet, seit dem zweiten Weltkrieg den Platz der Engländer und Franzosen im Nahost übernommen.

Hinzukommt die Gefahr, die die palästinensischen Massen für diesen Staat darstellen. Diese Massen, die in Lagern zusammengehäuft den Anschlägen der libanesischen Ordnungskräfte, der rechtsgerichteten Milizen, der anderen arabischen Staaten und Israels ausgesetzt sind, erkennen in ihrer nationalen Bewegung trotz der anderslaufenden Bemühungen ihrer Führer keine Grenzen an. Ihre Bewegung geht objektiv gegen die künstliche Aufteilung der Region, die der Imperialismus durchgeführt hat. Wenn sich ihr Kampf entfesselt, wird er keine Rücksicht auf die staatliche Integrität der arabischen Staaten nehmen und noch dazu den Funken bilden, der die elenden Massen des ganzen nahen Ostens in den Kampf ziehen wird. Deshalb sind sogar die reaktionärsten Kräfte der Welt - die gleichzeitig die Phalangisten mit Waffen beliefern - für die Lösung der "Palästinenserfrage" und versuchen, die "mässigen" Kräfte unter den Palästinensern zu stärken. In Anbetracht der Labilität des Libanons geht es allen imperialistischen Nationen und den arabischen Staaten nicht zuletzt auch darum, die Krise im Libanon schnellstens im Sinne des Status quo zu lösen, um das Land dann von der palästinensischen Frage zu "befreien".

Es ist die dialektische Verkettung dieser zwei materiell gegebenen Momente - die Notwendigkeit einer Reform der politischen Verhältnisse des Operettenstaates Libanon oder gar seiner Eingliederung als Küstengebiet Syriens einerseits und die Gefahr einer Entfesselung der sozialen Bewegung im Libanon und im ganzen Nahost - die auf der Grundlage der bestehenden Kräfteverhältnisse zwischen den imperialistischen Nationen und den Staaten der Region das Verhalten aller "Beteiligten" bestimmt. Der moderne Flügel der libanesischen Bourgeoisie soll zu seinem Recht kommen, ohne daß dadurch das libanesisches Pulverfaß die ganze Region ansteckt, ohne daß die Stabilität der anderen Staaten der Region in Trümmer zerfällt. Was für ein explosives Potential vorhanden ist, kann man an den letzten Bewegungen der Araber in Israel sehen, die beim geringsten Anlaß brutalen Repressionen ausgesetzt werden, OHNE IRGEND EINE REAKTION - AUSSER DER ÜBLICHEN, RHETORISCHEN, UM DAS GESICHT ZU RETTEN - seitens der arabischen Staaten oder der Palästinenserführer hervorgerufen zu haben.

Sei es durch einen tragbaren Kompromiß, sei es durch eine Konföderation, soll der libanesischer Pufferstaat, dieser Brückenkopf der Weltfinanz, vor einer Zersetzung gerettet werden. Einerseits die strikte Kontrolle der libanesischen Massen und der Palästinenser, andererseits das Gleichgewicht zwischen Syrien und Israel, das relative Gleichgewicht zwischen Damaskus, Kairo und Riad, das bereits labile Gleichgewicht zwischen Damaskus und Bagdad, kurz und gut die herrschende Ordnung und deren staatliche Eckpfeiler in der Region müssen sichergestellt werden.

In einer ersten Phase, als die libanesischer Armee fast untätig und sich zerbröckelnd dem Kampf zwischen den verschiedenen Flügeln der herrschenden Klasse zusah und dieser Kampf die Massen immer mehr auf die Straßen brachte, versuchten die Phalangisten durch Terror diese Massen einzuschüchtern, während die "Sozialisten" unter Kemal Dschumblatt ihrerseits versuchten, diese arabischen Massen auf ihre Seite zu ziehen, um sie zu kontrollieren (und vor allem um die Palästinenser im Zaum zu halten). Sie rechneten mit der PLO Yassir Arafats, die sich dem Prinzip der "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Libanon" verpflichtet (m.a.W. sollen die Erschütterungen zu keinem Kampfausbruch unter den Palästinensern führen und dies zu einem Zeitpunkt, wo die palästinensischen Lager von den Phalangisten überfallen werden.). Da die Fortsetzung des Kampfes immer mehr drohte, die ganze Gesellschaft einzubezähmen, wurde Syrien zur Schlüsselfigur, die mittels "ihrer" disziplinierten Palästinensern, der Al-Saika, in der Lage war, die Bewegung der arabischen Massen zu kontrollieren, für Ordnung unter den Palästinensern zu sorgen und den Schiedsrichter bei einem lächerlichen Kompromiß zwischen den herrschenden Klassen zu spielen. (1) Das "fortschrittliche" Syrien, das sich den Libanon gerne einverleiben möchte, hütete sich schwer davor und stellte unter den wohlwollenden und erleichterten Blicken der Konsortialmächte USA

(1) Die "Verfassungsreform" vom 15. Februar 1976 sah eine gleiche Aufteilung der Parlamentssitze zwischen Christen und Moslems vor; die Christen sollten den Präsidenten der Republik, die Sunniten den Staatsratsvorsitzenden und die Schiiten den Parlamentsvorsitzenden stellen; das Recht der Palästinenser, im Libanon zu leben und zu arbeiten wurde "anerkannt", Waffen durften sie aber nur in ihren Lagern tragen; ein "Wirtschaftsrat" für die Förderung der Entwicklung der Armen sollte gebildet werden. Es grenzt ans Lächerliche!

und UdSSR die Ordnung wieder her, und zwar gegen die Kräfte, die als einzige daran interessiert sind, die Grenzen des Libanon zu sprengen!

Die "Ordnung" wurde aber wieder erschüttert: die verschiedenen Cliques der libanesischen herrschenden Klasse versuchten, das Arrangement zu ihren jeweiligen Gunsten zu verschieben; die Streitkräfte spalteten sich und stellten sich zum Teil hinter die Milizen Dschumblatts. Erst diese Verschiebung der Kräfteverhältnisse, die ihr sowohl eine bessere Kampfposition gegenüber den Christen, als auch die Möglichkeit der Kontrolle der arabischen Massen brachte, bewog die Partei Dschumblatts zur "Unnachgiebigkeit": die Christen sollten nunmehr voll geschlagen werden, um einen entkonfessionalisierten, modernen Libanon zu akzeptieren. Schon dieser Anflug bürgerlichen Radikalismus genügte, um Syrien, das an einem stärkeren Libanon, geführt von einem selbstbewußten bürgerlichen Flügel, kein Interesse hat, umschwenken und sich von Dschumblatt entfernen zu lassen. Die konservative Rolle Syriens wurde sogar von den bürgerlichen Kommentatoren erkannt (2) Es ging Syrien vor allem darum, die "Ablehnungsfront", die vom Irak unterstützt wird und als einzige den Kampf gegen den status quo befürwortet, zu liquidieren oder mindestens in Schach zu halten (3).

Zum Zeitpunkt, wo wir diesen Artikel schreiben - Anfang April -, herrscht wieder "Waffenruhe". Die "vereinigte muslimische Linke" Dschumblatts beherrscht den größten Teil des Landes, die Christen eine Enklave am Mittelmeer. Alle Kräfte der herrschenden Ordnung, diesmal wieder de facto von den USA geführt, die mittels Sonderbotschafter, ostentativer Seemachtoperationen und Absprachen mit allen beteiligten Staaten ihre Rolle einer anerkannten Weltfeuerwehr und Weltpolizei erfüllen, streben einer Wiedererrichtung des lokalen Gleichgewichts sowie der Einheit zwischen allen Libanesen von rechts und links an, sie streben also alle die Fortführung unter einer neuen politischen Formel, einer internationalen und sozialen Konstellation, die für die Arbeiter- und Bauernmassen des nahen Ostens und für die Palästinenser nur Elend und erstickende Unterdrückung bedeutet, an.

Die libanesischen Ereignisse liefern eine erneute und blutige Bestätigung dafür, daß die ausgebeuteten Massen des nahen Ostens keine Aussicht auf eine Besserung ihrer Lage haben, wenn sie mit "ihren" Bourgeoisien und "ihren" Staaten nicht radikal brechen, ob diese Staaten sich nun für progressiv oder konservativ, anti-imperialistisch oder proimperialistisch ausgeben: gegenüber den historischen Interessen dieser Massen und gegen über dem Kampf der Palästinenser bilden alle diese Staaten eine polizeiliche Kontrollinstanz des Weltimperialismus.

(2) "...Syrien (hat) bei seinem gefährlichen Spiel um eine Stärkung und Ausdehnung seines Einflusses im Libanon immer wieder versucht, eine Vermittlerrolle zu spielen und die extreme muslimische Linke in Schach zu halten". (Süddt. Zeitung, 3./4.4.1976)

(3) Was die "Unterstützung" durch einen bestehenden Staat bedeutet, sieht man eben am Beispiel der Haltung Syriens. Der so gemässigte Arafat befürchtet nicht zu Unrecht eine weitere Intervention Syriens im Libanon und unterstützt Dschumblatt. Dieselbe Situation kann sich in den Beziehungen der "Ablehnungsfront" zu dem Irak ergeben. Die irakische Unterstützung wird ihrerseits auch nur durch Staatsinteressen diktiert, denen man bei wechselnden Kräfteverhältnissen ohne weiteres die "unterstützte" Organisation opfert.

INTERVENTIONEN DER PARTEI

Unsere Genossen von Bremen haben gegenüber der Drohung einer politisch begründeten Entlassung einer Dienstkraft in der Uni folgendes Flugblatt verteilt:

**GEGEN DIE POLITISCHEN ENTLASSUNGEN:
SOLIDARISCHER KLASSENKAMPF DER ARBEITERKLASSE!**

Ein Dienstleister der Uni, der zugleich Personalrat ist, soll aus politischen Gründen entlassen werden.

Dieses Ereignis reiht sich ein in die Liste derjenigen Vorkommnisse in der BRD, die zeigen, daß die Bourgeoisie die Zeichen der Zeit versteht und die inneren Vorbereitungen trifft, um auf zukünftige Krisenphasen mit dem gestärkten zentralisierten und gesäuberten Klassennstrument - dem Staat - reagieren zu können.

Diese Entwicklung hat ihre Ursachen in der Tendenz des Imperialismus, auf Grundlage der wirtschaftlichen Zentralisation und Konzentration, auch die politische Macht zu zentralisieren und alle gesellschaftlichen Institutionen dem einheitlichen Willen des kapitalistischen Interesses unterzuordnen und vor allem, um die Kollaboration der Arbeiterklasse mit dem Kapitalismus zu erzwingen. Das, was oberflächlich als "parlamentarische Demokratie" erscheint, ist dem Wesen nach die Diktatur der bürgerlichen Klasse und offenbart sich auch offen als eine solche in der Vorbereitung auf potentielle Klassenauseinandersetzungen und in der Einschüchterung fortgeschrittener Elemente der Arbeiterklasse.

Je mehr der Kapitalismus in seiner Entwicklung die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse verschlechtert und verunsichert, also je mehr er die Grundlagen für den sozialen Frieden, für die friedliche Kollaboration der Arbeiterklasse vernichtet, desto mehr sieht er sich gezwungen, mit allen Mitteln diesen sozialen Frieden, diese Klassenkollaboration, kurz und gut das DEMOKRATISCHE ZUSAMMENLEBEN DER KLASSEN zu verteidigen.

Die Entlassung des Dienstleisters ist nur in diesem Zusammenhang wirklich zu verstehen. Dieser Zusammenhang macht deutlich, daß es nicht darum gehen kann, mittels Petitionen und Deklamationen von der "demokratischen Öffentlichkeit" oder sogar dem Staat eine GARANTIE für "freie politische Betätigung" zu verlangen; FÜR STAAT UND DER DEMOKRATIE, in deren Interesse ja gerade diese Entlassung liegt, für die dieser Schritt eine Verteidigung ihrer Demokratie bedeutet.

Wollten sich die Dienstleister auf das "demokratische Verständnis des Volkes" verlassen, so wären sie "verlassen", denn auf dem Wege der Verständigung haben die Arbeiter und Angestellten in der bürgerlichen Gesellschaft niemals dauerhafte und wirkliche Verbesserungen und "Sicherheiten" erreicht.

Wollen die Dienstleister verhindern, daß diese Einschüchterungsmaßnahme Wirkung zeigt und ihre Arbeits- und Kampfbedingungen verschlechtert, so können sie sich nur auf ihre eigene Durchsetzungskraft und die Solidarität der Arbeiter außerhalb der Universität verlassen. Ein anderes Mittel, auf diese und ähnliche Maßnahmen zu reagieren, als den KAMPF GEGEN DIE VERSCHLECHTERUNG IHRER KAMPFBEDINGUNGEN und für die sofortige Wiedereinstellung des Entlassenen kann es nicht geben.

Das Eintreten für diese unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse ist unentbehrlich, es ist umso notwendiger, als gerade die demokratische Ideologie, das illusorische Vertrauen auf "Rechte" und "demokratische Gesetze" usw., die Arbeiterklasse so weit entwaffnet haben, daß sie heute nicht in der Lage ist, der Krise und der Offensive der Bourgeoisie einen effektiven Widerstand entgegenzusetzen (außer sporadischen Einzelaktionen).

Wir hegen keine großen Illusionen über den unmittelbaren "Erfolg", doch muß der Kampf MIT DIESER ORIENTIERUNG, AUF DIESER LINIE geführt werden, damit Angestellte und Arbeiter sich auf dem Boden der proletarischen Klassensolidarität enger zusammenschließen, andererseits mit der Idee der Klassenkollaboration mit bürgerlichen Kräften - die immer zum Scheitern führt - gebrochen wird. Ein wirklicher Kampf auf dieser Klassenlinie wäre auf jeden Fall eine nützliche Vorbereitung für die Organisation der Arbeiterklasse und für einen späteren Erfolg.

Dieser Kampf um die elementaren Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse setzt daher auch voraus, daß die Arbeiter innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften gegen die verbreiteten Auffassungen einer "demokratischen Verständigung" kämpfen. Diese Auffassungen werden heute nicht zuletzt von denjenigen Organisationen verbreitet, die ursprünglich von der Arbeiterklasse geschaffen wurden, um ihre elementaren Interessen zu verfochten. Daß diese Organisationen heute Organe der Klassenkollaboration sind und die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse fallen lassen, beweist ihre ganze Einstellung bei der Frage der Berufsverbote (die ÖTV hat in diesem Falle den Ausschluß des Betroffenen aus der Gewerkschaft beantragt) und ihre ganze Praxis, sich als "Verhandlungspartner" der Bourgeoisie anzubiedern.

Es liegt auch auf dieser Linie, daß die Arbeiterklasse mit allen Tendenzen brechen wird, die sich nicht auf den Klassenkampf und seine Verbreitung orientieren, sondern die Interessen der Arbeiterklasse einer utopischen "Verteidigung der Demokratie" opfern. Das führt nicht nur zur politischen Entwaffnung der kämpferischen Arbeiter, sondern verhindert auch, daß die proletarische KLASSENEINHEIT auf der Grundlage der materiellen Bedürfnisse hergestellt wird, indem an die Arbeiter politische Bedingungen gestellt werden, die den Kampfwillen und die Kampfeinheit erschweren: Sowohl die Organisationen, die an den bürgerlichen Staat gebunden sind, als auch die "Linken" verlangen, daß die Interessen der Angestellten und Arbeiter nach besseren Lebens- und Kampfbedingungen unter die liberalen Interessen des Volkes, unter die Interessen einer Fraktion der Bourgeoisie oder des Kleinbürgertums UNTERGEORDNET werden. Die Kommunisten dagegen fördern den Zusammenschluß ALLER Arbeiter um ihre unmittelbaren Interessen, für die ALLE Arbeiter, ungeachtet ihrer politischen Auffassungen eintreten müssen, und vertreten in diesen Kämpfen die Zukunft der Bewegung, die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitals.

In diesem Sinne müssen die Forderungen des heutigen Kampfes in folgende Richtung gehen:

- Für die sofortige Wiedereinstellung des entlassenen Dienstleisters
- Weg mit dem besonderen Dienstrecht!
- Unbegrenzter Streik bis zur Erfüllung der Forderungen
- Gegen die Einschüchterung: Kampfsolidarität aller Arbeiter und Angestellten in und außerhalb der ÖTV

Wir Kommunisten treten auch für folgendes ein:

- Gegen die Einheit von Staat und Opportunismus: Einheit der Arbeiterklasse
- Gegen die Entstellung der Klassenorgane zu "Verhandlungspartnern" Rückkehr zu den Klassenmethoden und Waffen, vor allem dem Streik, der unangekündigt, unbegrenzt und bis zur Erfüllung der Forderungen geführt werden muß
- Gegen die Klassenzusammenarbeit: Kommunistische Klassenpartei
- Gegen Kapitalismus und bürgerlichen Staat: Kommunistische Revolution

- - - - -

DIE FRAGE DER REVOLUTIONÄREN PARTEI - Partei und Klasse
- Partei und Klassenaktion - Proletarische Diktatur und
Klassenpartei - Leitsätze der K.I. über die Rolle der
kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution DM 3,--

REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION IN RUSSLAND - Warum Rußland
nicht sozialistisch ist - 40 Jahre organische Bewertung der
Ereignisse Rußlands in der sozial und historisch dramatischen
internationalen Entwicklung - DM 3,--

DER KAMPF GEGEN DEN ALTEN UND DEN HEUTIGEN REVISIONISMUS
Richtlinien zur Wiederherstellung der marxistischen Lehre
- Der historische Zyklus der kapitalistischen Wirtschaft
und der politischen Herrschaft der Bourgeoisie - Der historische
Verlauf der Klassenbewegung des Proletariats DM 4,--

DIE GRUNDLAGEN DES REVOLUTIONÄREN KOMMUNISMUS
in der Lehre und in der Geschichte des internationalen prole-
tarischen Kampfes DM 4,--

KLASSENSOLIDARITÄT MIT DEM CHILENISCHEN PROLETARIAT
Diese Broschüre enthält eine Reihe von Artikeln, die in unse-
rer Zeitung "IL PROGRAMMA COMUNISTA" erschienen sind

- Chile: neue Heimat der friedlichen Wege zum Sozialismus?
- Chilenischer Weg zum Sozialismus oder einziger Weg der Konterrevolution?
- Chile oder die reaktionäre Utopie der "Volksunion"
- Allende soll mindestens als Bestätigung dienen für die Notwendigkeit von Gewalt und Terror
- Der "friedliche" Weg ist ein Weg des Selbstmordes
- Keine Klasse kann siegen ohne gewaltsame Revolution, keine kann die Macht bewahren ohne Diktatur und Terror
- Nach den Ereignissen in Chile, vorwärts mit dem "Kommunismus der feinen Leute"
- Die MIR: radikale Revolution in Worten - neue Volkseinheit in der Tat
- Die Fehler, die Ihr immer machen werdet
 - Chile und die demokratische Täuschung -
- Klassen-solidarität mit dem chilenischen Proletariat
- Die MIR und der Verlauf der Klassenkämpfe in Chile

DM 2,50

INTERVENTIONEN DER PARTE: ITALIEN - STREIK VOM 25. März

Im Rahmen von Tarifikämpfen, in denen sie durch ihre Kollaboration mit den Kapitalisten eine VERSCHLECHTERUNG der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse mitgetragen haben, haben die italienischen Gewerkschaftszentralen mit langer Vorankündigung zu einem 4-stündigen "Generalstreik" aufgerufen, nicht, um die Arbeiterklasse für den Kampf um ihre unmittelbarsten Interessen zu organisieren, oder dem Kapitalismus den Kampf anzusagen, sondern um gegen die "schlechte" Regierungspolitik zu protestieren: gegen die Arbeitslosigkeit fordern sie "Investitionen", obwohl hinreichend bekannt ist, daß nach einer Krise die Investitionen eben umgekehrt der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen dienen; gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen, die diese Gewerkschaft durch ihre Sabotage der Lohnkämpfe mit verschulden, fordern sie "gleiche Opfer für alle" und "Preisstopp"; schließlich treten sie im Fahrwasser der politischen Kräfte (Sozialistische Partei und "Kommunistische" Partei), von denen sie kontrolliert werden, für eine "neue Art, zu regieren", eine "saubere" Art, ohne Korruption, ohne Verschwendungen ein: kurz und gut, sie versuchen, die Arbeiterklasse für Ziele einzuspannen, die erwiesenermaßen eine völlige Utopie darstellen, um sie von einem echten Kampf abzulenken.

Unsere Sektionen haben auf den Kundgebungen in den verschiedenen italienischen Städten interveniert, um diese Politik des Opportunismus zu entlarven und um für die wahren Klassenforderungen und Kampfmethoden zu agitieren, für die die Arbeiterklasse eintreten muß, wenn sie aufhören will, ein Spielball in den Händen des Kapitals zu sein. Wir bringen hier Auszüge des Flugblattes, das unsere Mailänder Genossen verteilten:

"Solange die kapitalistischen Verhältnisse bestehen bleiben, entsprechen die Investitionen lediglich dem Interesse des Kapitals: sie bilden ein Ganzes mit den Umstrukturierungen und Rationalisierungen, und führen deshalb nicht zur Herabsetzung der Arbeitslosenzahlen, wie uns dauernd gepredigt wird.

Die "Moralisierung" und Ausbesserung des Unterdrückungsapparates, des Staates, zielen nicht darauf ab, das Schicksal der Arbeiter zu ändern, sondern dienen lediglich einer einfacheren, direkteren und "sauberen" Ausbeutung ihrer Arbeitskraft.

Auf dies alles muß das Proletariat mit seinen Klassenwaffen antworten, ohne die Illusion zu hegen, daß es ihm einen "Vorteil" bringt, an der Verwaltung der eigenen Ausbeutung beteiligt zu sein.
(...)

Wir dürfen nicht verlangen, daß man neue Maßnahmen sucht, um die Opfer "gerecht" zu verteilen, sondern müssen einen energischen Druck ausüben, damit keine Regierung, welche ihre Zusammensetzung auch sei, gegen den Lebensstandard und die Arbeitsbedingungen der Massen eingreifen kann!

-- In den Betrieben, auf der Straße, überall, wo sich Arbeiter versammeln, müssen wir verlangen, daß die neuen Tarifverträge die Entwertung der Lira und die Preiserhöhungen berücksichtigen.

MINDESTENS 50.000 LIRE LOHNERHÖHUNG FÜR ALLE!

-- Die neuen Verträge dürfen nicht dasselbe Los wie der Chemie-Vertrag der Staatsindustrie haben, dessen Laufzeit auf 3 Jahre verlängert wurde, und dies heute, wo mit jedem Tag die Kaufkraft des Geldes schwindet! **DIE VERTRÄGE MÜSSEN ZU JEDEM AUGENBLICK AUFKÜNDBAR SEIN, ZU DEM DIE VERHÄLTNISSE ZWISCHEN KAPITAL UND ARBEIT DIES VERLANGEN!**

-- Fordern wir, daß Arbeitslose, Kurzarbeiter und Rentner nicht sich selbst überlassen werden: in der Perspektive des vollen

Lohns für diese Opfer des Kapitals, müssen wir mindestens fordern, daß Arbeitslosengeld und Renten drastisch erhöht werden und daß sie am Gewerkschaftsleben teilnehmen dürfen.

- Fordern wir eine drastische Kürzung der Arbeitswoche auf 35 Stunden, bei vollem Lohnausgleich!
- KEINE EINZIGE ÜBERSTUNDE akzeptieren: jede Überstunde ist ein Nachgeben zu Lasten unserer arbeitslosen oder kurzarbeitenden Kollegen!
- Auf solchen Forderungen die KLASSENEINHEIT aufbauen und nicht in zerstückelten Scheinstreiks: nur IM KAMPF und in der Straffung ihrer Kampfeinheit kann sich die Arbeiterklasse als das erkennen, was sie ist: EINE KLASSE!

GEGEN DIE KAPITALISTISCHE KRISE MIT DEM KLASSENKAMPF ANTWORTEN!

+ + +

Veröffentlichungen der IKP in französischer Sprache

COMMUNISME ET FASCISME

Einführung und Texte der Kommunistischen Linken 1921-1924 DM 6,---

BILAN D'UNE REVOLUTION - Die großen Lehren des Oktobers 1917

- Die falschen Lehren über die Konterrevolution in Rußland

- Die russische Wirtschaft von der Revolution bis heute DM 8,--

LE PRINCIP DEMOCRATIQUE

DM 2,---

MOUVEMENTS REVENDICATIFS ET SOCIALISME

DM 2,--

sur LE TEXTE DE LENIN "LA MALADIE INFANTILE
DU COMMUNISME

DM 4,---

FORCE, VIOLENCE, DICTATUR DANS LA LUTTE DE CLASSE

DM 3,50

DEFENSE DE LA CONTINUITE DU PROGRAMME COMMUNISTE
Grundthesen der Partei 1920-1966

DM 10,---

zweiwöchige Zeitung: LE PROLETAIRE

in englischer Sprache

THE FUNDAMENTALS OF REVOLUTIONARY COMMUNISM
PARTY AND CLASS

COMMUNIST PROGRAM - erscheint viermal jährlich

Price per copy 50 p - US-Dollar 1

Subscription (4 issues) -- £ 2.00 - US-Dollar 4.00

in spanischer Sprache

LOS FUNDAMENTOS DEL COMUNISMO REVOLUCIONARIO
FUERZA VIOLENCIA DICTADURA EN LA LUCHA DE CLASE

PARTIDO Y CLASE

EL PROGRAMA COMUNISTA - erscheint viermal jährlich

Precio del ejemplar: 4 F - Abono anual 16 F

soben in italienisch erschienen:

STRUTTURA ECONOMICA E SOCIALE
DELLA RUSSIA D'OGGI

(Die ökonomische und soziale Struktur des heutigen Rußlands)

Zunächst als Ergebnis der laufenden Parteiarbeit über Rußland in den Spalten unserer italienischen Zeitung "Il Programma Comunista" erschienen, liegt jetzt "Struttura Economica E Sociale Della Russia D'Oggi" vollständig in Buchform vor. Der Band enthält außerdem die breitangelegte Zusammenfassung "Le grandi questioni storiche della rivoluzione in Russia" (Die großen historischen Fragen der Revolution in Rußland), das polemische Zwischenstück "Ricerca critica di parte e dialoghi col nemico" (Kommentar und Kritik des XX. Parteitags der KPdSU) und den fesselnden Epilog "La Russia nella grande rivoluzione e nella società contemporanea" (Rußland in der großen Revolution und in der zeitgenössischen Gesellschaft).

Die komplexe Untersuchung, die in diesen Parteischriften durchgeführt wird, beginnt mit der Darstellung der von Lenin auf der Linie von Marx und Engels stets und unverändert verteidigten Auffassung der hegemonischen Rolle des Proletariats in der antifeudalen und antizaristischen Revolution und zeigt, wie diese Auffassung den Leitfaden bildet, der über die "Generalprobe" von 1905, die Jahre der Reaktion, den ersten Weltkrieg und die Februarrevolution ohne Kontinuitätsbruch zum PROLETARISCHEN UND SOZIALISTISCHEN Sieg vom Oktober 1917, zur Errichtung der bolschewistischen Diktatur, zum Sieg über alle Feinde im Bürgerkrieg und zu den ersten Jahren der NEP führt.

In der Rekonstruktion aller Etappen dieses harten Kampfweges werden die von der bolschewistischen Partei stets verfolgten Ziele dargestellt, Ziele einer Partei, die sich dessen bewußt war, einerseits die Aufgaben einer "demokratisch-bürgerlichen" aber radikal geführten Revolution übernehmen zu müssen, andererseits Vorhut der proletarischen Weltrevolution zu sein, der sie mit Stolz ihre besten Energien widmete und von der sie den SONST UNMÖGLICHEN Übergang Rußlands zum Sozialismus erwartete.

Es wird schließlich erklärt, wie dieser sichere Kurs von jener wahrhaftigen KONTERREVOLUTION, die man gebräuchlich mit dem Ausdruck Stalinismus bezeichnet, zunächst unterbrochen und dann UMGEGEHRT wurde, und wie man so zu einer ökonomischen und sozialen Struktur gelangte, die VOLL KAPITALISTISCH ist, auch wenn sie unter dem Druck schwerer historischer Verzögerungen leidet, und der ein VOLLKOMMEN BÜRGERLICHER, politischer, ideologischer und juristischer Überbau entspricht, auch wenn beides vom bürgerlichen Scharfsinn von Ost und West mit gleichlaufenden Aspekten des "sozialistischen Aufbaus" verwechselt wird.

Die Schlußfolgerung, die gezogen wird, und die die einzige marxistisch zulässige ist, widerspricht allen geläufigen Erklärungen des vermeintlichen "russischen Rätsels": es gilt sowohl, daß Rußland nicht nur keine sozialistische Gesellschaft, sondern nicht einmal eine sozialistische Republik ist", wie auch, daß "im Lichte der revolutionären Geschichte die Oktoberrevolution und die konsequente, monolytische und weitsichtige Perspektive Lenins sozialistisch waren und bleiben".

Ein Auszug aus dem Text:

"Das kritische Gerüst unserer historischen Rekonstruktion besteht in der dialektischen Behauptung, daß die russische Revolution nicht zu einem sozialistischen, sondern zu einem kapitalistischen Rußland geführt hat, und daß dies die historische Theorie der marxistischen Partei nicht widerlegt, sondern bestätigt.

Zwischen der russischen Revolution und der sozialistischen Gesellschaft in Rußland stellte der Marxismus eine "Brücke", die gefehlt hat: die Revolution des europäischen Proletariats.

Wir behaupten somit gleichzeitig, daß, während der Februar 1917 eine bürgerliche politische Revolution war, der Oktober 1917 eine proletarische und SOZIALISTISCHE politische Revolution darstellte (und somit auch eine SOZIALE Revolution die als sozialistisch zu definieren ist), was dadurch absolut nicht beeinträchtigt wird, wenn später der dialektische Weg bis zum Sieg des Sozialismus in der kapitalistischen Welt nicht ganz durchlaufen werden konnte.

Nicht dadurch geht eine historische Sache verloren, daß sie auf einen nachfolgenden Termin verschoben wurde."

+ + + + +

Eine Einführung und gleichzeitig Zusammenfassung von "Struttura" kann der Leser in deutscher Sprache in unserer Broschüre "Revolution und Konterrevolution in Rußland" finden, deren zweite Auflage im Mai erscheint.

STRUTTURA ECONOMICA E SOZIALE DELLA RUSSI D'OGGI
(750 Seiten)- 6.000 Lire

REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION IN RUSSLAND DM 3,--

Weitere Veröffentlichungen der IKP

in italienischer Sprache

zweiwöchige Zeitung: IL PROGRAMMA COMUNISTA

STORIA DELLA SINISTRA COMUNISTA, Bd I (420 Seiten)
Geschichte der kommunistischen Linken 1910-1919 DM 20,--

STORIA DELLA SINISTRA COMUNISTA, Bd II (740 Seiten)
Geschichte der kommunistischen Linke 1919-1920 DM 30,--

I FONDAMENTI DEL COMUNISMO RIVOLUZIONARIO DM 4,50

IN DIFESA DELLA CONTINUITA DEL PROGRAMMA COMUNISTA DM 10,--

PARTITO E CLASSE DM 9,--

ELEMENTI DELL' ECONOMIA MARXISTA DM 10,--

"L'ESTREMISMO MALATTIA INFANTILE DEL COMUNISMO"
CONDANNA DEI FUTURI RINNEGATI DM 10,--

PER L'ORGANICA SISTEMAZIONE DEI PRINCIPI COMUNISTI DM 10,--

CLASSE PARTITO E STATO NELLA TEORIA MARXISTA DM 4,--

UNSER BULLETIN IN DEUTSCHER SPRACHE ERSCHEINT ALLE DREI MONATE
(Die Nummern 1-9 können noch geliefert werden)

Bestellungen an: Ch. Erkadoo, Obentrautstr. 32, 1000 Berlin 61
Postscheckkonto Nr. 2219 15-100, Berlin-West

1. Mai 1976

GEGEN DIE DEMAGOGIE VON DEN "GEMEINSAMEN INTERESSEN" VON KAPITALISTEN UND ARBEITERN: RÜCKKEHR ZU DEN FORDERUNGEN DER ARBEITERKLASSE!

Eine gewaltige Kundgebung internationaler proletarischer Einigkeit, Ausdruck des wachsenden Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse, eine Kriegserklärung an die bürgerliche Gesellschaft: das war die Maifeier an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts. Im Mittelpunkt der Klassenforderungen stand damals die Forderung nach dem 8-Stundentag: eine Klassenforderung eben deshalb, weil die Arbeiter ihre Erfüllung nicht von einer Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat erhofften, sondern weil sie Kraft gegen Kraft, Gewalt gegen Gewalt, internationalen Klassenkampf gegen Unterdrückung stellten, weil sie wußten, daß nur der fordern kann, der sich darauf vorbereitet, seine Forderungen im Kampf durchzusetzen. Und in der Tat erreichte die Arbeiterklasse den 8-Stunden-Tag nur durch harten Klassenkampf, in Deutschland gar erst mitten in einer revolutionären Welle 1918.

Es folgten Jahre der Revolution, in denen die Arbeiterklasse versuchte, die Macht der Bourgeoisie zu zerschlagen, um die Ursache ihrer Ausbeutung und Unterdrückung, die Ursache der Krisen und Kriege, nämlich den Kapitalismus, abzuschaffen. Und wenn diese revolutionären Bemühungen scheiterten, so liegt das vor allem am Verrat und konterrevolutionären Werk eben derjenigen politischen Richtungen, die die Arbeiterklasse zunächst geistig, politisch und organisatorisch entwaffneten, um sie dann bei jedem revolutionären Zusammenstoß direkt und mit Waffengewalt zu unterdrücken: der Sozialdemokratie und dem Stalinismus.

Dasselbe Schicksal erlebte die Maifeier. Auf den Trümmern der zerschlagenen Arbeiterbewegung wurde sie von den Reformisten zu einem bürgerlichen Feiertag, zu einem Jahrmarktsfest herabgewürdigt, wo diese Agenten des Kapitals alljährlich unter dem Motto auftreten: Was gut ist für die soziale Marktwirtschaft (zu deutsch: für das Kapital), ist auch gut für die Arbeiterklasse.

Diese vollkommene Unterwerfung des Proletariats unter das Diktat des Kapitals war Voraussetzung für die ungehinderte Profitwirtschaft des so gefeierten "Wirtschaftswunders". Erst später fielen dann einige Früchte des erreichten "Wohlstands" für die Arbeiter ab.

HAT SICH ABER DIE LAGE DER ARBEITER GRUNDSÄTZLICH VERBESSERT?

Braucht man heute weniger zu arbeiten? Lebt man heute in sozialer Sicherheit? Nein! Der Arbeiter ist heute nach wie vor Opfer der kapitalistischen Ausbeutung mit ihren regelmäßigen Krisen, die zu einer völligen Unsicherheit des Lebens führen. Der Wohlstand zeigt heute sein wahres Gesicht: Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Arbeitshetze, Lohnsenkungen! Wohin führte die Rücksicht auf die Interessen der "nationalen Wirtschaft"? Dahin, daß die Kapitalisten aller Länder zunehmenden Druck auf "ihre" Arbeiterklasse ausüben, um sich die zügelloseste Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu liefern! Die Rechnung für Jahrzehnte des Wohlverhaltens wird jetzt offen präsentiert: die Arbeiterklasse muß all dies über sich ergehen lassen, weil sie sich nicht auf den Kampf vorbereitet hat. Im Gegenteil, durch Ausschaltung des proletarischen Klassenkampfes gelang es dem imperialistischen Kapitalismus in Zusammenarbeit mit dem Opportunismus, seine wirtschaftliche, militärische und polizeiliche Macht zusammenzuballen und seine Tendenz zur totalitären Kontrolle der Arbeiterbewegung ungehindert durchzusetzen. Dies führte unter anderem dazu, daß die Gewerkschaften noch weiter in den bürgerlichen Staat integriert und als Organe der Klassenkollaboration gefestigt wurden (konzertierte Aktion, Lohnleitlinien usw.).

Bei dieser Kontrolle der Arbeiterklasse, um sich im Wettkampf mit den anderen Imperialisten durchzusetzen, nimmt die deutsche Bourgeoisie eine wahre Spitzenposition ein. Von allen ihren imperialistischen Konkurrenten beneidet, gelang ihr in den diesjährigen Tarifverhandlungen eine wahre Meisterleistung: trotz sich abzeichnender Konjunkturbelebung konnte sie wieder in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsführungen eine Senkung des Reallohnes durchsetzen. Und dabei ist hinreichend bekannt, daß die noch fetter gewordenen Profite vor allem für Investitionen verwendet werden, die Arbeitsplätze wegrationalisieren und die Arbeitshetze erhöhen.

DIE PERSPEKTIVE UNSERES KAMPFES

Heute ist die Arbeiterklasse an einem Wendepunkt angelangt. Es ist offensichtlich geworden, daß der Kapitalismus den Arbeitern keinen "Wohlstand" sichern kann. Es ist offensichtlich, daß der Druck auf die Arbeiterklasse immer größer wird. Aus dieser Tatsache und der darin im Keim verborgenen Klassenkonflikte hat die Bourgeoisie schon bevor eine Minderheit der Arbeiter seit 1969 reagierte ("wilde Streiks") die Konsequenzen gezogen. Unter maßgeblicher Mitwirkung der Sozialdemokratie, die mehr als ein halbes Jahrhundert Erfahrung im Unterdrücken des Klassenkampfes beisteuert, trifft die deutsche Bourgeoisie seit Jahren IHRE UNUNTERBROCHENEN VORBEREITUNGEN AUF DAS UNAUSSWEICHLICHE WIEDERAUFFLAMMEN DES KLASSENKRIEGES. Sie säubert und strafft den Staatsapparat (Berufsverbote), baut dessen exekutive Organe aus (Polizei, Bundesgrenzschutz) und nimmt die geringsten Anzeichen gesellschaftlicher Auflösung - den individuellen Terrorismus - als Anlaß, um verschärfte Abschreckungsgesetze (Gewaltparagraphen usw.) zu erlassen. Alle diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Arbeiterklasse einzuschüchtern.

Während die Bourgeoisie dadurch bei dem Kleinbürger auf eine ohnmächtige, utopische, auf eine Rückkehr zum demokratischen und liberalen Zusammenleben zwischen den Klassen gerichtete Reaktion trifft (und diese Reaktion hat übrigens nur die objektive Funktion, die Arbeiterklasse von ihren Klassenaufgaben abzulenken), ist es für die Arbeiterklasse an der Zeit, sich auf ihre Klassenforderungen und Kampfmittel zu besinnen und also IHRERSEITS AUCH DIE VORBEREITUNGEN AUF DEN KLASSENKAMPF ZU TREFFEN.

Die jetzige Krise und die dadurch angekündigte zunehmende Verschärfung der imperialistischen Widersprüche zwingen die Arbeiterklasse dazu, die Verteidigung ihrer Lebensbedingungen in ihre eigene Hand zu nehmen und sich nicht mit den "Lohnerhöhungen", die die Gewerkschaften aushandeln (und die in Wirklichkeit die Senkung des Reallohnes nicht ausgleichen) zufriedenzugeben. Wenn die Arbeiterklasse SOLIDARISCH für ihre eigenen Interessen kämpft, wenn sie sich innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften dafür organisiert, um diesen Kampf zu führen, ist sie nicht mehr der Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnkürzung und steigender Arbeitshetze hilflos ausgeliefert. Erst durch diesen Kampf wird sie sich als KLASSE erkennen und somit mit dem demokratischen Ballast der Vergangenheit und den antiproletarischen Kräften der Gegenwart (den bürgerlichen und opportunistischen Parteien und den Gewerkschaftszentralen) brechen.

In diesen Tageskämpfen, die die Lohn-, Arbeitszeit-, und Arbeitsbedingungen usw. betreffen, treten die Kommunisten für die Klassenmethoden und -forderungen, die alle Arbeiter - unabhängig von ihren jeweiligen politischen Standpunkten - in einer einzigen Kampffront in Verteidigung ihrer Interessen zusammenschließen und die weitestgehende Verbreitung dieser Kämpfe ermöglichen, ein.

Die wesentlichen Forderungen werden in folgende Richtung gehen:

- Arbeitszeitverkürzung und Abschaffung der Überstunden
- nur so kann man die Arbeitslosigkeit bekämpfen -
bei gleichzeitiger starker Lohnerhöhung (und zwar stärker für die am schlechtest bezahlten Lohngruppen) und
- bezifferte Mindestlohnforderung
- voller Lohn bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit
(vor allem auch für die arbeitslosen Schulabgänger)
- gegen Entlassungen
- gegen jegliche Diskriminierung, vor allem der Frauen und der ausländischen Arbeiter.

Diese Forderungen sind nur durchsetzbar, wenn die Arbeiter sich auf ihre Klassenwaffe, DEN STREIK besinnen, der ohne Vorwarnung und ohne Begrenzung bis zur völligen Erfüllung der Forderungen geführt werden muß. Dazu ist es notwendig, sich innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften und vor allem in den Betrieben zu organisieren und an die Traditionen der Streikkassen anzuknüpfen, um zu verhindern, daß solche Streiks von den Gewerkschaften materiell blockiert werden. Die Streiks dürfen keine harmlosen Kundgebungen zwischen den Verhandlungen mehr sein.

Aber wir Kommunisten kämpfen nicht nur um Verbesserung der Lebensbedingungen, denn wir wissen, daß die Lage der Arbeiterklasse nur dann wirklich verbessert werden kann, wenn die Ursache für ihre Not, für Krisen und Krieg - die Lohnarbeit - beseitigt ist. Denn wir wissen auch, daß der Klassenkampf auf einen frontalen Zusammenstoß zwischen der Arbeiterklasse und dem bürgerlichen Staat hinausläuft, der nur unter Führung der revolutionären Klassenpartei erfolgreich sein kann. Wir kämpfen dafür, daß die Arbeiterklasse die politische Macht erobert, ihre Diktatur über alle anderen Klassen errichtet, um dann die wirtschaftliche Umwälzung vollziehen zu können. Wir kämpfen für die revolutionäre Vorbereitung der Arbeiterklasse.

- KEINE SOLIDARITÄT MIT DER BOURGEOISIE!
- KAMPFEINHEIT DER ARBEITERKLASSE GEGEN DIE GEMEINSAME FRONT VON OPPORTUNISMUS UND BOURGEOISIE
- FÜR DEN PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS
- FÜR DIE KOMMUNISTISCHE REVOLUTION!

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI

I K P